



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die EU-Integration Albaniens
Entwicklungen, Herausforderungen, Motive

Verfasser

Matthias Streibel

angestrebter akademischer Grad

Magister der Naturwissenschaften (Mag.rer.nat.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 482 456

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Lehramt UF

Geographie und Wirtschaftskunde UF

Bewegung und Sport

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Heintel

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich,

dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,

dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, 20.01.2014

.....

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen bedanken, die mich während meiner Studienzeit, sowie auf direktem oder indirektem Wege beim Zustandekommen der vorliegenden Arbeit unterstützt haben.

Zuerst möchte ich mich bei meinen Eltern, bei meiner gesamten Familie und bei meiner Freundin Theresa für die Unterstützung während des gesamten Studiums bedanken. Besonders für die finanzielle Unterstützung während meiner Studienzeit durch meine Eltern bin ich sehr dankbar.

Bei Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Heintel möchte ich mich für die Möglichkeit diese Diplomarbeit zu verfassen, für die gute Betreuung und die vielen Ratschläge bedanken.

Bei Mag. Peter Niedermair möchte ich mich für das Korrekturlesen der Arbeit bedanken.

Außerdem möchte ich mich bei Mag. Florian Raunig (österreichische Botschaft Tirana), MMag. Gerhard Schlattl (WKO Österreich) und Dr. Dolly Wittberger bedanken. Sie haben mir zahlreiche Fragen beantwortet und mich überdies mit zusätzlichen Informationsmaterialien und weiterführenden Kontakten unterstützt.

Abstract

Diese Diplomarbeit soll die aktuellen Entwicklungen Albaniens im Kontext des EU-Erweiterungsprozesses beleuchten. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen in der Erweiterungsstrategie der EU in Albanien und am Westbalkan, der Eruiierung der aktuellen Beitrittsreife Albaniens anhand der Kopenhagener Kriterien, den Motiven der unterschiedlichen Akteure im Integrationsprozess sowie den österreichisch-albanischen Beziehungen.

2010, 2011 und 2012 verweigerte die Europäische Kommission aufgrund massiver Defizite, vor allem im Bereich der politischen Kriterien, eine Verleihung des Kandidatenstatus. Trotz der Fortschritte in den Bereichen Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit zeigen sich Albaniens politische Strukturen und das marktwirtschaftliche System gegenwärtig noch nicht hinreichend konsolidiert und stabilisiert, um die Beitrittskriterien der EU erfüllen zu können. Korruption ist nach wie vor eines der schwerwiegendsten Probleme in der Entwicklung des Landes. Die Gesellschaft diesbezüglich zu verändern ist ein langer Prozess, der Geduld fordert.

Die Europäische Union zeigt sich erweiterungsmüde, ist derzeit intensiv mit sich selbst beschäftigt und stellt sich die Frage nach einem die Interessen aller Mitgliedsstaaten berücksichtigenden Leitbild im europäischen Einigungsprozess. Für die EU wäre die Integration Albaniens und der restlichen Westbalkanstaaten vor allem wegen der Stabilisierung der Region und der Friedensbewahrung von großer Bedeutung.

Österreich ist sehr stark mit der Region und immer mehr auch mit Albanien verbunden. Wie in den anderen Staaten des Westbalkans gehört Österreich in Albanien zu den Top 3 Investoren. Einerseits unterstützt Österreich durch viele Projekte das Land auf dem Weg in die EU, andererseits ist Albanien für Österreich ein Wirtschaftspartner, beispielsweise im Sektor der erneuerbaren Energien.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
1.1 Motivation zur Arbeit	1
1.2 Problemstellung	1
1.3 Zentrale Fragestellung und Zielsetzung	2
1.4 Methodik.....	3
2. Begriffsbestimmungen.....	4
2.1 „Westbalkan“	4
2.2 Europäische Integration	4
2.3 Europäisierung.....	4
3. Historischer Überblick	5
3.1 Nationsbildung und Unabhängigkeit	6
3.2 Schlussfolgerungen der beiden Weltkriege	7
3.3 Sozialistische Volksrepublik unter Enver Hoxha	8
3.4 Transformation und europäische Partizipation.....	8
3.5 Die geopolitischen Rollen Albaniens	10
3.5.1 Brückenkopf des Westens	10
3.5.2 Brückenkopf des Ostens	11
3.5.3 Peripherie des Ostens	11
3.5.4 Einkreisungs- und Sprungbrettfunktion	12
3.5.5 Wächter am Eingang zur Adria	12
4. EU-Erweiterung am Westbalkan	13
4.1 Erweiterungsstrategie der EU	14
4.2 Die Kopenhagener Kriterien.....	16
4.3 Der Stabilitätspakt für Südosteuropa	18
4.4 Die EU-Gipfeltreffen als Wegmarken der Integrationsvertiefung am West-Balkan.....	19
4.5 Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess	22

4.6	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen.....	24
4.7	Das Instrument für Heranführungshilfe (IPA).....	26
4.8	Die EU (-Erweiterung) in der Krise	28
4.9	Exkurs: Leitbilder der europäischen Einigung bzw. Europäische Integrationstheorien	30
4.9.1	Föderalismus: Europäischer Bundesstaat	31
4.9.2	Intergouvernementalismus: Europäischer Staatenbund	31
4.9.3	Differenzierte Integration	32
5.	Albanien im EU-Integrationsprozess	34
5.1	Aktuelle Politische Lage: Albaniens Fortschritte im Demokratisierungsprozess	35
5.1.1	Das politische System.....	35
5.1.2	Politische Kultur	35
5.1.3	Parteien	36
5.1.4	Die Parlamentswahlen 2013: Ein weiterer Test für die Demokratie	38
5.2	Rechtssystem und Korruption	41
5.3	Aktuelle wirtschaftliche Lage.....	44
5.4	Einschätzung der Beitrittsreife Albaniens und Aktueller Fortschrittsbericht der EU 2012 .	50
6.	Motive und Interessen der Europäischen Union im Erweiterungskontext	57
6.1	Sicherheitspolitische Motive	58
6.2	Wirtschaftliche Motive	59
6.3	Die EU als Supermacht und Global Player?.....	60
6.4	Die strategische Energiepolitik der EU in Südosteuropa	62
7.	Die Beitrittsperspektive aus albanischer Sicht - Die EU-Euphorie der albanischen Bevölkerung	65
7.1	Meinungen und Erwartungen der albanischen Bevölkerung.....	67
7.2	Die EU-ropäische Identität Albaniens	73
7.3	Förderliche und hinderliche Aspekte albanischen Selbstverständnisses in Hinblick auf die europäische Integration.....	73
7.3.1	(+) Einigkeit über die Zukunft und der Drang nach einem besseren Leben	73
7.3.2	(+) Erhöhte Kommunikation mit dem Ausland.....	74

7.3.3	(+) Verständnis für westliche Normen und Werte	74
7.3.4	(+) Außenpolitik gegenüber Nachbarstaaten.....	74
7.3.5	(-) Der „schwache Staat“	75
7.3.6	(-) Individualismus und Starrsinn der politischen Akteure	75
7.3.7	(-) Gebrochenes Verhältnis des Bürgers zum Gemeinwesen	75
7.4	Welchen Nutzen zieht Albanien aus dem EU-Beitritt?	76
7.5	Alternativen zu einer Vollmitgliedschaft?	78
7.5.1	Erweiterte Assoziierte Mitgliedschaft (EAM).....	81
7.5.2	Modell des Europäischen Wirtschaftsraumes Plus (EWR Plus)	81
7.5.3	Privilegierte Partnerschaft	81
7.5.4	Differenzierte Kooperation.....	82
7.5.5	Abgestufte Integration	82
7.5.6	Junior Partnerschaft	83
8.	Der Westbalkan: Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik–österreichisch-albanische Beziehungen	85
8.1	Die Wirtschaftsbeziehungen Österreich-Albanien	86
8.2	Entwicklungszusammenarbeit Österreich-Albanien	90
8.2.1	Projektbeispiele mit österreichischer Beteiligung	91
9.	Resümee.....	93
10.	Literaturverzeichnis	96
	Abbildungsverzeichnis.....	105

Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency
AIIS	Albanian Institute for International Studies
CARDS	Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation
CEC	Zentrale Wahlkommission
CPI	Korruptionswahrnehmungsindex
DP	Demokratische Partei
EG	Europäische Gemeinschaft
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
ICC	Internationaler Strafgerichtshof
IPA	Instrument for Pre-Accession (Heranführungshilfe)
IWF	Internationaler Währungsfonds
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PHARE	Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SP	Sozialistische Partei
TAP	Trans Adriatic Pipeline
UN	United Nations
WIIW	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
WKO	Wirtschaftskammer Österreich

1. Einleitung

1.1 Motivation zur Arbeit

Meine Motivation für dieses Thema erfolgte nach der intensiven Auseinandersetzung mit der Region des Westbalkans im Rahmen der Auslandsexkursion in die Länder Montenegro, Kosovo, Mazedonien, Albanien und Griechenland im Sommer 2012. Die Gespräche und Diskussionen mit Experten während unseres Auslandsaufenthaltes, sowie die Thematisierung im auf die Exkursion vorbereitenden Proseminar, weckten mein Interesse, eine größere Arbeit über diese Region zu verfassen. Während meines Geographiestudiums habe ich mich stets sehr für Themen und Lehrveranstaltungen aus den Bereichen Regionalentwicklung sowie Politische Geographie interessiert, was mich dazu veranlasst, jene Disziplinen in Verbindung mit der Region des Westbalkans zu bringen und dementsprechend zu bearbeiten.

Die EU-Integration am West-Balkan und somit in auch in Albanien ist ein brandaktuelles Thema, welches auch in den Medien beinahe täglich diskutiert wird. Dass mit Kroatien im Sommer diesen Jahres (1. Juli 2013) das erste West-Balkan-Land nach langen Vorbereitungen Mitglied der Europäischen Union wird, bestärkt meine Motivation, den Prozess der EU-Integration in Albanien, einem weiteren Westbalkan-Land, zu untersuchen. Albanien (das „Armenhaus Europas“) in die EU zu integrieren ist mit einem langen Prozess verbunden, welcher das Land vor große Herausforderungen und Reformen stellt. Dass Albanien zu den am stärksten unterentwickelten Beitrittskandidaten gehört, ist für mich ein weiteres Argument warum ich mich im breitgefächerten EU-Erweiterungsprozess für dieses Land entschieden habe, um u.a. die zahlreichen Prozesse, die im Rahmen der Beitrittskriterien umgesetzt werden müssen, zu beleuchten.

1.2 Problemstellung

Albanien wurden immer wieder Stolpersteine in den Weg gelegt. Durch die lange türkische Besetzung, die beiden Weltkriege und den Kosovokonflikt, war eine stetige Entwicklung des Landes vor der Jahrtausendwende kaum möglich. Hinzu kommt, dass Albanien nach über 40 Jahren Isolation unter Enver Hoxha, mit 1985 erst sehr spät als unabhängiger Staat agieren konnte. Erst nach dem Ende dieses politischen Regimes konnte sich Albanien wieder am restlichen Europa orientieren, worauf ein politischer und wirtschaftlicher Transformationsprozess folgte, der bis heute anhält.

Eine Integration der sieben „Westbalkan-Länder“ ist primäres politisches und wirtschaftliches Ziel der Europäischen Union. Nur so wird es eine Stabilität des West-Balkans geben und

damit eine Stabilität Europas. In Albanien, sowie in den anderen Balkanländern, liegen die Hoffnungen für die Zukunft der Region in einem Beitritt zur EU. Albanien ist, neben Bosnien-Herzegowina, eines der ärmsten und am stärksten unterentwickelten Länder des West-Balkans (exklusive Kosovo, welches erst 2008 unabhängig wurde). 2006 wurde das Stabilisations- und Assoziierungsabkommen (SAA) unterzeichnet, welches 2009 in Kraft trat. Zweimal bereits wurde Albanien als EU-Beitrittskandidat abgelehnt, die Europäische Kommission empfahl 2012 in ihrem Fortschrittsbericht jedoch erstmals den Kandidatenstatus, vorausgesetzt es werden wichtige Reformen zu Ende gebracht.

Den wirtschaftlichen Aufschwung und Anschluss an die Mitgliedsländer der Europäischen Union wird Albanien durch Investitionen von außen und durch seine demographischen und wirtschaftlichen (Tourismus, Bodenschätze) Potenziale schaffen. Das Hauptproblem im EU-Integrationsprozess bleibt jener komplexe Überbau, der einen funktionierenden Rechtsstaat ausmacht. So müsse Albanien neben dem vorherrschenden innenpolitischen Machtkampf vor allem „einen starken Rahmen“¹ hinsichtlich der Verankerung der Rechtsstaatlichkeit schaffen, um die Korruption einzudämmen und um eine unabhängige Justiz zu etablieren.

1.3 Zentrale Fragestellung und Zielsetzung

- Wo befindet sich Albanien im Prozess der EU-Integration, bzw. wie weit ist Albanien von einer „EU-Tauglichkeit“ entfernt?
- Welche Aspekte helfen, bzw. beeinträchtigen die Verhandlungen, den Prozess und somit auch den Weg in die EU?
- Welche Motive und Interessen verstecken sich hinter der Beitrittsperspektive?

Subfragen:

- Welche Potenziale (z.B.: Tourismus) kann Albanien im wirtschaftlichen Aufholprozess weiterentwickeln?
- Warum setzt sich Österreich derart für eine rasche Integration des West-Balkans und somit auch Albaniens ein? Welche Beziehungen bestehen zwischen Österreich und Albanien und welche Vorteile ergeben sich für Österreich durch die EU-Erweiterung?

¹ <http://derstandard.at/1348285597711/EU-empfiehl-offiziellen-Kandidatenstatus-fuer-Albanien>. Online Zugriff am 30.09.2013.

1.4 Methodik

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden vor allem wissenschaftliche Publikationen zu den Themen „Europäische-Integration“, „Westbalkan“ und „Albanien im Integrationsprozess“ herangezogen. Nachdem es sich um ein sehr aktuelles, zukunftsweisendes und politisches Thema handelt wurden hauptsächlich digitale Papers aus dem Internet verwendet. Zusätzlich wurde auf Meinungen und Stellungnahmen von Experten, sowie vor allem auf Berichte und Beschlüsse der Europäischen Kommission zur Behandlung der Forschungsfrage zurückgegriffen. Um die Informationen zusätzlich zu ergänzen und zu vertiefen wurden Experteninterviews durchgeführt.

Eine Einsicht in die Meinung der albanischen Bevölkerung bieten die Studien und Umfragen „Albania and European Union: Perceptions und Realities“ vom ALBANIAN INSTITUTE FOR INTERNATIONAL STUDIES. Die Studie wird seit 2002 jährlich durchgeführt, wodurch auch ein Vergleich möglich ist, inwieweit sich die Einstellung der albanischen Bevölkerung zur EU geändert hat. Die in Albanien lebende Genderforscherin und Albanienexpertin Mag. Dr.ⁱⁿ MA Dolly Wittberger soll durch ein Expertengespräch u.a. die Sichtweise der albanischen Gesellschaft aufzeigen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs zum Westbalkan und zu Albanien können über das Außenministerium, die Agentur für Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, die Arbeiterkammer und die Wirtschaftskammer beleuchtet werden. Neben den Berichten und Dokumenten werden Gespräche mit der ADA (Mag.^a Astrid Wein) und der WKO (MMag. Gerhard Schlattl, Außenwirtschaftscenter Skopje) die Informationen präzisieren und ergänzen.

Der österreichische Botschafter in Tirana, Mag. Florian Raunig, konnte im Rahmen eines Experteninterviews ob seiner zahlreichen Kontakte in Albanien die Informationen hinsichtlich der Sichtweisen aller sich im Integrationsprozess befindenden Akteure und insbesondere die Beziehungen zwischen Albanien und Österreich, ergänzen.

2. Begriffsbestimmungen

2.1 „Westbalkan“

Eine treffende und pointierte Definition gibt JUREKOVIC (2006, S. 132):

„Der integrationspolitische Fokus der Europäischen Union findet seinen Ausdruck unter anderem in der von ihr seit 2000 verwendeten Bezeichnung „westlicher Balkan“. Zu dieser Staatengruppe, für die die EU mit dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) ein eigenes Integrationsinstrument entwickelt hat, zählt die Union die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, exklusive Slowenien und inklusive Albanien. Obwohl die Bezeichnung „westlicher Balkan“ zuvor weder im geographischen noch im historisch-kulturellen Kontext gebräuchlich war und deshalb von Kritikern als Erfindung von EU-Bürokraten abgetan wird, zeigt seine Einführung, dass die EU ein Bewusstsein für die komplexen Zusammenhänge zwischen den ehemaligen Konfliktgebieten entwickelt hat.“

2.2 Europäische Integration

„Bezeichnung für die immer engere Zusammenarbeit europäischer Staaten, die Entwicklung der Gemeinschaft von der Montanunion (1952) bis zur EU von heute und den nicht abgeschlossenen Prozess der europäischen Einigung. Die europäische Integration ist durch eine Reihe von Erweiterungen (Aufnahme neuer Mitglieder) und Vertiefungen (Intensivierung der Zusammenarbeit) gekennzeichnet. Sie beruht auf supranationaler und intergouvernementaler Zusammenarbeit“ (ZANDONELLA, 2009).²

2.3 Europäisierung

Mit dem Begriff „Europäisierung“ soll nach STURM (2005, S. 102) „auf das Vorhandensein bzw. die Evolution einer europäischen Dimension kultureller, ökonomischer, gesellschaftlicher, rechtlicher oder politischer Kontexte des Nationalstaats aufmerksam gemacht werden. (...) Für die Europawissenschaft schlägt der Begriff der Europäisierung eine Brücke zwischen Dynamik nationalstaatlicher und europäischer Politik.“

² <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16687/europaeische-integration>.

Eine weitere Definition, welche die wechselseitige Beziehung zwischen Union und Nationalstaat unterstreicht, gibt KOHLER-KOCH (2000, S. 22):

„Die Europäisierung ist ein politisch-gesellschaftlicher Prozess, der, angetrieben von der Geschwindigkeit und Reichweite der europäischen Integration, einen Veränderungsdruck auf Nationalstaaten und europäische Gesellschaften ausübt, aber auch europäische Institutionen zur Responsivität gegenüber nationalen Interessen zwingt und damit diese zu fortwährendem politischen Wandel und zum Teil auch zu institutioneller Anpassung bewegt. Europäisierung erweitert den Wahrnehmungshorizont und den politischen Handlungsraum von Nationalstaaten um die europäische Dimension.“

3. Historischer Überblick

Um die Gegenwart zu verstehen bzw. auch die Zukunft zu analysieren, ist es notwendig, Kenntnisse über die historische Einbettung eines Landes zu erlangen. Dieses Kapitel soll einen kurzen geschichtlichen Überblick geben. So kann beispielsweise Albaniens europäische Identität und die daraus resultierende Legitimität eines EU-Beitritts Albaniens nur durch historische Daten beleuchtet werden. Ebenso ist die geopolitische Lage Albaniens historisch gewachsen.

Da eine detaillierte Beschreibung der historischen Ereignisse ab der Geburtsstunde der albanischen Identität zur Zeit der Illyrier den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, setze ich in diesem Kapitel den Schwerpunkt meiner historischen Betrachtung ab der Albanischen Unabhängigkeit 1912. Über den Zeitraum vor der Staatsgründung soll an diesem Punkt jedoch erwähnt werden, dass die Entwicklung Albaniens von einer jahrhundertlangen Fremdherrschaft, Unterdrückung, Zerstörung und Ausbeutung geprägt war. Hauptgrund dafür war die strategisch-geographische Lage Albaniens, da jeder Herrscher bzw. jede Großmacht zuerst das „Tor zur Adria“ (Albanien) besetzen musste, um Macht auf den Balkan-Adriaraum ausüben zu können (vgl. PEINSIPP, 1985, S. 25f). So gehörte das Territorium des heutigen Albaniens dem Römischen und Byzantinischen Reich, dem Ersten Bulgarischen Reich, dem serbischen Nemanjidenreich und dem Osmanischen Reich an (vgl. BARTL, 2003, 111f).

3.1 Nationsbildung und Unabhängigkeit

Als Zeitraum der Formierung einer albanischen Nation werden üblicherweise die Jahre 1878 bis 1912 gewählt, vom ersten organisierten politischen Auftreten bis zur Ausrufung des albanischen Staates (vgl. FINGER, 2003, S. 135).

Die Tatsache, dass vor der osmanischen Eroberung kein mittelalterlicher albanischer Staat existierte, auf dessen Tradition man hätte zurückgreifen können, erschwerte die Ausgangslage der albanischen Nationsbildung. Es gab keine albanische Nationalkirche, die während der über 500 Jahre langen türkischen Besetzung die Funktion der Staatstraditionshütung hätte übernehmen können. Ebenso existierte kein Schulunterricht in albanischer Sprache, da die Schulbildung im Osmanischen Reich in der Obhut der Geistlichen lag (vgl. FINGER, 2003, S. 135f).

Der Startschuss zu der Auseinandersetzung der „albanischen Frage“ (FINGER, 2003) erfolgte nach dem verheerenden Krieg des Osmanischen Reiches gegen Russland. Im Friedensvertrag von Stefano wurde ein Waffenstillstand zwischen Russland und der Türkei beschlossen und der Großteil des albanischen Territoriums wurde Serbien zugesprochen. Albanien wurde in jenem Tauziehen der Großmächte jedoch immer nur als Territorium betrachtet, weshalb bis zu diesem Zeitpunkt auch von der „unsichtbaren Nation“ (SCHMIDT-NEKE, 2000) die Rede ist. Nach dem Berliner Kongress 1878 reduzierten die slawischen Verbündeten Russlands zwar ihre Ansprüche auf das albanische Territorium, die Gebiete sollten jedoch an Serbien, Montenegro und Griechenland abgetreten werden. Der in Frage gestellte Grundbesitz löste bei den Albanern³ Selbstschutzreaktionen aus, weshalb eine national-politische Gruppe, die Albanische Liga, gegründet wurde (FINGER, 2003, S. 137). Nachdem die Albaner als einziges Balkanvolk keinen Interessensvertreter in Berlin hatten, kämpften sie mit Waffengewalt gegen die Türken einerseits und gegen die Bestrebungen, sie zu Slawen, Griechen oder Österreichern zu machen andererseits (vgl. BARTL, 1995). Die Liga forderte keine weiteren Gebietsabtretungen an Serbien, Montenegro und Griechenland, eine Reokkupation der besetzten albanischen Territorien, eine Vertretung am Berliner Kongress und die weitgehende Autonomie Albaniens. Die Liga wurde zwar 1881 im Kosovo niedergeschlagen, trotzdem wurde in dieser Zeit der Grundstein der politischen Nationalbewegung gelegt. Obwohl die albanische Liga besiegt wurde, konnte sie zumindest erreichen, dass die albanische Frage in der Südosteuropapolitik der Großmächte an Relevanz gewann (vgl. FINGER, 2003, S. 139).

³ Wenn in dieser Arbeit von Menschen die Rede ist, dann sind grundsätzlich sowohl Frauen als auch Männer gemeint. Aus stilistischen Gründen, wird jedoch vorwiegend die maskuline Form verwendet.

Der Kampf gegen die Türken und für ein unabhängiges Albanien ging weiter und erreichte in den Anfängen des 20. Jahrhunderts wichtige Fortschritte. Parallel dazu gründeten die Bulgaren, Serben, Griechen und Montenegriner 1912 den Balkanbund, um die Türken vom Balkan zu vertreiben. Montenegro eröffnete am 9. Oktober 1912 den Ersten Balkankrieg, Bulgarien, Serbien und Griechenland folgten. Im Zuge der Vertreibung der Türken wurde das gesamte albanische Territorium von den serbischen, griechischen, mazedonischen und bulgarischen Armeen besetzt (vgl. FINGER, 2003, S. 148). Mit der Unterstützung Österreich-Ungarns, die eine slawische Übermacht am Balkan verhindern wollten, gelang die „nationale Weiterexistenz“ (FINGER, 2003, S. 148) Albaniens im Rahmen eines albanischen Nationalkongresses am 28. November 1912 in der Stadt Vlora. Albanien wurde als unabhängig erklärt. Bei der Londoner Friedenskonferenz am 16. Dezember 1912 wurde über die Grenzen am Balkan entschieden, wobei die albanischen Grenzen nicht nach ethnischem Prinzip festgelegt wurden. Mehr als die Hälfte des albanischen Territoriums wurde schlussendlich bei der zweiten Londoner Friedenskonferenz am 30. Mai 1913 an Montenegro (im Norden), an Serbien (Kosovo), an Mazedonien (im Südwesten) bzw. an Griechenland (Cameria im Süden) abgegeben (vgl. SCHMIDT-NEKE, 1993, S. 34f). Auch diese Tatsache begründet die in der aktuellen Innenpolitik Albaniens immer wieder auftauchende Frage nach einem „Großalbanien“ (siehe auch Kapitel Parteienlandschaft). HERSCHT (2006, S. 12f) fasst die Rückständigkeit Albaniens hinsichtlich dessen Nationalitätsfindung hinsichtlich folgender Faktoren zusammen: „(...) erstens geprägt von einer verspäteten Eigenstaatlichkeit trotz weit reichender Wurzeln und, zweitens, die Tatsache der nicht erreichten Formierung eines einheitlichen, alle albanischen Siedlungsgebiete umfassenden Staates aufgrund äußerer und innerer Hemmfaktoren.“

3.2 Schlussfolgerungen der beiden Weltkriege

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges (1913) wurde Albanien von griechischen Truppen im Süden und serbischen Truppen im Norden besetzt. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde Albanien im Süden von Italien besetzt. Nord- und Mittelalbanien standen unter österreichischer Besatzung und das Korca-Gebiet im Süden wurde von Frankreich annektiert. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde über die Grenzen der Balkanstaaten erneut in der Konferenz von Paris verhandelt. In der Phase zwischen 1925-1939 gelang es Ahmet Zogu, eine autoritäre Herrschaft zu etablieren, so dass er sich im Jahre 1928 zum König proklamierte. Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde Albanien von den italienischen Truppen und nach der Kapitulation der Regierung Mussolinis 1943, von

deutschen Truppen besetzt. Im November 1944 wurde Albanien ohne Hilfe der Alliierten von den deutschen Besatzern befreit (vgl. SCHMIDT-NEKE, 2002, S. 767).

3.3 Sozialistische Volksrepublik unter Enver Hoxha

Die kommunistische Partei unter Enver Hoxha übernahm die Führung im Land, am 11. Jänner 1946 wurde die Volksrepublik Albanien ausgerufen, das Einparteiensystem wurde eingeführt und wirtschaftlich begann die Phase der Kollektivierung der Landwirtschaft. Es war der Beginn einer fünfzigjährigen Diktatur, die das Land und die Menschen in die totale Isolation vom Rest der Welt führen sollte (vgl. SCHMITT, 2012, S. 162).

In Hoxhas totalitärem kommunistischen Regime wurden politische Gegner im Land verfolgt, politische Organisationen und Religionsausübung wurden verboten, Meinungsfreiheit und Wahlfreiheit ebenfalls. Hoxha orientierte sich zuerst am kommunistischen Modell Titos, dann an Stalins und schlussendlich an jenem der Volksrepublik Chinas. Nach dem endgültigen Bruch mit China kam es zur absoluten Abschottung gegenüber der Außenwelt. Weiters wurde eine Unabhängigkeit in jeglicher Form propagiert, was das Land auch wirtschaftlich in den Ruin führte. In den 1980er Jahren schwappten die Umwälzungen im ehemaligen Ostblock auch auf Albanien über, 1987 wurden die ersten Dezentralisierungsmaßnahmen gesetzt. 1985 starb Enver Hoxha, der „Hoxha-Kult“ wurde jedoch bis Anfang der 90er von Ramiz Alia weitergepflegt (vgl. BARTL, 1995, S. 266f).

3.4 Transformation und europäische Partizipation

Der Transformationsprozess ab 1991 stellte sich in Albanien als schwieriger dar als in anderen postkommunistischen Staaten. Nach der jahrzehntelangen Isolation musste der junge Staat nicht nur eine Transformation von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft sowie von einer Diktatur zur Demokratie durchlaufen, sondern auch Entwicklungsprozesse bewältigen, die anderswo bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts abgeschlossen wurden, wie die Landflucht oder das Herausbilden einer urbanen Mittelschicht (vgl. SCHMIDT, 2003, S. 315).

Das entstandene Machtvakuum in der postkommunistischen Periode bildete eine Basis für neue Konflikte und war geprägt von der Polarisierung des Parteienspektrums und einer Feindschaft zwischen der Sozialistischen und der Demokratischen Partei. Mit der Rückorientierung vom erzwungenen gesellschaftlichen Kollektiv, gab es keine Institution mehr, welche die Verantwortung für den öffentlichen Raum übernahm. Es kam zu einer Zunahme der Kriminalität, des Schmuggels, der Prostitution und des Menschenhandels. Korruption begünstigte die Entstehung von Klientelnetzwerken (vgl. SCHMIDT, 2003,

S. 319). Jene Zeit war auch die Geburtsstunde von Problemen, die in Albanien bis heute die Chance auf einen funktionierenden Rechtsstaat blockieren und somit die EU-Integration massiv erschweren.

Erst langsam begann Albanien Ende der 1990er Jahre das Rechtswesen zu reformieren, eine transparente und unabhängige Justiz zu fördern oder einen unabhängig finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schaffen (vgl. SCHMIDT, 2003, S. 320f).

Allmählich wurden der Handel, die Landwirtschaft und das Wohnungswesen privatisiert und die leeren Staatskassen wieder gefüllt. 1992 bis 1996 nahmen Handel, Landwirtschaft und Bauwesen zu und die Phase der wirtschaftlichen Stagnation war vorbei. Im März 1997 wurde Albanien jedoch erneut von einer tiefen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Krise getroffen. Die Anlagegesellschaften, die als sicher galten und der Bevölkerung hohe Zinsen für das angelegte Geld versprochen, brachen zusammen.⁴

"Alle haben wir unser Geld an die Schalter der Pyramidenfirmen getragen", sagt Vasillaq, der den Optikerladen gegenüber dem Rathaus führt: "Kaum einer der 80 000 Einwohner aus dem Lushnja-Distrikt konnte dem Traum vom schnellen Geld ohne Arbeit widerstehen." Die regimekritische Zeitung koha jone vermutet: Fast 80 % der albanischen Familien lebten vom Pyramidensystem.⁵

Der Volkszorn entlud sich im sogenannten „Lotterieraufstand“, die staatliche Ordnung brach zusammen und Albanien versank im Chaos.

Der Kosovokrieg 1998 beeinflusste die albanische Wirtschaft erneut negativ. Obwohl der Staat und die Bevölkerung nicht in der Lage waren, die Flüchtlinge zu versorgen, öffneten die albanischen Familien ihre Türen trotz geringen Einkommens. Ein Jahr nach dem Kosovo-Konflikt verzeichnete die albanische Wirtschaft erstmals wieder eine positive Wachstumsrate von 7,3 %.

Die Geschichte Albaniens zeigt, dass der Staat immer wieder große Probleme bewältigen musste, was zur Folge hat, dass der wirtschaftliche und politische Transformationsprozess bis heute anhält. Erst nach der Jahrtausendwende konnte ein wirtschaftlicher und politischer Neuanfang erste Früchte tragen und die außenpolitischen Fühler des jungen Staates konnten sich in Richtung Westen orientieren. Es wurden Kooperationen mit den Nachbarstaaten geschlossen; mit Kroatien, Makedonien und den USA wurde 2003 eine Adriatisch-Atlantische Charta gegründet; der Ost-West-Korridor (Durrës-Makedonien-Bulgarien-Istanbul) wird die

⁴ <http://www.gtz.de/de/dokumente/de-prsp-laenderstudie-albanien.pdf>. Online Zugriff am 30.09.2013.

⁵ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8654293.html>. Online Zugriff am 30.09.2013.

regionale Integration fördern und 2009 trat Albanien der NATO bei. 2010 lockerte die EU ihre Visa-Bestimmungen für albanische Bürger unter der Voraussetzung, dass sie einen biometrischen Pass vorweisen müssen, um in den Schengen-Raum einreisen zu dürfen.⁶

3.5 Die geopolitischen Rollen Albaniens

Um später erwähnte (siehe Kapitel 6) geopolitische Motive im EU-Integrationsprozess besser verstehen zu können, macht es auch Sinn, die mit der Zeit veränderte geopolitische Lage Albaniens im historischen Kontext zu betrachten.

JORDAN (2003, S. 78ff) unterscheidet zwischen naturräumlichen und kulturräumlichen Faktoren, welche potenziellen Einfluss auf die geopolitischen Rollen Albaniens haben. Als naturräumliche Faktoren nennt JORDAN (2003) das meerzugewandte Großrelief, die faktische Meerferne durch die Barriere der Sümpfe und Lagunen an der Küste, die günstigen Routen in den zentralen Balkan, die leichte Durchgängigkeit in Nord-Süd Richtung, die geographische Lage am Eingang zum Adriatischen Meer, das Fehlen von Naturhäfen, sowie den Reichtum an Rohstofflagerstätten. Bezogen auf die kulturräumlichen Faktoren weist JORDAN (2003) auf die Lage am Rand zweier Kulturkreise, die Dominanz der muslimischen Bevölkerung, die religiöse Mischstruktur, Albanien als Mutterland großer ethnischer Minderheiten, Albanien als Agrarland bis in die Gegenwart und die Fernweidewirtschaft hin. Unter Nutzung einiger dieser Faktoren spielte das Gebiet des heutigen Albaniens im Verlauf der Geschichte eine Reihe von geopolitischen Rollen, welche auch in Zukunft das „geopolitische Repertoire auf den Bühnen Südosteuropas und Europas“ (JORDAN, 2003, S. 83) bilden werden.

3.5.1 Brückenkopf des Westens

Die geographische Position Albaniens ist gekennzeichnet durch eine dominante oder expansive politische Macht auf der Apenninenhalbinsel, im westlichen Mittelmeerraum oder im europäischen Westen, die nach politischem und wirtschaftlichem Einfluss in Südosteuropa strebt und das Gebiet Albaniens als Brückenkopf verwendet. Eine derartige Rolle spielte das heutige Albanien zum Beispiel in der expansiven Phase des Römischen Reiches (229 v. Chr.), als es zum ersten Brückenkopf Roms östlich des Adriatischen und Ionischen Meeres wurde und durch seine Verkehrswege in den zentralen Balkanraum die weitere Durchdringung Südosteuropas erleichterte (vgl. JORDAN, 2003, S. 84).

⁶ <http://www.tagesschau.de/ausland/euinnenminister102.html>. Online Zugriff am 30.09.2013.

Im ersten Weltkrieg (1914-1918), in der Zwischenkriegszeit und besonders im Zweiten Weltkrieg (Besetzung von 1939 bis 1943) benützte Italien Albanien als seinen Brückenkopf, um die Kontrolle über das Adriatische Meer zu erlangen, aber auch um über Albanien hinaus in das südöstliche Europa hineinzuwirken. Wirtschaftlich war Albanien schon seit seinem Bestehen als selbstständiger Staat sehr auf Italien ausgerichtet.

Im Kosovokrieg (1999) diente Albanien dem westlichen Verteidigungsbündnis NATO als Basis und Sprungbrett in den Kosovo und für militärische Operationen gegen Jugoslawien (vgl. JORDAN, 2003, S. 84).

3.5.2 Brückenkopf des Ostens

Dasselbe gilt für die politische Macht in Südosteuropa und im östlichen Mittelmeerraum. Bereits nach der Teilung des Römischen Reiches (395) diente Albanien durch das albanische Territorium an der Westgrenze des Oströmischen Reiches als Brückenkopf. Diese Brückenkopffunktion kam vor allem bei der Via Egnatia, einer Handels- und Militärstraße, welche die beiden Reichszentren (Rom und Konstantinopel) verkehrstechnisch miteinander verband, zu tragen. Verstärkt wurde jene Brückenkopffunktion durch die Bündelung von Verkehrsströmen aus weiten Teilen Südosteuropas auf die albanische Küste. Nach dem Zerfall Westroms (476) ging jene Hauptverkehrsachse verloren, die Bedeutung Albaniens als Brückenkopf zum westlichen Mittelmeerraum blieb jedoch erhalten.

Der Versuch einer Reaktivierung einer Brückenfunktion des Ostens erfolgte 1990/1991 nach der politischen Wende durch den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze am Korridor VIII. Dieser sollte Durres über Skopje und Sofia mit den bulgarischen Schwarzmeerhäfen bzw. mit Istanbul verbinden und über eine Pipeline Erdöl nach Westen transportieren (vgl. JORDAN, 2003, S. 85).

3.5.3 Peripherie des Ostens

Jene geopolitische Rolle ist geprägt durch eine expansive politische Macht im östlichen Europa, deren politische und wirtschaftliche Zentren weit entfernt von Gebieten des heutigen Albaniens liegen, deren Hauptinteressen sich nicht auf die Apenninenhalbinsel und den westlichen Mittelmeerraum richten und mit dem westlichen Europa nur wenig Kontakt hält. In diese Lage geriet das Gebiet des heutigen Albaniens in der Zeit der Bulgarenreiche (10. bzw. 13. Jahrhundert), im Nemanjidenreich (1331-1355) und im Zuge der Ausbreitung des Osmanischen Reiches (ab 1466).

Außerdem agierte Albanien als Peripherie des Ostens und somit als Randzone der ebenfalls nach Westen hin abgeschlossenen kommunistischen Welt zwischen 1945 und 1991, jedoch

mit verschiedensten Orientierungen zu den kommunistischen Blöcken: Bis zum Bruch zwischen Tito und Stalin (1948) war Albanien in die östliche Nachbarschaft integriert. Zwischen 1948 und 1960 spielte Albanien die Rolle einer Exklave Moskaus, die vom übrigen sowjetischen Block durch Jugoslawien getrennt war. Von 1961 bis 1977 war es sogar der entfernte europäische Außenposten Chinas und fast ohne Einbindung in europäische Zusammenhänge (vgl. JORDAN, 2003, S. 87f).

3.5.4 Einkreisungs- und Sprungbrettfunktion

Immer wieder nutzen politische Kräfte die nach Kontrolle oder Dominanz über die Region strebenden Gebiete Albaniens als Teil einer Eindämmungs- und Einkreisungsstrategie oder als Sprungbrett in das Innere der Region. So spielte die geographische Position Albaniens in den Kriegen Roms gegen die Balkanmacht Makedonien (ab 229 v. Chr.) und als das Byzantinische Reich eine Ausdehnung der Bulgarenreiche bis zur Adria verhindern wollte, eine entscheidende Rolle.

Unter osmanischer Herrschaft waren die großteils zum Islam konvertierten Albaner Teil einer Eindämmungsstrategie gegenüber den christlichen Slawen am Balkan.

Nach der osmanischen Herrschaft unterstützte Österreich-Ungarn die Bildung des albanischen Staates (1912/1913), um ein Vordringen Serbiens an der Adria zu verhindern. 1916 besetzte Österreich-Ungarn neben Montenegro einen Großteil Albaniens, um das Königreich Serbien in die Zange zu nehmen.

Von 1948 bis 1960 fungierte Albanien als politischer und militärischer Außenposten Moskaus, um die Entwicklung Jugoslawiens von dort aus kontrollieren zu können. Zwischen 1961 und 1977 nutzte China Albanien zur militärischen Einkreisung der Sowjetunion und unterstützte im Gegenzug die wirtschaftliche Entwicklung Albaniens.

Im Bosnienkrieg (1992-1995) stand Albanien den westlichen Alliierten als Militärbasis zur Verfügung, und im Kosovokrieg (1999) verwendete die NATO Albanien als Aufmarschgebiet und Stützpunkt für die Militärschläge gegen Jugoslawien (vgl. JORDAN, 2003, S. 88f).

3.5.5 Wächter am Eingang zur Adria

Diese geopolitische Rolle ist geprägt durch das Bestreben einer politischen Macht an der Adria, den gesamten Adriaraum zu kontrollieren, oder durch eine externe Macht, welche politischen Druck auf Anrainerstaaten der Adria ausüben will. Dies versuchte beispielsweise das Byzantinische Reich oder das normannische Königreich beider Sizilien mit dem Stützpunkt an der Gegenküste (Durrës).

Mit der Unterstützung der Unabhängigkeit Albaniens sicherte sich Österreich-Ungarn einen loyalen Wächter an der Meerenge.

Italien versuchte im Ersten Weltkrieg durch die Besetzung der Insel Sazan bzw. der Stadt Vlora die Kontrolle über die Adria zu erlangen. In der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg wollte Italien durch den politischen Einfluss bzw. die Annexion Albaniens die Idee des „Mare nostrum“ verwirklichen.

Auch die heutige NATO-Präsenz⁷ in Albanien hat im Zusammenwirken mit dem NATO-Staat Italien eine potenzielle Sperrfunktion für die Adria (vgl. JORDAN, 2003, S. 90).

Die Lage am Eingang zum Adriatischen Meer hat sich im Laufe der Geschichte als der wichtigste Raumfaktor erwiesen – er ist in allen fünf geopolitischen Hauptrollen Albaniens wesentlich wirksam.

4. EU-Erweiterung am Westbalkan

Albanien ist auf seinem Weg in die Europäische Union nicht alleiniger Aspirant. Mit der Region des Westbalkans soll eine gesamte Region, die ausschließlich von Mitgliedsstaaten umgeben ist (siehe Abbildung 1), in die EU integriert werden. Nachdem viele der im Integrationsprozess der Region eingesetzten Strategien, Institutionen, Kriterien und Instrumente nicht nur für Albanien alleine wirksam wurden, soll dieses Kapitel einen Überblick über die Beziehungen der EU zur gesamten Region geben, weshalb nicht immer explizit Albanien hervorgehoben wird. Im letzten Unterkapitel wird außerdem die aktuelle Krise und die „Erweiterungsmüdigkeit“ der EU behandelt.

⁷ 2009 ist Albanien selbst der NATO beigetreten (Anm.).

4.1 Erweiterungsstrategie der EU

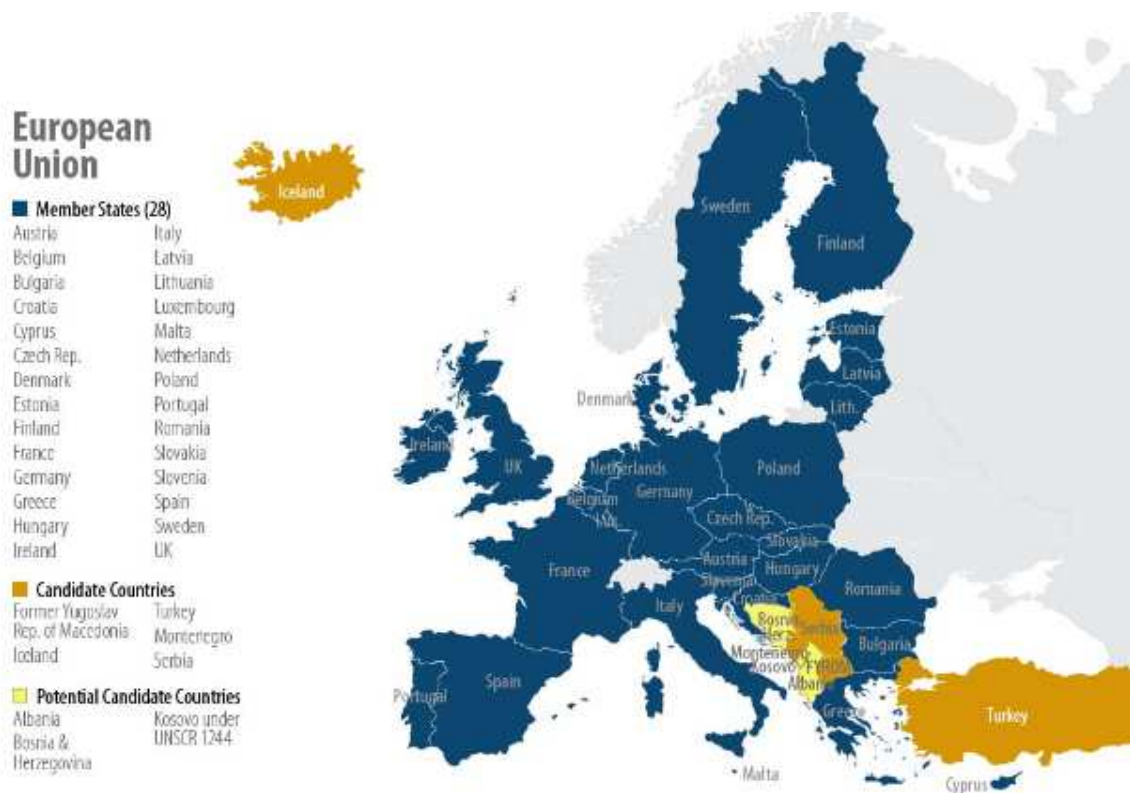


Abbildung 1: Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten (2013)⁸

Obwohl die Funktions- und Überlebensfähigkeit der Europäischen Union in ihrer heutigen Form auf dem Prüfstand steht (siehe auch Föderalismus und Intergouvernementalismus im Kapitel 4.9), kann die Entwicklung der heutigen Union als Erfolgsgeschichte gesehen werden. BIRK (2011, S. 43) fasst jenen Erweiterungsprozess folgendermaßen zusammen: „Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951, über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 hin zur heutigen EU erfuhr die Gemeinschaft eine ständige Erweiterung, sowohl um Konzepte und um die Übertragung gemeinsamer Kompetenzen, als auch um Mitgliedstaaten“.

Gerade in Zeiten der Krise sucht die Europäische Union jedoch im Zuge ihrer wirtschaftlichen und politischen Erweiterung nach einem „ideologischen Unterbau“ bzw. nach „versymbolisierten Gemeinsamkeiten“ oder einer „transnationalen europäischen Identität“ (ELLMEIER, 1995, S. 104). Gleichwohl die Diskussion über die europäische Zukunft (Vertiefung vs. Erweiterung) neben einer politischen und einer wirtschaftlichen auch eine philosophische Frage bleiben wird (siehe Kapitel 6.5 und 7.5), erweiterte sich die Union mit

⁸ <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RS21344.pdf>.

Bulgarien und Rumänien 2007 weiter Richtung Osten, und 2013 wurde mit Kroatien der erste Beitrittskandidat des „westlichen Balkans“ integriert.

Während die Balkanpolitik der Union in den 1990er Jahren eher als konzeptlos deklariert und von einem politisch-diplomatischen Scheitern im Jugoslawienkrieg gesprochen werden kann, streckte die Union ihre Fühler erst nach dem Jugoslawienkrieg 1995, bzw. dem Kosovokrieg 1999 in Richtung West-Balkan aus (vgl. HELMERICH, 2008, S. 352). Erst nach dem Friedensvertrag von Dayton, ergab sich für die Europäische Union eine „ernsthafte Perspektive für eine konstruktive Politik gegenüber dem westlichen Balkan“ (HELMERICH, 2008, S. 352). Seither bemüht sich die EU um die Stabilisierung der Region und um ihre Heranführung an die europäischen Institutionen, wodurch die Integration der Region primäres Ziel der Union wurde (vgl. HELMERICH, 2008, S. 352). Hinzu kam die Neuorientierung der US-Außen- und Sicherheitspolitik mit dem 11. September 2001, weshalb die Stabilisierung des Westbalkans eine vorwiegend europäische Aufgabe wurde. Neben den Zielsetzungen Heranführung und Stabilisierung können außerdem zwei Prinzipien genannt werden, an denen sich die EU-Politik gegenüber dem Balkanraum seit Mitte der 90er Jahre orientiert. Zum einen betont die Union mit dem Regionalansatz („Regional Approach“) ihre Bereitschaft zur Unterstützung regionaler Kooperationen. Dieser besagt, dass die Beitrittsaspiranten bevor sie ihre Kooperation mit der Europäischen Union vertiefen, die Zusammenarbeit mit ihren Nachbarstaaten in der Region verstärken sollen (vgl. ALTMANN, 1998, S. 504). Zum anderen wurde vom Europäischen Rat mit dem Konzept der Konditionalität der Grundsatz formuliert, dass die EU ihre Beziehungen zu den westlichen Balkanstaaten verbessert, um die Fortschritte bei der Erfüllung der aufgestellten Bedingungen voranzutreiben (PAPADIMITRIOU, 2001, S. 72). 1999 wurde im Stabilitätspakt für Südosteuropa (EUROPÄISCHER RAT) beschlossen, die Region des westlichen Balkans „näher an eine Perspektive der vollständigen Integration“ heranzuführen, weshalb ein Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen mit Beitrittsperspektive verabschiedet wurde, welches den Beitrittsprozess vorbereiten soll (vgl. VAN MEURS, 2003, S. 34f).

Die Erweiterung der EU ist zum Motor der Union und ihr „außenpolitisches und ökonomisches Werkzeug“ geworden (BÖHM, 2013). Gleichzeitig wurde eine mögliche Eintrittskarte in die EU das stärkste außenpolitische Druckmittel am Westbalkan. Hier hat die Aussicht auf eine EU-Integration nicht nur die wirtschaftliche und politische Transformation vorangetrieben, sondern auch geholfen, die belasteten Kriegsverbrechen aufzuarbeiten (vgl. BÖHM, 2013). DZIHIC (2012) unterstreicht, dass es „ohne die Hebelwirkung der EU keine Stabilität des Westbalkans geben wird und damit keine Stabilität Europas.“ Die Hauptmotive

der Union beinhalten demnach neben wirtschaftlichen (Erweiterung des Binnenmarktes) und politischen (weitere Fortschritte im Demokratisierungsprozess), vor allem stabilisierende sicherheitspolitische Aspekte (siehe Kapitel 6).

4.2 Die Kopenhagener Kriterien

Um den beitrittswilligen Ländern Orientierungspunkte bieten zu können wurden im Juni 1993 beim Europäischen Rat in Kopenhagen die Beitrittsbedingungen in Vorbereitung auf die Osterweiterung formuliert und beschlossen. Mit dem Beschluss des Amsterdamer Vertrages 1999 wurden die Kriterien auch im EU-Vertrag verankert.

Bei den „Kopenhagener Kriterien“ handelt es sich um drei Gruppen von Standards und Normen, die Beitrittsländer wie Albanien erfüllen müssen. ALTMANN (2005, S. 15) fasst jene zusammen:

„Das politische Kriterium: institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten.

Das wirtschaftliche Kriterium: eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten.

Das Acquis-Kriterium: die Fähigkeit, sich die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele zu eigen zu machen, das heißt: Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes.⁹“

⁹ Dieser Punkt umfasst alle Rechte und Pflichten, die für alle Mitgliedstaaten der EU verbindlich sind. Dazu gehören zum einen der EU- und der EG-Vertrag (Primärrecht), zum anderen die Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen und Empfehlungen, die von den Organen der EU (Europäische Kommission, Rat der Europäischen Union und Europäisches Parlament (EP) erlassen werden (Sekundärrecht) sowie die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). (Definition „acquis communautaire“ siehe <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16627/acquis-communautaire> Online Zugriff am 30.07.2013).

Jede Diskussion über die Möglichkeiten und Aussichten einer EU-Mitgliedschaft ist an die Pflicht zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien sowie der Bedingungen des SAP-Prozesses gekoppelt, wobei den Kopenhagener Kriterien die grundsätzlichere Bedeutung zukommt (vgl. ALTMANN, 2005, S. 15).

Der Beschluss des Rates vom 30. Januar 2006 über die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Europäischen Partnerschaft mit Albanien verweist auf die notwendige Einhaltung der Kriterien:

„Die Gemeinschaftshilfe im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses für die westlichen Balkanländer ist von weiteren Fortschritten bei der Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen sowie bei der Umsetzung der in den Europäischen Partnerschaften festgelegten Prioritäten abhängig. Die Nichteinhaltung dieser Bedingungen könnte dazu führen, dass der Rat geeignete Maßnahmen (...) ergreift. Für die Gemeinschaftshilfe gelten auch die Bedingungen, die der Rat in seinen Schlussfolgerungen (...) festgelegt hat, vor allem die Verpflichtung der Empfängerländer, demokratische, wirtschaftliche und institutionelle Reformen durchzuführen.“¹⁰

Über jeglichen Kriterien hinsichtlich der Beitrittsfähigkeit der einzelnen Länder steht jedoch die Bedingung, dass die EU selbst in der Lage sein muss, überhaupt neue Mitglieder aufnehmen zu können (siehe auch Kap. 4.8 „Die EU-Erweiterung in der Krise“). Diese Tatsache zeigte sich auch bei dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien 2007, welcher sehr stark von (v.a. Wirtschafts-) Experten kritisiert wurde und auch heute noch umstritten ist. Obwohl die Kopenhagener Kriterien nicht erfüllt waren, durften die Länder mit einer im Beitrittsvertrag vorgesehenen Schutzklausel beitreten. Sollten Reformen in den Problembereichen ausbleiben, drohte die Union mit der Kürzung von Subventionen und Nichtanerkennung von Gerichtsurteilen (vgl. LAMBREVA, 2008). Insofern behält sich die Union das Recht vor, darüber zu entscheiden, ob und wann sie zur Aufnahme neuer Mitglieder fähig ist – eine der wenigen Entscheidungen also, auf die Albanien keinen Einfluss nehmen kann.

¹⁰ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:035:0001:0018:DE:PDF>. Online Zugriff am 30.09.2013.

4.3 Der Stabilitätspakt für Südosteuropa

Der 1999 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft entworfene Stabilitätspakt folgte als Versuch, eine langfristige Konfliktpräventionspolitik und eine koordinierte Vorgehensweise in der Region zu schaffen. Der damalige deutsche Außenminister Joschka Fischer betonte bei der Vorbereitungskonferenz zum Stabilitätspakt 1999 in Bonn, dass es darum gehe „eine vorausschauende Strategie (zu entwickeln), die den Menschen in ganz Südosteuropa Hoffnung auf eine bessere Zukunft und eine konkrete Perspektive für den Weg nach Europa bietet“ (zit. nach HELMERICH, 2008).

Der Stabilitätspakt wurde nicht als internationale Organisation und eigenständiger Akteur konzipiert, sondern lediglich als politisch-konzeptioneller Rahmen für einen langfristigen Prozess (ERHARD, 2001, S. 54f).

Staaten	Moldawien Albanien, Norwegen, Schweiz, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Makedonien, Rumänien, Serbien-Montenegro, alle EU-Mitgliedstaaten, Japan, Kanada, Bulgarien, Russland, Türkei, USA
Organisationen	Europäische Kommission, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), Europäische Investitionsbank (EIB), Internationaler Währungsfonds, Europarat, Hoher Kommissar für Flüchtlinge der UNO (UNHCR), NATO, WEU, OECD, OSZE-Präsidentschaft, UNO, Weltbank,

Abbildung 2: Akteure des Stabilitätspaktes (CALIC, zit. nach HELMERICH, 2008, S. 354).

Der Stabilitätspakt wurde anhand von drei Arbeitstischen strukturiert, die sich mit „Demokratisierung und Menschenrechten“, „wirtschaftlichem Wiederaufbau“ bzw. „Förderung des Wohlstands“ sowie „Sicherheitsfragen“ beschäftigen (DEIMEL, 2001, S. 178). Außerdem fungiert als oberstes Organ ein jährlich tagender „Regionaltisch“ mit allen Akteuren. Zur Förderung der regionalen Kooperation arbeitet der Stabilitätspakt eng mit dem „South East European Cooperation Process“ (SEECPP) zusammen, welcher seit 1996 zwischen Serbien-Montenegro, Kroatien, Rumänien, Makedonien, Albanien, Bulgarien, Türkei und Griechenland besteht. Beim Regionaltisch in Thessaloniki wurden 2002 sechs Kernziele formuliert (zit. nach HELMERICH, 2008, S. 355):

„1. Die Förderung unabhängiger Medien und die Annäherung der legislativen Standards des Journalismus in Südosteuropa an die der EU

2. Die Förderung der Zusammenarbeit kommunaler Regierungen, gesellschaftlicher Akteure und Unternehmen auf lokaler Ebene

3. Die Stärkung des regionalen Handels u.a. durch Errichtung einer Freihandelszone

4. Die Verbesserung der regionalen Infrastruktur

5. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität

6. Verbesserung im Bereich der Migration, der Asyl- und Flüchtlingspolitik“.

Kritisiert wurde der Stabilitätspakt so wie noch folgende auf die Region zugeschnittene Programme wegen der unklar formulierten Zwischenschritte, die in den einzelnen Ländern nötig sind bzw. wegen der fehlender Zeithorizonte bis zu einem EU-Beitritt der südosteuropäischen Staaten (AXT, 1999, S. 415).

4.4 Die EU–Gipfeltreffen als Wegmarken der Integrationsvertiefung am West-Balkan

Im November 2000 fand in Zagreb ein Balkangipfel¹¹ statt, bei dem die Europäische Union den Ländern des Westbalkans erstmals die Aufnahme anbot. Bereits beim EU-Gipfel im portugiesischen Santa Maria da Feira¹² im Juni desselben Jahres führte die Union den Begriff „Potenzielle Beitrittskandidaten“ ein und forderte zugleich eine Entwicklung regionaler Beziehungen der Staaten und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit am Balkan. Die innenpolitische Lage in den Ländern war zu dieser Zeit noch sehr angespannt: Der neue jugoslawische Präsident Kostunica trat nach dem Machtwechsel ein schweres Erbe an, in Kroatien trugen demokratische Reformen nach dem Tod von Präsident Tudjman erste Früchte, Albanien kämpfte mit den Nachwehen des Bürgerkriegs bzw. Kosovokrieges und die Teilnahme des montenegrinischen Präsidenten Djukanovic wurde überhaupt in Frage gestellt, da Montenegro noch ein Teil Jugoslawiens war, aber den Status eines Staatsoberhauptes für sich beanspruchte. In der Abschlusserklärung des Gipfels äußerte sich die Überzeugung der

¹¹ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32000E0717:DE:HTML>. Online Zugriff am 10.10.2013.

¹² http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00200-r1.d0.htm. Online Zugriff am 10.10.2013.

vereinten Akteure, dass der beste Weg für die Staaten des Westbalkans langfristig Frieden und Stabilität zu erlangen, der Ausgleich untereinander bei gleichzeitiger Annäherung an die Union sei: „Democracy and regional reconciliation and cooperation on the one hand, and the rapprochement of each of these countries with the European Union on the other, form a whole.“¹³

Auf dem EU-Balkan-Gipfel im Juni 2003 im griechischen Thessaloniki wurden jedoch endgültig die Weichen für eine Integration der West-Balkan-Länder gelegt und der Europäische Rat erklärte in der Abschlussdeklaration feierlich:

„Die Zukunft der Balkanstaaten liegt in der Europäischen Union: die derzeitige Erweiterung und die Unterzeichnung des Vertrages von Athen sind für die westlichen Balkanstaaten Anreiz und Ermutigung, denselben erfolgreichen Weg zu beschreiten. Sie müssen sich auf die Integration in die europäischen Strukturen, an deren Ende der Beitritt zur Europäischen Union steht, vorbereiten, indem sie die europäischen Normen übernehmen. (...) Die Länder der Region haben es in der Hand, wie schnell sie dabei voranschreiten“ (Europäischer Rat zitiert nach: HELMERICH, 2008, S. 351)

Der damalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi unterstrich zudem die Zugehörigkeit des westlichen Balkans zu Europa und versicherte, dass der europäische Einigungsprozess erst abgeschlossen sei, wenn der westliche Balkan ebenfalls fest zur „EU-Familie“ gehöre. (vgl. CYRUS, 2003, S. 8) Die offizielle Abschlusserklärung des Gipfeltreffens von Thessaloniki brachte die „Thessaloniki Agenda for the Western Balkans: Moving towards the European Integration“ hervor, in welcher die EU-Politik gegenüber der Region in fünf Punkten definiert wurde (vgl. ALTMANN, 2003 bzw. 2005):

- Die weitere Festigung des Friedens und Unterstützung von Stabilität und demokratischer Entwicklung: Die Kommission forderte die westlichen Balkanländer dazu auf, den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) zu unterstützen und die entsprechenden EU-Entscheidungen und bilateralen Friedensvereinbarungen zu beachten (Resolution 1244 der UN für das Kosovo, die Dayton/Paris-Vereinbarung für Bosnien-Herzegowina, das Ohrider Abkommen für Makedonien sowie die Belgrader Vereinbarung für Serbien-Montenegro).

¹³ European Commission, Zagreb Summit 24 2000. Online Zugriff am 29. 07. 2013 unter http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/Declang4.doc.html.

- Eine schnelle Heranführung der Westlichen Balkanländer an die EU durch einen intensivierten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess: Es wurde ein multilaterales politisches Forum „EU-Westlicher-Balkan-Forum“ gegründet, um die Staats- und Regierungschefs der Region und ihre EU-Partner zusammenzubringen. Bereits vor dem Inkrafttreten der entsprechenden Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, können gemeinsame „Stabilisierungs- und Assoziierungs-Parlamentsausschüsse“ mit allen SAP-Ländern unterzeichnet werden. Zudem wurden „Europäische Partnerschaften“ eingeführt, um gemeinsam nationale Aktionspläne zu erstellen.
- Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und die Zusammenarbeit in sonstigen Angelegenheiten von Justiz und Innerem: Hier wurde auf die Verpflichtung zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität der westlichen Balkanländer hingewiesen, welche bei der Londoner Konferenz (2002) über organisiertes Verbrechen in Südosteuropa beschlossen wurde, sowie auf die Einhaltung der Brüsseler Erklärung über die Bekämpfung von Menschenhandel.
- Die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung: In der Thessaloniki Agenda wird eine regionale Transportstrategie unter Anbindung an die transeuropäischen Netzwerke und die für den Balkan wichtigen paneuropäischen Korridore V, VII, VIII und IX beschlossen. Betont werden zudem der Ausbau der finanziellen und technischen Hilfen sowie die Ausweitung des internen Energiemarktes.
- Die Aussöhnung und Verstärkung der regionalen Kooperation, welche die Länder u. a. dazu auffordert, in Bezug auf die Rückkehr der Flüchtlinge zusammenzuarbeiten. Außerdem verwies die Kommission bei den neuen Verhandlungsrunden auf das „Regattaprinzip“, welches den einzelnen Ländern die Möglichkeit eröffnet, bei Erfüllung der Bedingungen/Voraussetzungen (Kopenhagener Kriterien) für den Beitritt, auch alleine die Mitgliedschaft erlangen zu können und nicht mehr auf den Erfolg anderer angewiesen sind.

Das bislang letzte Gipfeltreffen zum Thema „EU–Westbalkan“ wurde im Juni 2010 unter spanischem EU-Ratsvorsitz in Sarajevo abgehalten. Der Gipfel enttäuschte jedoch die an ihn gestellten Erwartungen (siehe auch Kapitel 4.8 „Die EU Erweiterung in der Krise“). Anstatt dem Beitrittsprozess neuen Schwung zu verleihen, wurde in den Schlussfolgerungen lediglich

die europäische Zukunft des westlichen Balkans wiederholt, ohne dass konkrete Zusagen gemacht wurden (WUNSCH & RAPPOLD, 2010, S. 2). Serbien, Montenegro und Mazedonien haben bereits den EU-Kandidatenstatus erhalten, Bosnien-Herzegowina und Albanien warten noch auf eine Zusage der Europäischen Union (siehe Abbildung 3).

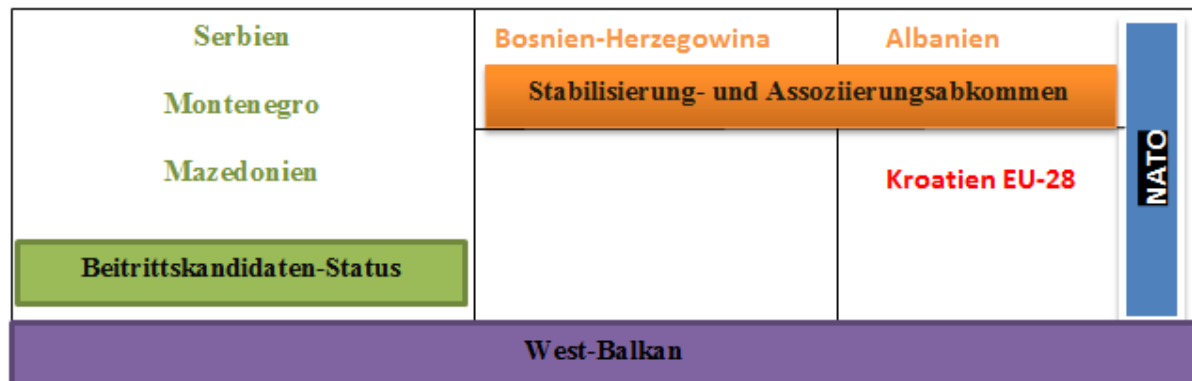


Abbildung 3: Der Westbalkan auf dem Weg in die EU

4.5 Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess

Anders als der Stabilitätspakt umfasst der im Mai 1999 initiierte Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) nur die westliche Balkanregion, welche sich als „Kernstück der europäischen Balkanpolitik“ (HELMERICH, 2008, S. 356) etablierte. Der SAP unterstützt somit Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Makedonien, Serbien und Montenegro dabei, europäische Werte, Prinzipien und Standards in der westlichen Balkanregion zu verankern. Angestrebt wird einerseits eine kurz- oder mittelfristige regionale Stabilisierung und andererseits eine mittel- oder langfristige europäische Assoziierung (vgl. HELMERICH, 2008, S. 357). „Außer der für alle EU-Aspiranten obligatorischen Erfüllung der Kopenhagener Kriterien wurden den Westbalkanländern auch spezielle regionale Bedingungen vorgegeben, insbesondere die Bereitschaft Friedensprozesse aktiv zu unterstützen und mit allen Nachbarn sowie mit dem ICTY¹⁴ zu kooperieren“ (KASER, 2001, S. 318; zit. nach WÖSS, 2010, S. 73f). Der Prozess verlangt demnach nach einem permanenten Engagement beider Vertragsparteien (EU und Beitrittskandidat), um auf dem Pfad der vollkommenen Integration der westlichen Balkanstaaten in die Europäischen Union zu bleiben. Die Schwerpunkte des SAP sind eine Abstimmung der Handelspolitik, eine Weiterentwicklung im Bereich der Grenzorganisation und eine Verbesserung im Bereich der Administration (vgl. DAXNER, 2003, S. 98; zit. nach WÖSS, 2010, S. 74). Zur Bewertung

¹⁴ Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

der Fortschritte der westlichen Balkanstaaten auf dem Weg in die EU gibt die Europäische Kommission jährlich einen Bericht (Fortschrittsbericht) heraus (HELMERICH, 2008, S. 357). Der ehemalige Kommissionspräsident Romano Prodi sagte in seiner Rede zur offiziellen Eröffnung der SAP-Verhandlungen vor dem albanischen Parlament am 31. Januar 2003:

„I have already said this once but I will say it again. The Union will be at your side, today and in the future, dialogue must pave the way for developing a closer, more transparent and more reliable partnership. You should be fully aware that timescales and methods to be adopted for integration are in your hand: ownership and responsibility are the key words. All the other countries (...) have travelled down the road. There are no short cuts“ (zit. nach HERSCHT, 2006, S. 68).

WÖSS (2010, S. 75) weist jedoch auf das schwer zu lösende Spannungsfeld zwischen Stabilisierung und Integration hin. WÖSS (2010, S. 75) spricht daher auch vom „großen Dilemma des SAP“ und nennt folgende durch die veränderten Rahmenbedingungen erforderlichen Anpassungen und damit verbundene Chancen und Risiken:

„- die Gefahr der Verstärkung regionaler Disparitäten zwischen Mitgliedern, Kandidaten und Assoziierten der EU

- abnehmende Hilfen bi- und multilateraler Geber im Vorfeld der Diskussion um die Neuverteilung des Budgets nach Auslaufen des Hilfsprogramms CARDS

- Frei werdende Kapazitäten in der Europäischen Kommission (Generaldirektion Erweiterung), die künftig für den Balkan eingesetzt werden können

- Stärkere EU-interne Lobby für eine aktivere Balkanpolitik der Union (neben Griechenland nun auch Slowenien, Ungarn, Tschechien, Polen und die Slowakei)

- Motivationsschub für europäische Reformen in der Region nachdem Kroatien zum Kandidaten¹⁵ aufgestuft wurde“.

¹⁵ Anm.: bzw. 2013 zum Vollmitglied

Mängel werden dem SAP außerdem in der wirtschaftlichen Dimension attestiert, da „die EU zu schnell von klassischen Stabilisierungsaufgaben zur prioritären Förderung von Europafähigkeit übergegangen ist“, so CALIC (2005, S. 21). So ist beispielsweise die geforderte legislative Harmonisierung langfristig nur möglich, wenn auch Fortschritte bei der Wohlstandsentwicklung zu verzeichnen sind (vgl. Ebd., S. 31). Eine weitere Schattenseite des SAP ist laut WÖSS (2010, S. 77) die Evaluierung der Fortschritte der einzelnen Länder auf ihrem EU-Annährungsweg bzw. auch die technokratische Einstellung der EU, welche zu einer Unkenntnis über die EU in der Bevölkerung führt.

4.6 Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen

Das Kernstück des SAP sind die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, durch welche mittelfristig ein Assoziierungsverhältnis mit der EU begründet wird (PERVAN, 2005, S. 23). Die Unterzeichnung von SAA stellt eine wichtige Etappe im Prozess der Assoziierung dar, da sich die Länder mit der Unterzeichnung dazu verpflichten, während einer Übergangsperiode die formale Assoziierung mit der EU zu vollenden, deren Grundlage die schrittweise Einführung einer Freihandelszone sowie die Durchführung von Reformen mit dem Ziel der Übernahme von EU-Standards darstellt. Nach der Erstellung sogenannter Machbarkeitsstudien (Feasibility Studies), welche festzustellen haben, ob das betreffende Land auch in der Lage sein wird, alle vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, können Verhandlungen über den Abschluss eines SAA beginnen (vgl. ALTMANN, 2005, S. 8). Bis dato haben alle Staaten des Westbalkans (exklusive Kosovo) ein Stabilisierungsabkommen abgeschlossen (siehe Abbildung 4): Mazedonien (2001), Montenegro (2007), Serbien (2008), Bosnien und Herzegowina (2008) und Albanien (2009).

Wesentliche Bestandteile des Abkommens bilden die Wirtschaftsentwicklung sowie die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen, die Konsolidierung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, der Aufbau effektiver Verwaltungsstrukturen und die Stärkung der Zusammenarbeit im Justizwesen. Hinzu kommen infrastrukturelle Maßnahmen zur Stärkung von Polizei und öffentlicher Ordnung und Subventionierungen zum Ausbau der Energie-, Verkehrs- und Wasserversorgungsnetze (vgl. BOGDANI & LOUGHLIN, 2004, S. 40). Außerdem erhalten jene Staaten mit SAA-Abschluss Beratung und Assistenz bei Demokratisierung und Verrechtlichung sowie finanzielle Zuschüsse aus EU-Programmen (HAJRULLAHU, 2007, S. 175).



Abbildung 4: Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den westlichen Balkanstaaten und der EU¹⁶

¹⁶ <http://www.monde-diplomatique.de/pm/.karten/index>. Online Zugriff am 10.10.2013.

4.7 Das Instrument für Heranführungshilfe (IPA)

Die EG stellte Albanien für den Zeitraum 1992-1996 35 Millionen Euro Finanzhilfe zur Verfügung, um die Fortschritte bei der Wirtschaftsliberalisierung und bei den Strukturformen zu unterstützen. Zudem bekam Albanien im Jahr 1999 20 Millionen Euro in Form eines Darlehens „zur Unterstützung des während der Kosovo-Krise und dem damit verbundenen Zustrom von Flüchtlingen finanziell stark beanspruchten Landes“.¹⁷ Diese Hilfe wurde Albanien im Rahmen des PHARE-Programms zur Verfügung gestellt, ein Gemeinschaftshilfeprogramm für die Länder Mittel- und Osteuropas, die Kandidaten für den Beitritt zur Europäischen Union sind.¹⁸

Ab 2001 war CARDS das wichtigste Finanzinstrument der Zusammenarbeit zwischen Albanien und der EU, wodurch wichtige reformbedürftige Bereiche wie Justiz, Inneres, Verwaltung, die Unterstützung von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, Umwelt oder der Demokratisierungsprozess berücksichtigt werden. CARDS ist ein spezielles Hilfsprogramm für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung für den westlichen Balkanraum.¹⁹ Im Zeitraum von 2001-2004 beanspruchte Albanien insgesamt 181,4 Millionen Euro aus diesem Programm. Insgesamt stellte die EU im Rahmen des CARDS-Programms für die gesamte Region des Westbalkans zwischen 2000 und 2006 4,65 Mrd. Euro zur Verfügung (CALIC, 2001, S. 11).

2007 wurden die bisherigen EU-Förder- und Unterstützungsprogramme (PHARE, SAPARD, CARDS, ISPA und das Türkei-Programm) durch das Instrument für Heranführungshilfe (Instrument for Pre-Accession, IPA).²⁰ vereinheitlicht und effektiver und bedarfsgerechter gestaltet. IPA umfasst dabei eine Reihe von Anreizen und Bedingungen zur Sicherstellung des optimalen Einsatzes der Fördermittel. Hauptziel bleibt jedoch die Befähigung der albanischen Regierung, den Aufbau des Landes selbstständig fortzuführen. Aus diesem Grund werden insbesondere Projekte des Institutionsaufbaus gefördert, um die Leistungsfähigkeit der staatlichen Exekutiv- und Legislativorgane zu verbessern. In der südalbanischen Stadt Vlora wurde beispielsweise mit IPA-Mitteln ein neues Gerichtsgebäude errichtet, wodurch der Aufbau eines unabhängigen und unparteiischen Justizwesens unterstützt wird. In einem

¹⁷ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:261:0116:0116:DE:PDF>. Online Zugriff am 15.10.2013.

¹⁸ http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/2004_and_2007_enlargement/e50004_de.htm.

¹⁹ http://ec.europa.eu/enlargement/glossary/terms/cards_de.htm. Online Zugriff am 15.10.2013..

²⁰ Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Europäischen Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA). http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2006/l_210/l_21020060731de00820093.pdf. Online Zugriff am 15.10.2013.

weiteren IPA-Projekt wurden in vier albanischen Küstenregionen die Gesundheits- und Umweltbedingungen durch den Aufbau einer nachhaltigen Trinkwasserversorgung und Kanalisationsinfrastruktur gefördert.²¹

„Beim EU-Erweiterungsprozess kommt es vor allem darauf an, dass die politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Reformen in jedem dieser Länder Ergebnisse bringen. Die Staaten müssen in diesem Prozess, der hohe Anforderungen an sie stellt, Leistung zeigen. Doch sie bleiben nicht sich selbst überlassen. Die EU steht ihnen politisch wie technisch mit Rat und Tat zur Seite und hilft ihnen mit substanzieller finanzieller Unterstützung bei der Durchführung dieser Reformen.“²²

Die finanziellen Zuwendungen, welche jährlich gesteigert werden, betrugen für Albanien zwischen 2007 und 2012 annähernd 500 Millionen Euro. Albanien ist damit nach der Türkei (3,9 Mrd.), Serbien (1,2 Mrd.), Kroatien (910 Mio.), Kosovo (565 Mio.), Bosnien und Herzegowina (550 Mio.), Mazedonien (507 Mio.) – aber vor Montenegro (201 Mio.) – das Land mit den siebtgrößten Fördermittelzuwendungen (siehe Abbildung 5).

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2007–2012
Kroatien	141,2	146,0	151,2	154,2	157,2	160,4	910,2
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	58,5	70,2	81,8	92,3	98,7	105,8	507,3
Türkei	497,2	538,7	566,4	653,7	781,9	899,5	3.937,4
Albanien	61,0	70,7	81,2	93,2	95,0	96,9	498,0
Bosnien und Herzegowina	62,1	74,8	89,1	106,0	108,1	110,2	550,3
Kosovo	68,3	184,7	106,1	67,3	68,7	70,0	565,1
Montenegro	31,4	32,6	33,3	34,0	34,7	35,4	201,4
Serbien	189,7	190,9	194,8	198,7	202,7	206,8	1.183,6
Länder-übergreifende Unterstützung	109,0	135,7	160,0	157,7	160,8	164,2	887,4
INSGESAMT	1.218,4	1.444,3	1.463,9	1.557,1	1.707,8	1.849,2	9.240,7

Abbildung 5: IPA Finanzierungsplan²³

²¹ http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/mipd_albania_2007_2009_en.pdf. Online Zugriff am 10.10.2013.

²² http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/publication/ipa_brochure_2009_de.pdf. Online Zugriff am 10.10.2013.

²³ http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/publication/ipa_brochure_2009_de.pdf. Online Zugriff am 10.10.2013.

4.8 Die EU (-Erweiterung) in der Krise

„EU-Euphorie ist einem Europa-Realismus gewichen“, so DZIHIC (2012, S. 1). Den Beitrittskandidaten des westlichen Balkans ist aktuelle nach dem Beitritt Kroatiens 2013 der Weg in die Europäische Union verwehrt. Gerade bei diesen Staaten wäre es jedoch von enormer Bedeutung, ihnen eine europäische Perspektive zu geben, anstatt hinsichtlich eines gemeinsamen europäischen Projekt außer Acht zu lassen. DZIHIC (2012, S. 1) fasst die prekäre Situation der Westbalkanstaaten zusammen: „Sie stehen vor einer abgenutzten Vision eines Europas, von dem sie lange ferngehalten wurden und um dessen Wohlwollen sie weiterhin (...) kämpfen werden müssen“ (DZIHIC, 2012, S. 1).

Mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa bzw. spätestens seit dem EU-Gipfel in Thessaloniki gehörte die dauerhafte Stabilisierung des Westbalkans zu den vorrangigen Zielen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das Angebot an die Staaten des Westbalkans, nach erreichter politischer und wirtschaftlicher Festigung, eines Tages der EU beizutreten, war der wesentliche Bestandteil dieser Politik. Umgekehrt war für die Westbalkanländer die Aussicht, in absehbarer Zukunft in die Union integriert zu werden, im vergangenen Jahrzehnt der wichtigste Ansporn dafür, innenpolitische Reformen und den Prozess der Demokratisierung einzuleiten. Außerdem bedeutete die Annäherung an europäische Werte auch die Bereitschaft zum Ausgleich mit ethnischen Minderheiten und zu mehr Toleranz in der Gesellschaft (vgl. RELJIC, 2005, S. 2). Die Gefahr für die Union besteht laut RELJIC (2009a, S. 4) darin, dass „je weniger Fortschritt in der Annäherung der Westbalkanländer an die EU zu vermerken ist, desto stärker trübt sich ihre europäische Perspektive“. Diese Perspektive ist jedoch unverzichtbar, denn sie trägt zu Frieden und Stabilität bei und versetzt die Länder der Region in die Lage, bei der Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Reformen große Herausforderungen zu meistern, unter Wahrung der Sicherheit der Region (vgl. RELJIC, 2009a, S. 4). So wird es ohne der „Hebelwirkung der EU“ (DZIHIC, 2012, S.1) keine Stabilität des Westbalkans geben und damit keine Stabilität Europas.

In der EU hat sich nach Auffassung zahlreicher Politiker eine Erweiterungsmüdigkeit breitgemacht, wobei die Meinung vertreten wird, eine zu rasche Ausdehnung der Union würde jeden weiteren Integrationsfortschritt behindern – die Folge ist eine größere Zurückhaltung gegenüber neuen Beitritten (vgl. KRAMER, 2007, S. 1). Die Union wird aber, wie es der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker dementiert, nicht so tun können, als ob es „mitten in Europa irgendwie ein Stück Nicht-Europa gibt“ (zitiert nach RELJIC, 2005, S. 4).

Auch wenn über die „geographische Finalität der EU keine abschließende Aussage getätigt werden kann“, ist die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in den europäischen Institutionen „keine unerschöpfliche Ressource“, so VON PLATE (2001, S. 18). Deshalb ist die Zahl der möglichen Beitrittskandidaten auf jeden Fall begrenzt und eines Tages erschöpft, auch wenn man die Wirkung einer EU-Perspektive für uneingeschränkt positiv hält.

Bereits 2005, noch vor der Weltwirtschaftskrise, betonte der damalige Vizepräsident der Europäischen Kommission, Günter Verheugen, dass „über die bestehenden Zusagen hinaus keine weiteren Versprechungen gemacht werden können“ (zitiert nach RELJIC, 2005, S. 1). Außerdem wies er darauf hin, dass es neben der Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union auch andere Möglichkeiten gäbe, um politische und wirtschaftliche Stabilität in Europa zu erreichen und teilte damit die Meinung der jetzigen deutschen Kanzlerin Angela Merkel, welche forderte, die „europäische Perspektive“ für den Balkan-Raum mit „mehr Phantasie“ zu betrachten, nicht immer nur in der Kategorie Vollmitgliedschaft zu denken (In: ebd.). Sollte sich dennoch die Sicht durchsetzen, dass die restlichen Länder des Westbalkans (exklusive Kroatien) längerfristig mit keiner EU-Vollmitgliedschaft rechnen können, so werden sich die Folgen nicht nur in Form neuer regionaler Spannungen äußern: Laut RELJIC (2005, S. 4) würde dies auch zeigen, dass „die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, da sie bisher auf dem Balkan weitgehend als Erweiterungsangebot in Erscheinung trat, kaum neu ausgerichtet werden kann, ohne sich selbst zu desavouieren“.

Die Finanzwirtschaft im westlichen Balkan ist zwar nur in geringem Maße in die globalen Finanzmärkte eingebunden; mit etwas Verspätung machte sich jedoch auch hier die Weltwirtschaftskrise bemerkbar, was die Region durch sinkende Ausfuhren und fehlende Auslandsinvestitionen zu spüren bekam. Dies zeigte sich auch, als nach dem Auslaufen der Hilfsprogramme für den Transformationsprozess die ersten Staaten gezwungen waren, den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Hilfe zu ersuchen (vgl. WUNSCH & RAPPOLD, 2010, S. 5).

RAUNIG (2013)²⁴ konstatiert, die derzeitige Erweiterungsmüdigkeit sei ein ganz normaler Abschnitt des europäischen Projekts, in dem es erweiterungsmüdere und erweiterungsfreudigere Teile gibt. Das Schöne an diesem Projekt sei, dass es sich jeden Tag ändere. Jeden Tag bastelten sie an dieser EU, es sei so zusagen „work in progress“.

²⁴ Interview am 18.09.2013.

DZIHIC (2012, S. 1) unterstreicht ebenfalls, dass es „zum europäischen Erweiterungsprojekt am Westbalkan keine Alternative gibt und weist auf drei Handlungsempfehlungen in Bezug auf die Region hin:

„1. Passive Politik des „business as usual“ am Westbalkan kann nur wie ein Bumerang mitten ins Gesicht der EU zurückfliegen. Offensive und gestalterische Politik, Optimismus und Glaube an den Erfolg des Projekts sind notwendig.

2. Eine Visa-Liberalisierung für den Kosovo anstelle der Visa-Wiedereinführungsdebatte ist notwendig, um den Glauben an das europäische Projekt aufrechtzuerhalten und positive Signale zu setzen.

3. Die Politik der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung des Westbalkans muss zum Mittelpunkt aktiver Erweiterungspolitik werden. Die EU soll die für die Erweiterung zur Verfügung stehenden Mittel gezielt für die Förderung des Wirtschaftswachstums und der Konkurrenzfähigkeit der Region einsetzen.“

Die Union hätte es laut DZIHIC (2010, S. 6) in der Hand, dem Beitrittsprozess einen „neuen Antrieb zu verleihen“ und ein „Reformklima“ zu schaffen, „das derzeit durch die ökonomische Entwicklung stark strapaziert ist“. Durch ein „beherztes Eingreifen im Westbalkan könnte die EU hingegen einen nachhaltigen Transformationserfolg in ihrer Nachbarschaft erringen und so ihren Anspruch auf eine Rolle als zentraler regionaler Spieler zementieren“ (DZIHIC, 2010, S. 6).

Mit der derzeitigen „Erweiterungsmüdigkeit“ geht die Frage nach der Zukunft der europäischen Einigung einher. Wie können weitere Mitglieder in der Union aufgenommen werden, wenn unter den bereits integrierten Ländern, Uneinigkeit über das Leitbild der europäischen Einigung herrscht? Aus diesem Grund werden im Folgenden die wichtigsten Integrationsmodelle vorgestellt.

4.9 Exkurs: Leitbilder der europäischen Einigung bzw. Europäische Integrationstheorien

Der europäische Integrationsprozess befindet sich aktuell in einer Krise. Einige Staaten drohen aus der Eurozone zu fallen, Holland und Frankreich lehnten den Verfassungsvertrag ab und die Bereitschaft neue Mitglieder in die Union aufzunehmen ist stark gesunken (vgl.

JAHN, 2012, S. 2). In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, in welche Richtung sich Europa in Zukunft entwickeln will, was wiederum eng mit dem EU-Erweiterungsprozess korreliert. In diesem Unterkapitel werden die Zielperspektiven und Leitbilder der europäischen Einigung pointiert skizziert. Der Diskurs hinsichtlich der Frage nach der Intensität der Vertiefung ist besonders geprägt von dem Gegensatz zwischen föderalistischen und intergouvernementalistischen Leitbildern.

4.9.1 Föderalismus: Europäischer Bundesstaat

Das föderale Model wird vor allem von Vertretern der sechs Gründungsstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg) unterstützt. Nach den beiden Weltkriegen war das oberste Ziel die Friedenssicherung zwischen den Völkern Europas, was durch die Überwindung des nationalstaatlichen System gelingen sollte (vgl. CLEMENS et al., 2008, S. 307). SCHMUCK (2012, S. 5) definiert das Model des Europäischen Bundesstaates folgendermaßen: „Der Europäische Bundesstaat ist durch eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten sowie durch jeweils demokratisch legitimierte Regierungen auf den verschiedenen politischen Ebenen gekennzeichnet“. Der Föderalismus geht demnach von einem Zusammenwirken aller Glieder aus, mit dem Ziel, die Herstellung einer Einheit mit der Wahrung der Vielfalt seiner Glieder in Einklang zu bringen (vgl. CLEMENS et al., 2008, S. 307). Nach dem Leitbild der Vereinigten Staaten von Amerika soll ein Bundesstaat entstehen, der in einer Verfassung normiert werden soll. Ein Verfassungsvertrag welcher die engere politische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten vorantreiben hätte sollen, scheiterte 2005 nach Volksabstimmungen in Holland und Frankreich (vgl. SCHMUCK, 2012, S. 5). Die Entwicklung zu einem auf der Grundlage einer Verfassung geschaffenen Bundesstaat ist daher unwahrscheinlicher geworden. Die Föderalisten konzentrieren sich deshalb mehr auf die Analyse föderaler Elemente im politischen System. Ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips²⁵ soll so eine schrittweise Föderalisierung der Union offenkundig werden (vgl. NEISSER, 2008, S. 94).

4.9.2 Intergouvernementalismus: Europäischer Staatenbund

Ein Europäischer Staatenbund würde die Souveränität der Staaten nicht mindern, wodurch die Mitgliedsstaaten das Letztentscheidungsrecht nicht aus der Hand geben würden. Jenes Modell findet vor allem in Großbritannien, Skandinavien, aber auch in Spanien und in vielen neuen

²⁵ „Nach dem Subsidiaritätsprinzip soll eine (staatliche) Aufgabe soweit wie möglich von der unteren Ebene bzw. kleineren Einheit wahrgenommen werden. Die Europäische Gemeinschaft darf nur tätig werden, wenn die Maßnahmen der Mitgliedstaaten nicht ausreichen und wenn die politischen Ziele besser auf der Gemeinschaftsebene erreicht werden können“. (ZANDONELLA, 2009)

EU-Staaten bei bedeutsamen politischen Parteien Unterstützung (vgl. SCHMUCK, 2012, S. 6). Der Intergouvernementalismus gründet laut NEISSER (2008, S. 95f) auf folgenden Annahmen:

- In erster Linie bestimmen die Nationalstaaten den europäischen Integrationsprozess. Nicht die Interessen supranationaler Akteure und transnationaler Eliten sind entscheidend, sondern nationale Interessen und die Politik der nationalen Regierungen.
- Die Staaten bestimmen frei ihre internationalen Beziehungen. Die Europäische Integration ist eine „Umleitung von nationalen Interessen auf ein gemeinsames europäisches Dach“. Sie sei keine Gefahr für den Bestand des Nationalstaates.
- Für die ökonomischen Bereiche bestehe am ehesten die Bereitschaft, nationale Kompetenzen abzugeben, weshalb auch der Binnenmarkt unterstützt werde. Für die Außen- und Sicherheitspolitik gebe das Erfordernis der Einstimmigkeit der Entscheidungen oder die Möglichkeit des Opting Out²⁶ den Mitgliedstaaten einen Spielraum, Politik entscheidend zu beeinflussen oder nicht daran teilzunehmen.

In der intergouvernementalistischen Argumentation erweitert der Integrationsprozess die Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten, wodurch Integrationsbestrebungen im Interesse der Nationalstaaten liegen. Intergouvernementalistische Ansätze erklären vor allem die Integrationsschritte, die durch Gipfeltreffen der Staats- bzw. Regierungschefs der Mitgliedsstaaten oder durch Regierungskonferenzen zustande kommen (vgl. CLEMENS et al., 2008, S. 310). „In der Praxis ist die EU heute schon merklich über das Modell des Staatenbundes hinausgewachsen“, betont SCHMUCK (2012, S. 6), was beispielsweise bei Mehrheitsabstimmungen im Rahmen von Binnenmarktentscheidungen zu Tage kommt.

4.9.3 Differenzierte Integration

Der Grundidee besteht darin, dass aufgrund der unterschiedlichen Bereitschaft einer tiefgreifenden Integration der europäischen Staaten, nicht alle Mitgliedsländer den gleichen Integrationsstatus haben müssen. Der Vorteil jenes Europa-Modells bestünde darin, dass es leichter umzusetzen wäre, da es immer wieder Staaten gibt, die in manchen Bereichen einfach nicht zusammen arbeiten wollen (siehe Frankreich und Holland). SCHMUCK (2012, S. 7) definiert jenes Modell wie folgt: „Das Modell der differenzierten Integration ist gekennzeichnet durch mehrere, sich teilweise oder vollständig überlagernde

²⁶ Ausnahmeregelung, die es einem Mitgliedsstaat erlaubt, sich (vorerst) nicht an der Zusammenarbeit in einem Bereich der EU-Politik zu beteiligen [von engl. "opt out": sich heraushalten]. Dänemark, Großbritannien und Schweden nehmen z.B. nicht an der Währungsunion teil und haben den Euro nicht eingeführt (vgl. ZANDONELLA, 2009)

Zusammenschlüsse unterschiedlich ausgeprägter Integrationsdichte, die sich um einen föderalen Kern gruppieren.“

Im Zuge jener Überlegungen nennt SCHMUCK (2012, S. 7) drei Varianten wie Europa in Zukunft zusammen arbeiten könnte, welche jedoch bei näherer Betrachtung allesamt deutliche Nachteile aufweisen:

- **„Europa der zwei Geschwindigkeiten“:** Gemeinsame Ziele werden von allen Mitgliedsstaaten festgelegt, doch nach unterschiedlichen Zeitvorgaben erreicht. Ein föderaler Kern von Staaten schreitet bei neuen politischen Aufgaben voran und die anderen Staaten verpflichten sich dazu, nach einer verbindlichen Zeitvorgabe, oder nach dem Erreichen bestimmter Kriterien, nachzufolgen. Der Nachteil ist jedoch, dass Staaten die nicht dem Integrationskern angehören, sich ausgeschlossen fühlen (Zweiklassengesellschaft) könnten, was jedoch Vertreter dieses Modells damit dementieren, dass jene Staaten nach Erfüllen der Kriterien aus eigener Kraft zum Kern hinzustoßen können.
- **Vermehrtes Zulassen staatlicher Sonderwege (Opting Out):** Einzelne Staaten können sich von gemeinsamen Entwicklungen ausklinken. Die Einführung des Euros zeigt zwar, dass dieses Verfahren funktionieren kann, jedoch wären damit auch organisatorischen Chaos und ein minderes Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitgliedsstaaten vorprogrammiert. Das Modell des Opting Outs bietet zwar in Ausnahmefällen einen Ausweg in Blockadesituationen, welches aber nicht zur Norm werden sollte.
- **Konzept der „Variablen Geometrie“:** Einzelne Mitgliedsstaaten finden sich in immer neuen Zusammensetzungen zur gemeinsamen Problemlösung sachbezogen zusammen. Beispielsweise könnten alle Mitgliedsstaaten hinsichtlich eines gemeinsamen Binnenmarktes und dem Ziel einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit zusammenarbeiten, während sich nur 15 in Bezug auf eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenschließen und 8 Staaten europäische Forschungspolitik betreiben. Ebenso wie das Modell des Opting Outs würde auch dieses Modell die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten stark abwerten und damit auch die EU als Ganzes. Aus diesem Grund und weil ein solches Konzept die demokratische Legitimation auf europäischer Ebene kaum gewährleisten würde, lehnen die meisten EU-Staaten jenes Konzept ab.

5. Albanien im EU-Integrationsprozess

Nach dem Sturz des kommunistischen Regimes 1990 wurden die Beziehungen zwischen Albanien und der Europäischen Union kontinuierlich ausgebaut (siehe Abbildung 6). Im Mai 1992 wurde erstmalig ein Handels- und Kooperationsabkommen mit der EU unterzeichnet und Albanien in das PHARE-Programm der EU aufgenommen. 1999 wurde der SAP der westlichen Balkanländer mit der EU eingeleitet. Die entsprechende Machbarkeitsstudie (Feasibility Study) der Kommission fiel zwar zunächst negativ aus, 2001 empfahl die EU jedoch den Beginn der Verhandlungen über ein SAA mit Albanien. In der Folge wurden im Jänner 2003 die Verhandlungen für ein SAA eingeleitet. Im Februar 2006 hat Albanien als drittes Westbalkanland ein SAA abgeschlossen, welches am 12. Juni 2006 offiziell unterzeichnet wurde. Die Ratifizierung des SAA durch alle EU-Mitgliedstaaten konnte am 1. April 2009 abgeschlossen werden, noch im selben Monat beantragte Albanien offiziell die EU-Mitgliedschaft.²⁷

1992	Das erste Handels- und Kooperationsabkommen mit der EU wird unterzeichnet; Albanien wird in das PHARE-Programm aufgenommen.
1999	Vorschlag der EU, die westlichen Balkanländer in den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) einzubinden.
2000	Der Europäische Rat erklärt, dass alle Länder des Westbalkans, die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teilhaben, potentielle EU-Beitrittskandidaten sind.
2003	Verhandlungen für ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen werden eingeleitet.
2006	Albanien schließt als drittes Westbalkanland ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen ab, welches 2009 in Kraft tritt.
2009	Albanien beantragt offiziell die EU-Mitgliedschaft.
2010/2011/2012	Die Europäische Kommission verweigert aufgrund von massiven Defiziten im Bereich der politischen Kriterien eine Verleihung des Kandidatenstatus.

Abbildung 6: Albaniens bisheriger Weg zum Kandidatenstatus

²⁷ WKO – EU-Top Thema: Potenzieller Beitrittskandidat Albanien.

Online Zugriff am 08.08.2013 unter

http://portal.wko.at/wk/format_liste.wk?dstid=558&parid=7560&ttid=11&opennavid=48929.

In den folgenden Unterkapiteln wird der Ist-Zustand des jungen Staates Albanien anhand der Kopenhagener Kriterien (siehe Kapitel 4.2) untersucht.

5.1 Aktuelle Politische Lage: Albaniens Fortschritte im Demokratisierungsprozess

5.1.1 Das politische System

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems stand Albanien politisch vor einem kompletten Neuanfang. Albanien ist seit 1991 eine parlamentarische Republik mit einem Einkammerparlament. Staatsoberhaupt ist der Präsident, der alle fünf Jahre vom Parlament gewählt wird. Der Präsident darf keine andere öffentliche Funktion oder Parteizugehörigkeit während dieser Zeit innehaben, er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Vorsitzender des Justizrates, ernennt die Verfassungsrichter, die Richter am Obersten Gericht sowie den Generalstaatsanwalt (vgl. ISMAYR, 2002, S. 771). Das Parlament besteht aus 140 Sitzen, welche alle vier Jahre gewählt werden. 100 Abgeordnete werden in Ein-Mandats-Wahlkreisen (12 Verwaltungsbezirke) nach relativer Mehrheitswahl gewählt; die restlichen 40 Sitze verteilen sich auf Listenkandidaten.²⁸ Das Parlament ist der alleinige Gesetzgeber, es wählt den Präsidenten und entscheidet direkt über die Ernennung des Ministerpräsidenten. Nach den manipulierten Wahlen 1996 und der Krise 1997 erhielt Albanien im darauf folgenden Jahr eine Verfassung, die mit geringfügigen Änderungen bis heute in Kraft ist (vgl. ISMAYR, 2002, S. 769).

5.1.2 Politische Kultur

Eine besondere Bedeutung kommt der Distanz der albanischen Bevölkerung zu staatlicher Autorität zu. Des Weiteren mangelt es an einer demokratisch-pluralistischen Tradition. In den letzten Jahrhunderten war das Land entweder fremdbestimmt (z.B.: Osmanisches Reich, Italien) oder ein totalitäres System (Enver Hoxha). Hinzu kommt die islamisch-paternalistische Prägung in den ländlichen Gebieten (vgl. ISMAYR, 2002, S. 795). All diese Defizite konnten in den vergangenen 20 Jahren (seit Beginn des Transformationsprozesses) nicht vollständig aufgearbeitet werden. Trotz der Umwandlung in eine republikanische Demokratie, bleiben familiäre oder klientelistische Bindungen innerhalb der Gesellschaft bis heute fest verankert. Viele politische Akteure, die in den letzten 20 Jahren die politische Bühne betraten, wurden innerhalb des kommunistischen Systems sozialisiert. Ein weiteres Defizit nach STERN & WOHLFELD (2012, S. 13) ist, dass eine „ehrliche

²⁸ <http://www.wahlrecht.de/ausland/albanien.html>. Online Zugriff am 22.10.2013.

Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als Voraussetzung für einen grundlegenden Wandel in der Mentalität der Eliten bislang ausgeblieben ist“.

Zusammen mit einer fehlenden Stabilität der staatlichen Institutionen, Korruption und Armut, erschwerte dies von Beginn an die Identifikation der Bürger mit dem neuen Staat (vgl. STERN & WOHLFELD, 2012, S. 13).

Während der innenpolitische Machtkampf zentrale Reformen blockiert, ist es vor allem die Enttäuschung über die Schwierigkeiten bei der Angleichung des Lebensstandards an westliches Niveau, weshalb ein Großteil der Bevölkerung dem Staat kritisch bis feindlich gegenüber steht. Dies ist auch mit ein Grund, warum vor allem in den unzugänglichen Gebieten im Norden und Osten des Landes, das Gewohnheitsrecht des „Kanun“²⁹ den Alltag der Menschen bestimmt, welches im Konflikt zu den Regeln und Gesetzen einer demokratischen Gesellschaft oder eines modernen Rechtsstaates steht (vgl. ISMAYR, 2002, S. 796).

Die Bevölkerung muss ohnmächtig zusehen, wie ihre Zukunftschancen verspielt werden und fühlt sich gleichzeitig gezwungen, einem der beiden politischen Machtblöcke anzugehören, um beispielsweise Aussichten auf einen Arbeitsplatz zu bekommen (vgl. FORST & HANTKE, 2013).

5.1.3 Parteien

Die „Parteien-Landschaft“ Albaniens ist geprägt von den beiden großen Parteien, der Demokratischen Partei (DP) und der Sozialistischen Partei (SP). „Zur Erlangung der absoluten Mehrheit im Parlament sind sie jedoch in der Regel auf Koalitionspartner angewiesen, wobei einzelne Parteien des mittleren Spektrums bereits abwechselnd in demokratischen und sozialistischen Regierungen beteiligt waren. Die wichtigsten Parteien vertreten weder Religionen (...) noch andere separatistische Gruppierungen oder Ideologien“, fasst ISMAYR (2002, S. 786f) die Zusammensetzung des albanischen Parlaments zusammen. Die Anhänger der Demokraten sind vor allem im gegischen Nordalbanien zu finden, während die Sozialisten im toskischen³⁰ Süden eine Vorherrschaft besitzen. Die seit acht Jahren unter Sali Berisha regierende Demokratische Partei (DP) orientiert sich an der rechten Mitte und an europäischen konservativen Parteien. An der Spitze der bis dato oppositionellen SP, welche Mitglied der Sozialistischen Internationalen³¹ ist, steht seit 2005 Edi Rama.

²⁹ Ein mündlich überliefertes Gewohnheitsrecht der Albaner aus dem Mittelalter, welches u.a. die Blutrache vorsieht.

³⁰ Gegisch und Toskisch sind die beiden Dialektgruppen im Albanischen.

³¹ Ein weltweiter Zusammenschluss von insg. 168 sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und Organisationen.

Parteien, die alleine eine Minderheit vertreten, sind verboten, weshalb sich die griechische und die mazedonische Minderheit zu einer „Union der Menschenrechte“ zusammengeschlossen haben. Viele andere kleine Parteien sind als Abspaltungen der beiden großen Parteien entstanden, dienen jedoch letztlich einzig den Partikularinteressen ihrer reichen Parteiführer (vgl. BOHNET, 2008, S. 1).

Weitere ernstzunehmende Wettbewerber im Wahlkampf waren bei den bisherigen Wahlen die „Sozialistische Bewegung für Integration“ (eine Abspaltung der SP), die nationalistische „Rot-Schwarze Allianz“³², sowie die konservative Partei „Neuer Demokratischer Wind“ (vgl. FORST & HANTKE, 2013, S. 2).

Das Wahlplakat der albanischen Partei „Rot-Schwarze Allianz“ (Abbildung 7) verdeutlicht die derzeitige innenpolitische Situation. Edi Rama, der sich außenpolitisch an Griechenland orientieren will und Sali Berisha, der sich an Serbien richtet, ziehen am Tau und nichts bewegt sich. Die „Rot-Schwarze Allianz“ sieht sich als Retter der Nation und will den Hahnenkampf, der seit Jahren für jenen Reformstau verantwortlich ist, durchtrennen.



Abbildung 7: Wahlplakat der Partei "Rot-Schwarze-Allianz"³³

³² Ähnlich wie die nationalistische Bewegung „Vetëvendosje“ (drittstärkste Kraft im kosovarischen Parlament), träumen auch Anhänger der „Rot-Schwarzen Allianz“ nach wie vor von einem Großalbanien, in dem alle Albaner vereint sind.

³³ <http://www.kosovo-news.com/wp-content/themes/goodnews46/framework/scripts/timthumb.php?src=http://www.kosovo-news.com/wp-content/uploads/2013/05/Albanische-Partei-Rot-Schwarze-Allianz-mit-Karikatur-in-den-Wahlkampf.jpg&h=492&w=842&z=1>. Online Zugriff am 15.10.2013.

Trotz aller Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Parteien und der innerparteilichen Differenzen besteht ein breiter politischer Konsens über die allgemeine außenpolitische Orientierung Albaniens: Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.³⁴ Dennoch macht Albanien nur geringe Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung und Konsolidierung seiner Demokratie. Eine der wichtigsten Ursachen dafür ist die starke Polarisierung zwischen den beiden großen Parteien bzw. die stark personalisierte Fehde zwischen Salih Berisha und Edi Rama. Das bipolare politische System behindert ein konstruktives Miteinander und somit ein rasches Fortkommen im Reformprozess. Die Zivilgesellschaft ist gespalten und nur wenige Medien und Organisationen agieren unabhängig (vgl. STERN & WOHLFELD, 2012, S. 3).

5.1.4 Die Parlamentswahlen 2013: Ein weiterer Test für die Demokratie

Freie Wahlen nach OSZE-Standards hat es in Albanien seit dem Ende des Kommunismus nicht gegeben. Stimmabgabe, Auszählungsprozess und Wählerregistrierung wurden stets von zahlreichen Ungereimtheiten begleitet. Das einzige von der Opposition anerkannte Wahlergebnis datiert aus dem Jahr 1992, wo die Sozialisten als offizielle Nachfolgepartei Enver Hoxhas, so geschwächt waren, dass sie den Sieg der Demokraten anerkennen mussten. Die nächsten Wahlen waren stets von Chaos geprägt: 1997 kam es nach den Wahlen zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, 2001 waren ganze fünf Wahlgänge nötig, da das Ergebnis immer wieder annulliert werden musste. 2009 konnten 250.000 Wahlberechtigte ihre Stimme gar nicht abgeben, da sie zum Wahlzeitpunkt noch nicht über die erforderlichen fälschungssicheren Ausweise verfügten (vgl. FORST & HANTKE, 2013, S. 2).

Die Wahlrechtsreform von 2009 fördert sogenannte „Wahlkoalitionen“ da in den Wahlbezirken für Parteien eine Drei-Prozent-Hürde, für Koalitionen hingegen eine Fünf-Prozent-Hürde gilt. Dies führt dazu, dass insgesamt 62 Parteien entweder in der von der DP geführten „Allianz für Arbeit, Wohlfahrt und Integration“ oder in der von der SP geführten „Allianz für ein europäisches Albanien“ 2013 bei der Wahl ins Rennen gingen. Dadurch wurde ein Lagerwahlkampf provoziert, der eindeutig auf die beiden Parteiführer, Berisha und Rama, zugeschnitten war. Vier weitere Parteien – darunter die „Rot-Schwarze Allianz (AK)“, die „Partei Neuer Demokratischer Wind (FRD)“ und die „Sozialistische Bewegung für Integration (LSI)“ traten einzeln an (vgl. FORST & HANTKE, 2013, S. 3). AK, FRD und vor allem LSI fungierten bei dieser Wahl als Zünglein an der Waage, da diese, je nach dem für welche Seite sie sich entschieden, eine Schlüsselrolle in der Regierungsbildung spielen

³⁴http://www.auswaertigesamt.de/sid_C882150C1B50169FE6E37E567AC619CE/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Albanien/Aussenpolitik_node.html. Online Zugriff am 15.10.2013.

konnten. Während die LSI 2009 durch den Wechsel zu den Demokraten Berisha den Wahlsieg brachte, stellte sich die LSI 2013 auf die Seite der Sozialisten und erreichte somit mit Rama eine deutliche Mehrheit (SCHRAPEL, 2013, S. 5).

Bei den siebenten albanischen Parlamentswahlen am 23. Juni 2013 waren rund 3,3 Millionen Albaner wahlberechtigt, die Wahlbeteiligung war mit 53 % ähnlich niedrig wie in den Vorjahren. Die Wahl galt im Vorfeld als richtungsweisend für die weiteren Verhandlungen zum Kandidatenstatus und stand unter genauer Beobachtung. Neben den 8.000 unabhängigen albanischen Beobachtern waren auch das OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte sowie der Europarat mit etwa 700 Wahlbeobachtern im Einsatz (vgl. STERN & WOHLFELD, 2013).

Das Wahlbündnis der Sozialistischen Partei unter Edi Rama ging mit rund 58 % (84 Sitze) der Stimmen als klarer Sieger aus der Wahl hervor. Es löste damit die von der Demokratischen Partei geführte Regierung von Premierminister Sali Berisha, welcher mit rund 39 % (56 Sitze) eine erdrutschartige Niederlage hinnehmen musste, nach acht Jahren an der Macht ab (vgl. STERN & WOHLFELD, 2013). Berisha beschuldigte die Linksparteien zwar, mit unseriösen Versprechungen gewonnen zu haben, sah jedoch seine Niederlage ein und trat vom Vorsitz seiner Demokratischen Partei zurück. Mit dem Rücktritt Berishas ging eine innenpolitische Ära zu Ende³⁵, die das postkommunistische politische System Albaniens bis dato stark geprägt hat.³⁶

Auch wenn der Wahlkampf rückblickend ruhiger verlief als in vergangenen Jahren, war die Rhetorik zwischen den beiden politischen Lagern geprägt von gegenseitigen Anschuldigungen, Diskreditierungen und Beleidigungen. Bemängelt wurde außerdem die intransparente Wahlkampffinanzierung, die Gewalt³⁷ gegenüber Kandidaten vor allem auf lokaler Ebene oder dass Beschäftigte des öffentlichen Sektors massiv unter Druck gesetzt wurden, Wahlkampfveranstaltungen zu besuchen und ihre Stimme entsprechend abzugeben (STERN & WOHLFELD, 2013, S. 12). Für Aufsehen sorgte auch die Zentrale Wahlkommission (CEC), nachdem drei Mitglieder der Opposition aus der Kommission austraten. So bestand die CEC nur mehr aus vier Mitgliedern, laut Wahlgesetz sollten es sieben sein, da es eine Fünf-zu-Zwei-Mehrheit braucht, um beispielsweise die Endergebnisse der Wahlen zu bestätigen.³⁸ Die verschiedensten Stellungnahmen von Experten und

³⁵ Berisha war von 1992-1997 Staatspräsident und von 2005-2013 Regierungschef.

³⁶ <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/albanien-berisha-nach-wahlniederlage-zurueckgetreten-12245541.html>. Online Zugriff am 30.10.2013.

³⁷ Ein Beisitzer wurde in einem Wahllokal erschossen.

³⁸ http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1422227/Parlamentswahl_Albanien-steht-vor-Machtwechsel. Online Zugriff am 02.09.2013.

Beobachtern lassen darauf schließen, dass Albanien zwar im Vergleich zu den bisherigen Wahlen Fortschritte gemacht hat, die Wahlen jedoch noch nicht als EU-reif bezeichnet werden können. Neben den politischen Auseinandersetzungen um die CEC, zeigt vor allem der aggressive Ton im Wahlkampf den fehlenden Willen der politischen Führer, ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern gerecht zu werden und die bestehenden Regeln und Gesetze zu achten. Zumindest hat Berisha seine Niederlage akzeptiert, weshalb eine Wiederholung der Parlamentsblockade wie nach den Wahlen 2009 ausgeschlossen werden kann, fraglich ist jedoch, ob die beiden politischen Lager im neu besetzten Parlament konstruktiv zusammenarbeiten werden (vgl. STERN & WOHLFELD, 2013).

RAUNIG (2013) bestätigte, dass die von der Kommission hinsichtlich der Wahl geforderten Prinzipien (spät, aber doch) umgesetzt wurden. Wichtig war auch, dass das Ergebnis sehr eindeutig ausfiel, weshalb Sali Berisha seine Niederlage sofort akzeptierte. Edi Rama hat nun die Chance bekommen, die Dinge besser bzw. anders zu machen – die ersten 100 Tage nach Regierungsantritt werden laut RAUNIG (2013) entscheidend sein. Hauptziele werden die Verbesserung des innenpolitischen Klimas, der weitere Aufbau der Wirtschaft und die Heranführung an die EU bleiben.

WITTBERGER (2013)³⁹ bestätigte ebenfalls die positiven Entwicklungen im Demokratisierungsprozess, weist jedoch darauf hin, dass Albanien diesbezüglich noch einen langen und mit viel Arbeit verbundenen Weg vor sich hat:

„Die Wahlen gingen als die ruhigsten und qualitativ besten in die bisherige Geschichte der Demokratie ein. Demokratie lässt sich aber nicht auf einen Tag in 4 Jahren reduzieren, und es gilt, eine Reihe weiterer Tests zu bestehen. Ein zentrales Problem ist sicher, dass Reformen auf formaler Ebene von einem allgemeinen Verständnis für die einer demokratischen Staatsform zugrundeliegenden Werte getragen werden müssen. Dies ist vorerst noch nicht gegeben und erfordert einen weitaus langfristigeren Prozess, der allzu oft missachtet bleibt. Es fehlt m.E. bislang eine ernsthafte Analyse der Absorptionskapazitäten auf vielerlei Ebenen, inklusive der Bevölkerung, und nicht nur auf institutioneller und legislativer - also ausschließlich formaler – Ebene.“

Bezüglich des neu zusammengesetzten Parlaments und der aktuellen Regierungsarbeit sieht WITTBERGER (2013) viel Potenzial und verweist auf das bereits ausgearbeitete Government-Programme:

³⁹ Stellungnahme per Mail am 11.10.2013.

„Eine Kernfrage betrifft auch die Opposition: wird sie ihre Rolle neu definieren und Demokratie- bzw. EU-konformer gestalten können? Der Regierungswechsel hat bereits einige Neuerungen gebracht. Das Government-Programm für die ersten 300 Tage (wenngleich fachlich etwas lückenhaft) ist klar und konkret und bekennt sich explizit zu sozialer Verantwortung der Regierung ihren BürgerInnen gegenüber. Das Programm ist auch frei von jedwedem selbstbeweihräucherndem propagandistischem Stil. Im Annex finden sich die (fachlich beeindruckenden) Lebensläufe der MinisterInnen. Die Frage ist, ob sich diese positiven Aspekte im gesamten administrativen Apparat umsetzen lassen. Selbstverständlich hat der Austausch an Schlüsselpersonen bereits begonnen. Von der Bevölkerung wird das eher als das übliche parteipolitische „Säubern“ interpretiert. Andererseits erscheint eine weitreichende Neubesetzung in Anbetracht der gesetzeswidrigen Willkür der letzten Jahre erforderlich, um ein EU-konformes Reformkonzept überhaupt durchsetzen zu können. Inwieweit sich der Proporz und die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner LSI entwickeln werden, ist vorerst noch nicht absehbar.

Im Augenblick fokussiert man sich auf Umstrukturierung und Umorganisation und die Tatsache der horrenden und fast unüberwindlich erscheinenden Verschuldungslage des Staatshaushaltes.“

5.2 Rechtssystem und Korruption

Wie alle staatlichen Strukturen ist auch das Justizwesen extrem politisiert, eine umfassende, internationalen Standards entsprechende Justizreform konnte bislang nicht verabschiedet werden (vgl. STERN & WOHLFELD, 2012, S. 14). Mangelnde Professionalität, niedrige Gehälter, Klientelismus und Vetternwirtschaft beeinträchtigen noch immer die Qualität der öffentlichen Verwaltung. BOGDANI & LOUGHLIN (2004, S. 129) sprechen von einer „Balkan Banana Republic“ in den Händen von unverantwortlichen und egoistischen Politikern. Bei der Formulierung und besonders der Implementierung von Rechtsakten bestehen schwere Mängel, was laut STERN & WOHLFELD (2012, S. 14) vor allem an den „ungenügenden technischen Kenntnissen“ und an der „Nichtbeachtung lokaler Gegebenheiten in den Gesetzestexten“ liegt. Eine externe Expertise – beispielsweise von NGOs – bei der Erarbeitung und Implementierung der Gesetze wird kaum genutzt.

Eine der größten Bedrohungen für die Funktionsfähigkeit des Justizwesens ist die Korruption. Die Immunität der Richter, schlechte Arbeitsbedingungen und relativ geringe Gehälter

erhöhen die Anfälligkeit der Beamten für Bestechlichkeit (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION, zit. n. STERN & WOHLFELD, 2012, S. 14). Korruption ist jedoch nicht nur auf Politik, die Justiz und die Polizei beschränkt: Für jede Lizenz oder jeden hoheitlichen Akt müssen Beschleunigungsgelder bezahlt werden (vgl. FREHNER, 2010, S. 6). Hauptproblem bei der Korruptionsbekämpfung ist die mangelnde Implementierung von Antikorruptionsgesetzen, was durch schwache Institutionen und fehlenden politischen Willen bedingt ist. Dies gilt besonders für Korruptionsfälle innerhalb der politischen Elite: Selbst wenn diese öffentlich werden, kommt es nur selten zu Ermittlungen, auch wenn sich die Beschuldigten vor Gericht verantworten müssen, ist die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung sehr gering (vgl. STERN & WOHLFELD, 2012, S. 14).

Als positive Entwicklung kann der Wille des Staates, etwas in Richtung Korruptionsbekämpfung zu unternehmen, gesehen werden. So wurde die Registrierung der Gewerbe online gestellt und viele große Staatsunternehmen wurden privatisiert (vgl. MUSOLLI, 2012, S. 83). Trotzdem erreichte Albanien 2012 im Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) von Transparency International nur einen Wert von 33 und somit den 113. Platz weltweit.⁴⁰ Im regionalen Vergleich schneidet Albanien schlecht ab: Nachdem dieses Jahr Kosovo Albanien im Ranking überholen konnte, weisen alle Länder des westlichen Balkans bessere Ergebnisse auf. Den 113. Platz teilt sich Albanien 2012 mit Äthiopien, Guatemala, Niger und Timor-Lest.

⁴⁰ Der Korruptionswahrnehmungsindex reiht 177 Länder und Territorien nach ihrer Korruption im öffentlichen Sektor. Mit einer Skala von 0 (sehr korrupt) bis 100 (nicht korrupt) werden die Länder eingestuft, wobei die meisten Länder (2/3) einen Wert unter 50 aufweisen. (vgl. <http://www.transparency.org/cpi2013/results> Online Zugriff am 18.01.2014)

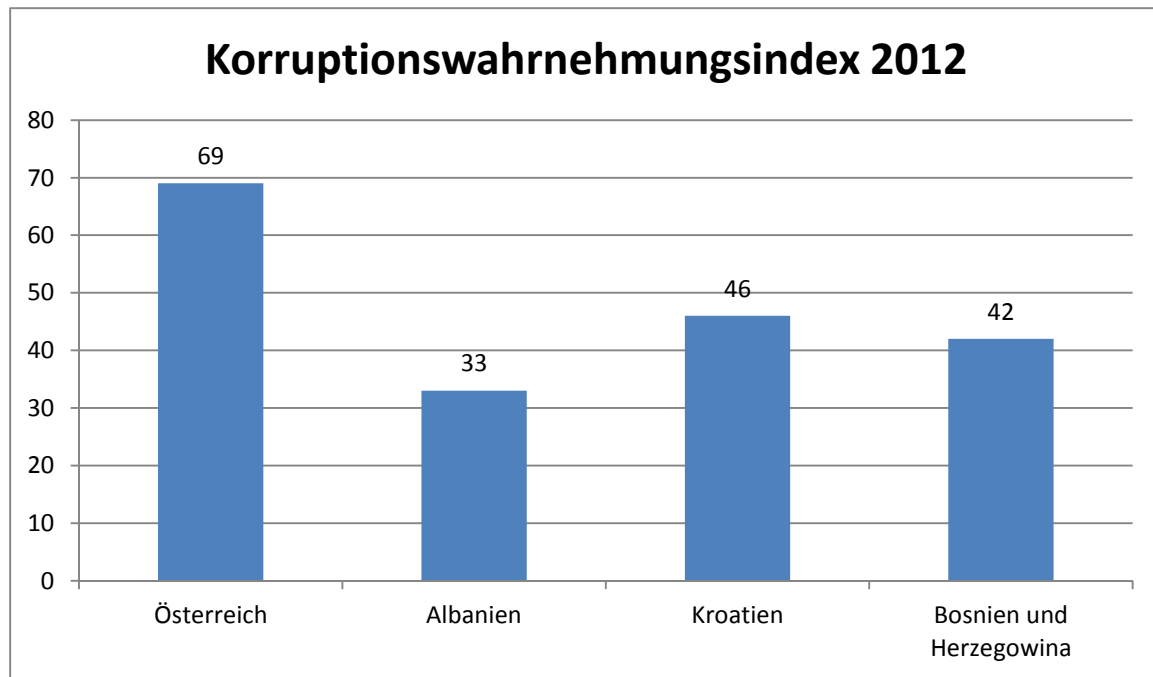


Abbildung 8: Korruptionswahrnehmungsindex ausgewählter Länder 2012⁴¹

RAUNIG (2013) beschwichtigt, Korruption sei ein Problem, mit dem jeder Staat zu kämpfen habe:

„In Staaten wie Albanien, die in Transition sind bzw. im Aufbau begriffen sind, ist dies besonders gravierend. In Albanien ist Korruption leider sehr traditionell in der Gesellschaft verankert. Deshalb gibt es laufend Korruptionsbekämpfungsprogramme und Projekte. Die Gesellschaft diesbezüglich zu verändern ist ein langer Prozess, der Geduld fordert. Gerade auch aus diesem Grund wäre es für Albanien wichtig, die Beitrittsverhandlungen möglichst schnell zu beginnen.“

WITTBERGER (2013) weist auf den Zusammenhang von Korruption und ausländischen Direktinvestitionen hin und sieht in der neuen Regierung eine Chance, die Situation in nächster Zeit zu verbessern:

„Ausländische Investoren scheuen sich schon länger im Risiko-reichen nicht-rechtsstaatlichen Klima Albaniens zu investieren. (Dies muss aber auch Sektor-spezifisch betrachten werden: die Textil-Industrie – fast ausschließlich unter Foreign Direct Investment – floriert in Albanien im Moment, seit dem die

⁴¹ <http://www.transparency.org/country#ALB>. Online Zugriff am 02.09.2013.

Nordafrikanischen Produktionsstätten weggebrochen sind und offenbar ein rückläufiger Trend aus China zu verzeichnen ist). Dennoch - der neuen Regierung sind gewisse Zusammenhänge sehr bewusst, zum Beispiel jener zwischen Rechtsstaatlichkeit, Foreign Direct Investment, Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätzen, Bildung und Einkommen. Oder jener zwischen Müll, Umwelt, und Wirtschaftswachstum. Massive Reformen u.a. im Justizwesen sind geplant.

Korruption ist ein Überlebensmechanismus in Zeiten extremen Mangels in einem rechtsstaatlichen Vakuum. Dieses Vakuum sollte sich zunehmend schließen. Die Regierung hat einen expliziten sozial-verantwortlichen Zugang zu gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Fragen.“

5.3 Aktuelle wirtschaftliche Lage

Mit etwas Verspätung – was vor allem daran liegt, dass nur eine marginale Verflechtung mit dem internationalen Finanzsektor vorliegt - ist die Wirtschaftskrise nun auch in Albanien spürbar. Dennoch gab es in den Krisenjahren 2010 (2,3 %), 2011 (2,5 %) und 2012 (1,6 %) ein positives Wachstum, wenn auch nicht so kräftig wie zuvor.⁴² Neben Kosovo und Polen ist Albanien eines der wenigen Länder Europas, welches in den letzten Jahren ein positives Wirtschaftswachstum verzeichnen konnte.⁴³ Für 2013 (1,8 %) bzw. 2014 (2,5 %) prognostiziert GERMANY TRADE & INVEST⁴⁴ wieder einen leichten Anstieg (siehe Abbildung 9).

⁴² Bei den Recherchen ergaben sich hinsichtlich der Wirtschaftsdaten unterschiedlichster Institutionen erhebliche Differenzen. Nachdem ich selbst Kontakt mit der WKÖ hatte, erschien mir dies die sicherste Quelle zu sein, weshalb größtenteils die Wirtschaftsdaten der WKÖ herangezogen wurden.

⁴³ AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA der WKÖ: Albanien UPDATE (1. Quartal 2013)

⁴⁴ http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2012/11/pub201211268010_159910.pdf. Online Zugriff am 02.09.2013.

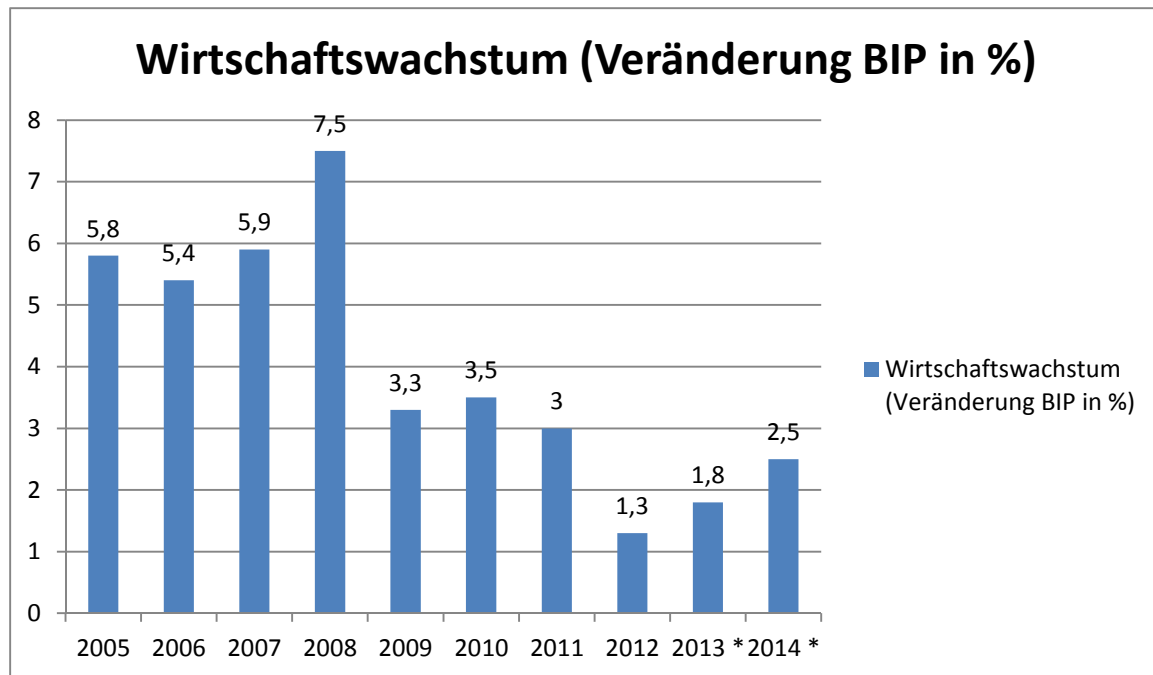


Abbildung 9: Wirtschaftswachstum

Während die meisten europäischen Länder exportorientiert sind, verfügt Albanien seit Jahrzehnten über eine negative Handelsbilanz – die Importe sind mehr als doppelt so hoch wie die Exporte. Da jedoch trotz der Krise die Subventionen und Fördergelder des IWF, der EU und anderer supranationaler bzw. internationaler Organisationen nach Albanien geflossen sind, konnte die Wirtschaft weiter wachsen (vgl. DAXNER, 2005, S. 10). 2012 lag die Handelsbilanz bei -2.257 Mio. Euro, was einer leichten Verringerung gegenüber dem Vorjahr entspricht.⁴⁵

Wirtschaftsmotoren sind in Albanien vor allem die lokale Bauwirtschaft, Infrastrukturprojekte mit internationaler Finanzierung und teils auch die Entwicklungshilfe, die Investitionen von Auslandsalbanern und der steigende Konsumbedarf. Nach Angaben des WIIW ist der Privatkonsum letztes Jahr um 3 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.⁴⁶ Bei den Anteilen am BIP (siehe Abbildung 4) dominieren Dienstleistungen (52 %), vor Landwirtschaft (19 %), Bauwirtschaft (14 %), Industrie (10 %) und Transport (5 %).

Als kritisch bezeichnet MUSOLLI (2012, S. 42) die „Durchschnittsgröße der Bauernhöfe mit lediglich 1,4 Hektar, da deren Produktivität im europäischen Kontext kaum wettbewerbsfähig

⁴⁵ AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA der WKÖ: Albanien UPDATE (1.Quartal 2013).

⁴⁶ <http://wiiw.ac.at/albania-overview-ce-1.html>. Online Zugriff am 02.09.2013.

ist“.⁴⁷ Der hohe Zuwachs der Industrie und Lohnarbeit lässt sich auf die Handelsbeschränkungen der EU mit China zurückführen.⁴⁸

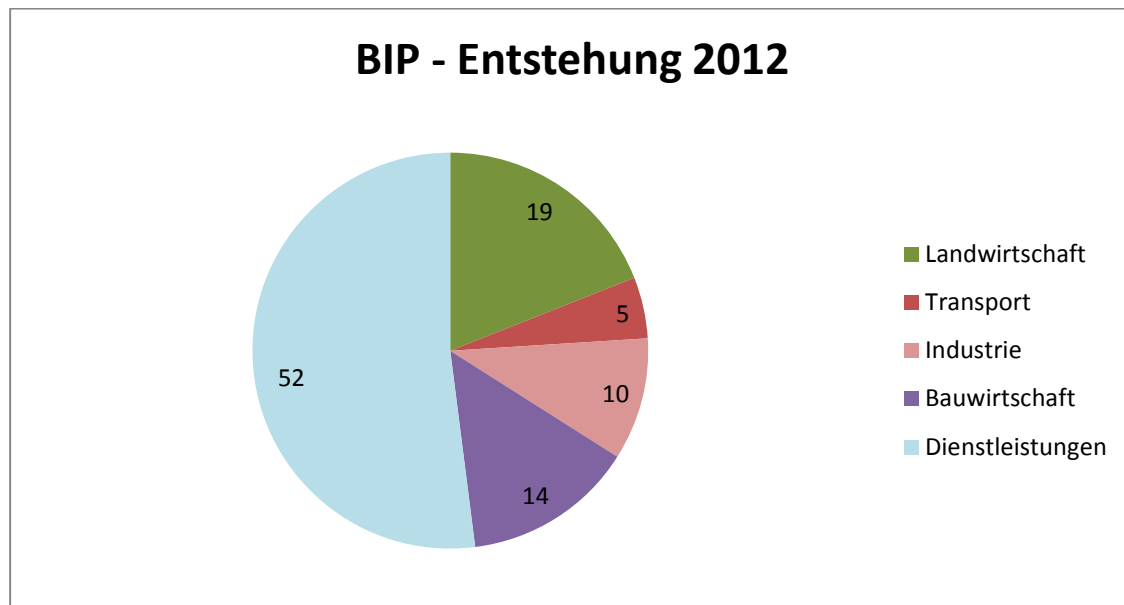


Abbildung 10: Anteile am BIP

Das BIP pro Kopf stieg zwar kontinuierlich von 2.046 € im Jahr 2004 auf 2.934 € im Jahr 2012, es zählt aber nach wie vor zu den kleinsten in Europa. Albanien zählt damit jedoch schon zu den Ländern mit mittleren Einkommen (siehe Abbildung 11).⁴⁹

Die Jahresinflation betrug in den letzten Jahren stets $\leq 3\%$ (2,5 % im Jahr 2012), was vor allem aus der Stärke der Lokalwährung LEK resultierte, welche in den letzten beiden Jahren allerdings ca. 20 % ihres Wertes gegenüber dem EUR verloren hat.

⁴⁷ Jene flächenmäßig klein ausgerichteten Landwirtschaften fielen uns auch bei unserer Reise durch Albanien (Exkursion 2012) auf – ein Grund dafür ist, dass viele Familien nach wie vor Subsistenzwirtschaft betreiben.

⁴⁸ <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=76084.html>. Online Zugriff am 12.09.2013.

⁴⁹ AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA der WKÖ: Albanien UPDATE (1. Quartal 2013).

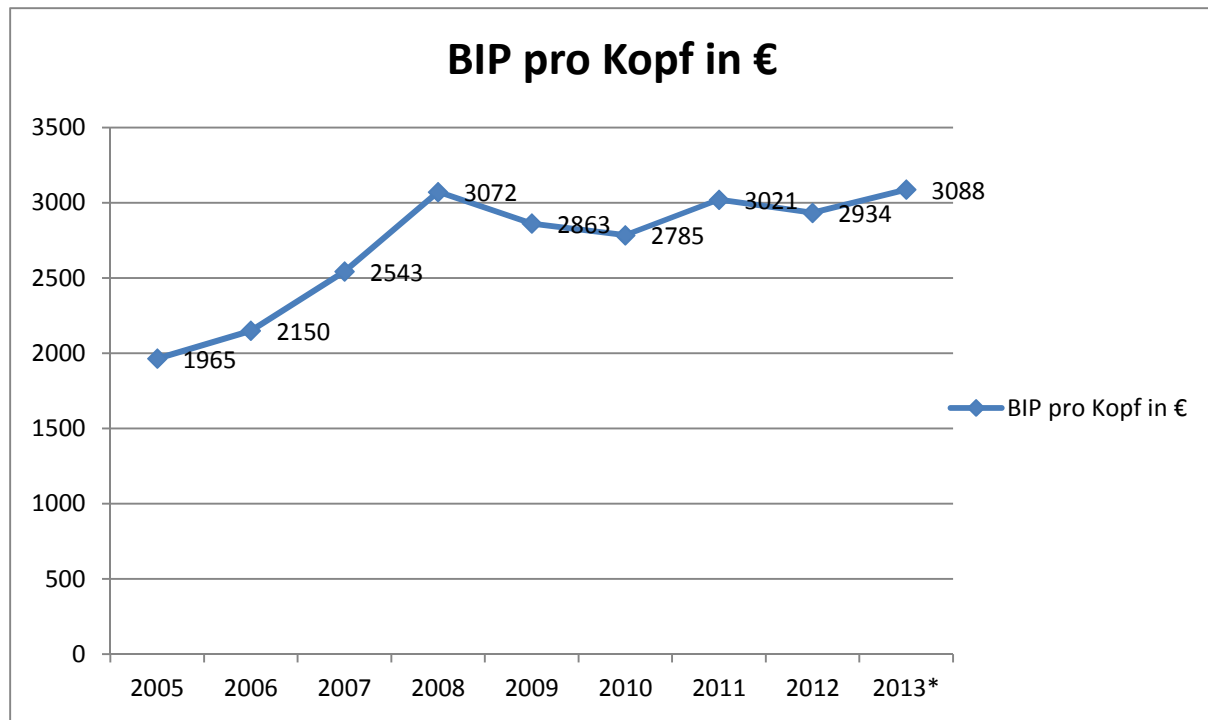


Abbildung 11: BIP pro Kopf (Angaben in €)

Die wirtschaftliche Entwicklung Albaniens wird zudem von den Überweisungen von Auslandsalbanern (Remittances) positiv beeinflusst. Die Überweisungen der Auslandsalbaner betragen offiziell 12 % des albanischen BIP und tragen hauptsächlich zur Befriedigung der Konsumbedürfnisse der ärmeren Albaner bei, in zweiter Linie werden auch Investitionen in die albanische Land- und Bauwirtschaft und in den sich entwickelnden Immobilienmarkt getätigt.⁵⁰ Die Auslandsüberweisungen sind jedoch seit 2009 rückläufig und betrugen 2012 noch ca. 680 Mio. Euro. Deshalb wird auch mit einer abnehmenden Nachfrage nach Konsumgütern zu rechnen sein, der steigende Anteil der aufgenommenen Kredite (2009: 10,5 %, 2010: 14 %) wird diese Entwicklung noch verstärken. Der Rückgang der Remittances ist durch die anhaltenden Wirtschaftskrisen in Griechenland (höchster Anteil der Auslandsüberweisungen mit 43 Mio. Euro) und Italien bedingt, jene Länder, in denen am meisten Albaner arbeiten.⁵¹

Die wichtigsten Handelspartner sind hinsichtlich der Importe nach wie vor die beiden EU-Mitglieder Italien (32 %) und Griechenland (9,5 %), stark angewachsen sind in letzter Zeit auch die Einfuhren aus China (6,1 %). Österreich liegt mit einem Anteil von 2,1 % nur an 9.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ <http://www.gtai.de/fdb-SE,MKT201008098011>. Online Zugriff am 05.09.2013.

Stelle (siehe Abbildung 12). Die bedeutendsten Warengruppen im Import sind Lebensmittel, Brennstoffe, Technologie und elektrische Geräte.⁵²

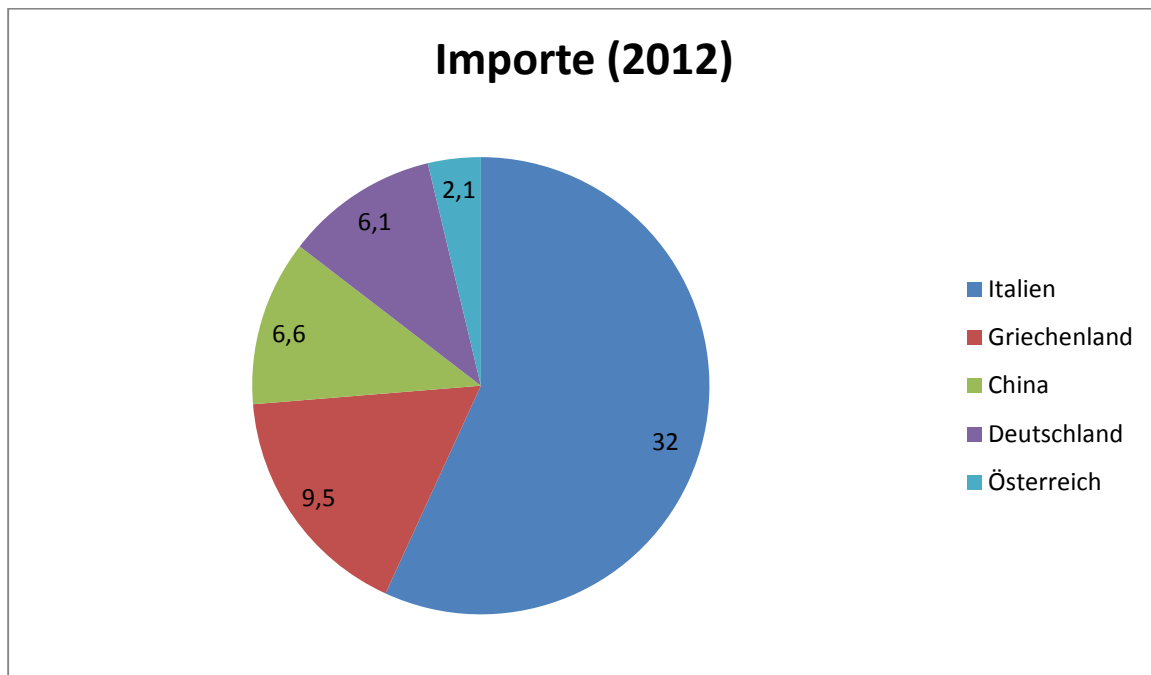


Abbildung 12: Albanische Importe 2012

Bei den albanischen Exporten (siehe Abbildung 13) sind die Hauptabnehmerländer Kosovo (23,2 %) und Italien (22,3 %), gefolgt von Spanien (9,2 %) und China (8,3 %). Exportgüter sind vorrangig Erdöl, Textilien, Rohstoffe und Eisen bzw. Stahl. Die starke Italien-Dominanz ist darin begründet, dass Albanien im Textil- und Schuhbereich gerade von italienischen Labels gerne für Lohnfertigungen herangezogen wird.⁵³

⁵² AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA der WKÖ: Albanien UPDATE (1.Quartal 2013).

⁵³ Ebd.

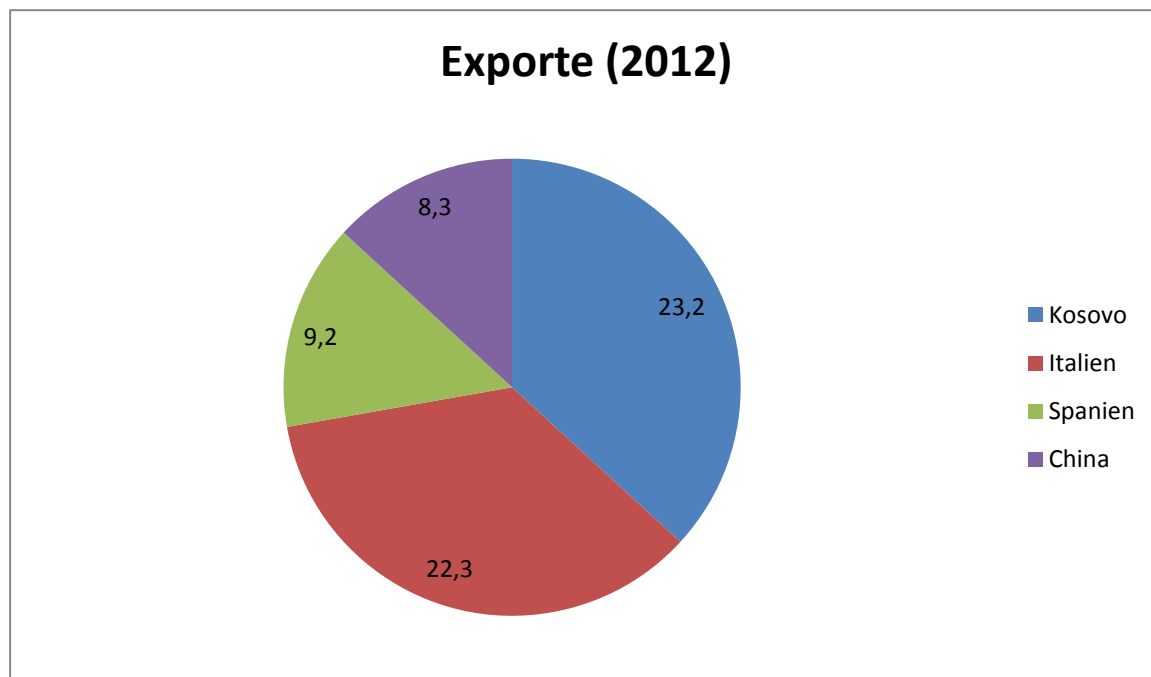


Abbildung 13: Albanische Exporte 2012

Die starke italienische Präsenz manifestiert sich auch durch die Direktinvestitionen von ca. 300 italienischen Unternehmen in Albanien, wodurch Italien mit Abstand die größte Anzahl von (vor allem) KMU hat. Die kapitalstärksten ausländischen Direktinvestitionen kommen jedoch aus Kanada und Griechenland, gefolgt von Italien. Österreich liegt mit ca. 2,6 Mrd. Euro an 4. Stelle (siehe Kapitel 8.1 „Die Wirtschaftsbeziehungen Österreich-Albanien“). Die Investitionen gehen größtenteils in die Bauwirtschaft, Infrastruktur, Energie und den Dienstleistungssektor.⁵⁴ Die getätigten Großinvestitionen aus dem Ausland in die unterschiedlichen Wirtschaftssektoren ergeben folgendes Bild: Italien (Energie- und Bankwesen), Griechenland (Mobiltelefonie, Bankwesen), Deutschland (Energie, Logistik), Türkei (Stahl- und Festnetzsektor), USA (Raffinerie, Gesundheitswesen, Informatik), Österreich (Bank- und Versicherungswesen), Tschechien (Stromversorgung) und Kanada (Erdölexploration). Insgesamt sind über 2000 ausländische Unternehmen und Joint Ventures registriert (MUSOLLI, 2012, S. 45).

Laut SCHLATTTL (2013), dem Wirtschaftsdelegierten des Außenwirtschaftscenters der WKO in Skopje, „versucht die neue Regierung unter Minister Edi Rama nun stark einen Fokus auf ausländische Investitionen zu setzen.“⁵⁵ Ziel ist, neben der Beschäftigung von Arbeitnehmern, auch der Know-how Transfer. Diese Strategie verfolgen jedoch auch alle anderen

⁵⁴ AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA der WKÖ: Albanien UPDATE (1.Quartal 2013).

⁵⁵ Stellungnahme per E-Mail am 09.10.2013.

Südosteuropa-Staaten, darunter auch Mazedonien und Kosovo, da die eigene Industrie sehr schwach ausgeprägt ist (vgl. SCHLATT, 2013).

In den Anfangsjahren der Transformation betrug die Arbeitslosenquote in Albanien über 40 %, da die staatlichen Industriebetriebe geschlossen wurden. Nun liegt die offizielle Arbeitslosenquote seit Jahren bei 13-14 %, was verglichen mit Österreich (4-5 %) ein sehr hoher Wert ist. Allerdings wies die Arbeitslosenquote in anderen Ländern der Region (siehe Abbildung 8) 2010 einen deutlich höheren Wert auf (Serbien 19,4%, Mazedonien 32 %). Hier muss jedoch erwähnt werden, dass es sich bei der Arbeitslosenquote um einen statistischen Wert handelt. So melden sich die meisten Albaner nicht arbeitslos, weil sie ohnehin keine Unterstützung vom Staat bekommen würden. Arbeitslose am Land werden zudem nicht als solche bezeichnet, sondern als Bauern. Durch die ausgeprägte Schattenwirtschaft gibt es einen großen Anteil an informellen Arbeitsverhältnissen (Schätzungen gehen von bis zu 65 % aus), die von der Statistik nicht erfasst werden.⁵⁶

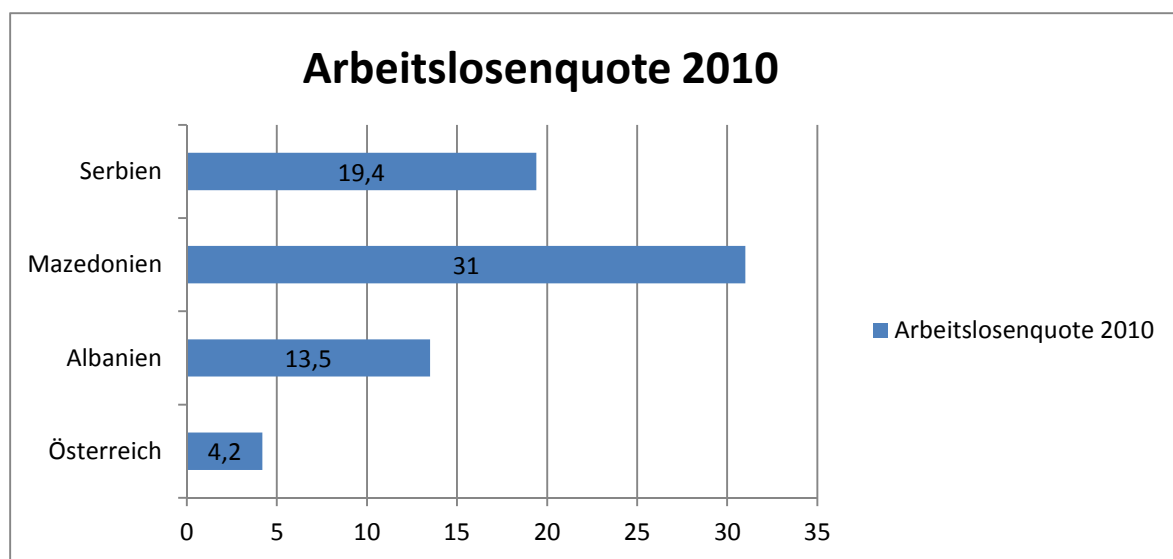


Abbildung 14: Arbeitslosenquote ausgewählter Länder⁵⁷

5.4 Einschätzung der Beitrittsreife Albaniens und Aktueller Fortschrittsbericht der EU 2012

Der Grund für die geringen Fortschritte bei der Umsetzung von Reformen ist nach wie vor die hochgradig polarisierte Politiklandschaft mit dem Machtkampf zwischen Demokraten und Sozialisten. Nach dem Parlamentsboykott (2009-2011) der Opposition, welcher zu einem

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ <http://wko.at/statistik/eu/europa-arbeitslosenquoten.pdf>). Online Zugriff am 12.09.2013.

enormen Reformstau bei Gesetzesvorschlägen führte, bemühten sich die Parteien wieder zumindest bei beitriffsrelevanten Reformen über die Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Dies erwies sich jedoch weiterhin als schwierig, was beispielsweise der Versuch der regierenden Demokratischen Partei 2012 zeigte, als drei von der Europäischen Union geforderte Gesetze aufgrund der fehlenden qualifizierten Mehrheit nicht im Parlament durchgebracht wurden (vgl. GRIEGER, 2012).

Nach Auffassung der EUROPÄISCHEN KOMMISSION (2010) sollte Albanien den Kandidatenstatus erhalten, sobald die (v. a. politischen) Kopenhager Kriterien erfüllt wurden. Entsprechend hat die EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010) in ihrer dem Fortschrittsbericht von 2010 begleitenden Meinung zwölf konkrete Schlüsselprioritäten genannt, die Albanien zur Erlangung des Kandidatenstatus in den Fokus nehmen sollte:⁵⁸

„- Gewährleistung des ordnungsgemäßen Funktionierens des Parlaments auf der Grundlage eines konstruktiven und nachhaltigen politischen Dialogs zwischen allen politischen Parteien,

- Verabschiedung anhängiger Gesetze, die eine größere parlamentarische Mehrheit erfordern,

- Ernennung des Ombudsmanns und Gewährleistung eines ordentlichen parlamentarischen Anhörungs- und Abstimmungsverfahrens für die Ernennung von Richtern des Verfassungsgerichts und des Obersten Gerichtshof,

- Änderung des gesetzlichen Rahmens für Wahlen im Einklang mit den Empfehlungen des OSZE-ODIHR,

- Sicherstellung der Durchführung von Wahlen im Einklang mit europäischen und internationalen Standards,

- Vollendung wesentlicher Maßnahmen in der Reform der öffentlichen Verwaltung, darunter Änderungen des Gesetzes über den öffentlichen Dienst und eine Stärkung der Abteilung für öffentliche Verwaltung mit Blick auf die Verbesserung der Professionalität und die Entpolitisierung der öffentlichen

⁵⁸ Stellungnahme der Kommission zum Antrag Albaniens auf Beitritt zur Europäischen Union 2010. Online Zugriff am 18.08.2013 unter http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/package/al_opinion_2010_de.pdf.

Verwaltung sowie auf die Förderung eines transparenten und leistungsbezogenen Einstellungs- und Beförderungssystems,

- Stärkung der Rechtsstaatlichkeit durch die Annahme und Umsetzung einer Reformstrategie für das Justizwesen, die die Unabhängigkeit, Effizienz und Rechenschaftspflicht der Justizeinrichtungen gewährleistet,

- wirksame Umsetzung der Korruptionsbekämpfungsstrategie der Regierung und des zugehörigen Aktionsplans, Beseitigung der Hindernisse für Ermittlungen, vor allem in Bezug auf Richter, Minister und Abgeordnete, Schaffung einer soliden Erfolgsbilanz im Hinblick auf proaktive Ermittlungen, Anklageerhebungen und Verurteilungen in Korruptionsfällen auf allen Ebenen,

- Verbesserung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität gestützt auf Gefahrenabschätzung und proaktive Ermittlungen, eine verstärkte Zusammenarbeit mit Partnern in der Region und in der EU sowie bessere Koordinierung der Strafverfolgungsbehörden, Schaffung einer soliden Erfolgsbilanz in diesem Bereich,

- Ausarbeitung, Annahme und Umsetzung einer nationalen Strategie und eines Aktionsplans für Eigentumsrechte im Anschluss an eine breit angelegte Konsultation der Interessensgruppen und unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte; dies sollte Rückübertragungs-, Entschädigungs- und Legalisierungsverfahren abdecken,

- Ergreifung konkreter Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern sowie der Roma und wirksame Umsetzung der Politik der Diskriminierungsbekämpfung,

- Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen zur Verbesserung der Behandlung festgenommener Personen in Polizeistationen, Untersuchungshaft und Gefängnissen, Stärkung der gerichtlichen Verfolgung von Misshandlungsfällen und Verbesserung der Anwendung der Empfehlung des Ombudsmanns auf diesem Gebiet.“

Beim letzten Fortschrittsbericht nahm die EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012) erneut Stellung zu den genannten Schlüsselprioritäten. Gute Fortschritte sah die Kommission in den

Reformbereichen, wie ordnungsgemäßes Funktionieren des Parlaments, Verabschiedung von Gesetzen mit verstärkter Parlamentsmehrheit, die Ernennung des Ombudsmanns, die Festlegung der Anhörungs- und Abstimmungsverfahren für die Ernennung von Mitgliedern des Obersten Gerichtshof sowie die Änderung des Rechtsrahmens für Wahlen. Außerdem konnten bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, bei der Eigentumsreform und bei der Stärkung der Rechte von Frauen (Änderung des Strafgesetzbuches zur Verschärfung der Bestimmungen über häusliche Gewalt) wichtige Schritte getan werden. Vor allem bei den restlichen Schlüsselprioritäten sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um „die nachhaltige Erfüllung der bisher eingegangenen Verpflichtungen und weitere greifbare Ergebnisse bei der Umsetzung zu gewährleisten“, so die EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012).

Was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit betrifft, so haben der seit 2011 verbesserte politische Dialog im Parlament und die konstruktivere Atmosphäre bei Ausschuss- und Plenarsitzungen trotz gelegentlicher verbaler Konfrontationen und einer Verlangsamung der Reformen gute Fortschritte in einer Reihe von Bereichen ermöglicht. Auch wenn die Präsidentschaftswahl 2012 im Einklang mit der Verfassung verlief, erfüllte sie nicht die Erwartungen hinsichtlich der Einbeziehung der Opposition und belastete damit erneut die politische Zusammenarbeit. Die Parlamentswahlen 2013 waren ein erneuter entscheidender Test für Albanien. Obwohl die offiziellen Bewertungen der internationalen Wahlbeobachter bis dato noch nicht vorliegen, kann bereits konstatiert werden, dass auch dieser Test nicht vollständig bestanden wurde (siehe Kapitel 5.1.4 „Die Parlamentswahl 2013“).

Aus der wirtschaftlichen Perspektive gesehen, konnte Albanien die makroökonomische Stabilität und den Wachstumstrend während der globalen Krise aufrechterhalten. Laut der EUROPÄISCHEN KOMMISSION (2012) hat Albanien durch den Abbau des Haushalts- und Außenhandelsdefizits und die Stabilisierung der Inflationsrate Fortschritte auf dem Weg zu einer funktionierenden Marktwirtschaft gemacht. Allerdings ist das Haushaltsdefizit weiter angewachsen, was zu einem weiteren Anstieg der bereits hohen Staatsverschuldung führte. Das Leistungsbilanzdefizit ist nach wie vor sehr hoch, ebenso die Arbeitslosenquote. Rechtsstaatliche Defizite, welche die Durchsetzung von Verträgen im Bereich der Eigentumsrechte behindern, belasten das Unternehmensumfeld. Außerdem stellen der große informelle Sektor, Mängel bei der Steuereinzahlung und der wachsende Anteil notleidender Kredite im Bankensektor ein Problem dar.

FREHNER (2010, S. 4f) fasst in seinem Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung Problemfelder Albaniens und Lösungsansätze in Bezug auf einen EU-Beitritt zusammen:

Problemfeld	Lösungsansatz
Die noch immer vorherrschende Rückständigkeit großer Teile des Landes und die weit verbreitete Armut. Die Armut zeigt sich extrem als Altersarmut, Pensionen und Renten sind sehr niedrig bzw. gibt es in vielen Bereichen keine Altersabsicherung.	Zusätzliches außerlandwirtschaftlicher Einkommen muss geschaffen und ein breites Renten- oder Sozialsystem soll aufgebaut werden.
Gerade durch die kommunistische Diktatur wurden die Menschen in ihrer Mentalität geprägt. Dies macht sich vor allem in einer gewissen Unselbstständigkeit und einer nicht vorhandenen Selbstverantwortlichkeit bemerkbar. Viele Wünschen sich nach wie vor, dass der Staat alles regelt.	Hilfe zur Selbsthilfe: Vor allem den Menschen am Land, die mit jenem Wandel am wenigsten zurechtkamen, muss klar gemacht werden, dass sie nun selbstständig und emanzipiert handeln müssen, sei es als Arbeitnehmer oder Kleinunternehmer.
Die Infrastruktur ist noch sehr mangelhaft (es fehlen Straßen, Autobahnen, das Eisenbahnnetz ist marode, das Gesundheitssystem ist veraltet und das Bildungssystem mangelhaft).	Albanien ist stark auf ausländische Staaten und Finanzinstitutionen angewiesen. Die eigenen Budgetmittel müssen ausgebaut werden, um diese Probleme zu lösen.
Die Wirtschaftsleistung Albaniens ist trotz der positiven Wachstumsraten noch immer gering. Die Zahl der in Albanien erzeugten Güter und somit auch der Exporthandel sind noch sehr unterentwickelt. Die wenigen Produkte die in anderen Ländern nachgefragt würden, erfüllen oft nicht die Standards hinsichtlich Qualität und Hygiene, um in EU-Ländern gehandelt werden zu können.	Nach dem kommunistischen Regime und der Öffnung des Landes war es wichtig, Güter zu importieren, um die nötigen Defizite zu beheben. Um die Abhängigkeit von anderen Ländern zu minimieren und um längerfristig gesehen mit dem Binnenmarkt der europäischen Union Schritt halten zu können, wäre es jetzt an der Zeit, die eigene Produktion zu steigern, um eigene Güter konsumieren oder exportieren zu können. Ein fortdauerndes Handelsbilanzdefizit ist inakzeptabel.
Die Landverteilung 1992 führte in der Landwirtschaft zu einer extremen	Die Landwirtschaft muss schnell modernisiert werden, um die Landflucht zu

Parzellierung und zu Rechtsunsicherheiten bezüglich der Eigentumsverhältnisse. Die Landwirtschaft (ca. 50 % der Bevölkerung) versucht lediglich, die eigenen Bauernfamilien zu versorgen (Subsistenzwirtschaft) und kann nicht mit der Landwirtschaft in der EU konkurrieren.	bremsen. Landwirtschaftliche Erzeugnisse müssen weiterverarbeitet werden, um am Markt Chancen zu haben.
Nachdem die kommunistische Diktatur erst vor ca. 20 Jahren zaghaft von einem Demokratischen System abgelöst wurde, haben die Politiker nach wie vor wenig Erfahrungen. Auch das demokratische Verhalten in der Gesellschaft ist noch wenig verbreitet (ländliche Strukturen sind noch immer patriarchisch geprägt und von Stammes-, Sonderrechten- und regeln durchsetzt).	Auch der politische Sektor bedarf der Beratung und Unterstützung von außen. Ministerien, Parlamentarier und die Verwaltung brauchen Unterstützung.
Es gibt nur wenige Einkommensmöglichkeiten. Städtische Arbeitsplätze gibt es vor allem in der bis 2008 boomenden Baubranche in der Achse Tirana – Durrës. Die meisten Menschen leben von den mageren Erträgen der Landwirtschaft.	Es sollten massiv Ausbildungsplätze in den handwerklichen und gewerblichen Bereichen bereitgestellt werden, um Jugendlichen eine Chance zu geben, in nichtakademischen Feldern Jobs zu finden und Einkommen zu beziehen. Der Tourismussektor hat noch viel Potenzial und sollte an der Küste ausgebaut werden - auch im Landesinneren gibt es in Nischenbereichen Möglichkeiten für einen Ausbau.
Korruption in allen Bereichen der Gesellschaft.	Eine Reduzierung der überdimensionierten Bürokratie, eine qualitative und finanzielle Aufwertung der Verwaltungsposten und Schulungen wären die ersten Schritte um die Korruption einzudämmen. Außerdem muss die Bevölkerung zur Einsicht kommen, dass Korruption definitiv kein ethisches und

	moralisches Anliegen eines demokratischen Rechtsstaates ist. Die Politiker sollten in dieser Hinsicht natürlich mit gutem Beispiel voran gehen.
Die Entwicklung des Landes, der Regionen, der Städte und Gemeinden ist ungeplant und chaotisch. Weder nationale Ministerien noch Kommunen betreiben eine vernünftige Planung, was zu hohen Folgekosten führt.	Die Regional-, Gemeinde- und Stadtplanung muss ausgebaut werden und durch Beratung und Ausbildung verbessert werden.
Durch mangelndes Umweltbewusstsein wird die Natur verschmutzt, was die Attraktivität des Landes im Tourismussektor und bei Investoren erheblich verringert.	Ausbau der Abfallwirtschaft und der Abwasserverarbeitung bzw. Schaffung eines Umweltbewusstseins.
Die langjährige Isolation des Landes wurde aufgehoben, ist jedoch noch nicht überwunden.	Die regionale Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten sollte weiter verbessert werden und auch Serbien und Bosnien und Herzegowina sollten in die regionale Kooperation einbezogen werden.

Von den oben genannten Schlüsselprioritäten hat Albanien vier erfüllt und sei bei zwei weiteren auf einem guten Weg. Aufgrund dieses Fortschritts empfahl die EU-Kommission 2012 erstmals, die Vergabe des Kandidatenstatus, sobald die notwendigen Reformen in den Bereichen öffentliche Verwaltung und Justiz und eine Abänderung der Parlamentsregeln durchgeführt wurden.⁵⁹ Laut STERN & WOHLFELD (2012, S. 18) wäre die Verleihung des Kandidatenstatus anhand der derzeitigen Ergebnisse eine politisch motivierte Entscheidung und nicht rein sachlich zu rechtfertigen.

RAUNIG (2013) dementiert hingegen, dass der Start der Beitrittsverhandlungen ein sehr wichtiger und positiver Schritt für Albanien wäre. „Der Beitritt ist dann das optimale Ergebnis der Beitrittsverhandlungen. Mit dem Start der Beitrittsverhandlungen hätte die EU einen Hebel, um die genannten Rückstände aufzuholen und die Weiterentwicklung voranzutreiben.“

⁵⁹ <http://derstandard.at/1348285597711/EU-empfehl-offiziellen-Kandidatenstatus-fuer-Albanien>. Online Zugriff am 02.09.2013.

Die Kommission arbeitet darauf hin, Albanien noch im Dezember 2013 den Kandidatenstatus zu verleihen. „Ein realistischer Start der Beitrittsverhandlungen wäre frühestens im Herbst 2014 möglich“, so RAUNIG, 2013.

WITTBERGER (2013) hebt ebenfalls die Notwendigkeit einer raschen Verleihung des Kandidatenstatus hervor:

„Der Kandidatenstatus wäre eine sehr positive Sache. Er würde ein neues Kapitel in der Geschichte (und insbesondere in der Geschichte der schon recht lange andauernden Transition) eröffnen. Danach wäre man auch viel stärker verpflichtet, die Spielregeln einzuhalten, dies wiederum würde Reformen vorantreiben (und wäre auch im Einklang mit dem Regierungsprogramm). Es wäre auch für die allgemeine Stimmungslage und die Lebensperspektive der Bevölkerung wichtig. Über die EU-Beitrittsreife kann ich im Moment ehrlich gesagt keine seriösen Prognosen anstellen. Das kommt auf die Entwicklungen und den entsprechenden Fortgang der Dinge in den kommenden vier Jahren an.“

6. Motive und Interessen der Europäischen Union im Erweiterungskontext

Die EU als Institution betrachtet, möchte eine Erweiterung nicht bloß als Akt der selbstlosen Nächstenliebe vorantreiben, sondern sie handelt auf Basis bestimmter Motiven und Interessen. In diesem Kapitel sollen die Beweggründe bzw. der Nutzen einer Erweiterung aus Sicht der EU thematisiert werden.

„Die zukünftige Mitgliedschaft der restlichen Westbalkanländer Albanien, Makedonien und Montenegro sowie nach befriedigender Regelung der noch offenen nationalen Konflikte auch Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kosovo ist unstrittig“, meint JAHN (2012, S. 13), „auch wenn es noch viele Jahre dauern kann, ehe sie Wirklichkeit wird“. Mit über 19 Millionen Einwohnern ist jene Staatengruppe nicht nur quantitativ ein ambitionierter Erweiterungsschritt der Union. Die nach wie vor andauernden nationalen Konflikte in der Region sind ebenfalls eine beachtliche Herausforderung an die europäische Integrationsfähigkeit bei der viel diplomatischen Fingerspitzengefühl notwendig sein wird (vgl. JAHN, 2012, S. 13).

6.1 Sicherheitspolitische Motive

Laut BRILL (2008, S. 3) sind für Europa drei Ergänzungs- bzw. Verbindungsräume von besonderem Interesse:

- der Eurasische Raum
- der Euro-Atlantische Raum
- der Mittelmeerisch-Afrikanische Raum.

Gegenüber den Akteuren in all diesen Räumen, meint BRILL (2008) weiter, ist die EU mit folgenden drei Aufgaben gefordert:

- Wahrung der Interessenssphären
- Stabilisierung instabiler Räume
- Aufbau eines Sicherheitsgürtels.

In Bezug auf die angrenzenden Räume liegt ein stabiles und friedliches geographisches Umfeld im ureigenen Interesse Europas. 2003 skizzierte die Europäische Kommission in einem ersten geostrategischen Dokument die gewünschten Beziehungen zu den zukünftigen EU-Anrainerstaaten. Dazu zählt der Aufbau von Nachbarschaftspolitiken zur Ukraine, Moldawien, Weißrussland und zum gesamten Mittelmeerraum. Jene Strategie ist der Versuch, konkrete Kooperationsangebote wie Freihandelszonen zu unterbreiten, ohne eine Beitrittsperspektive zu eröffnen (WINTER, 2006, S. 8).

Betrachtet man die Region des westlichen Balkans, so könnte „die Einverleibung einer ehemaligen Kriegs- und Krisenregion ein Happen werden, den die Europäische Union nicht verdauen kann“, so DESPOT (2010). Andererseits trägt Europa nach den „aufreibenden Konflikten Mitverantwortung für die Stabilisierung dieser innereuropäischen Region“ (Ebd., 2010).

Der kosovo-albanische Publizist Veton Surroi (zit. nach JUREKOVIĆ, 2010, S. 157) bezeichnet den Westbalkan als „eine Region mit größtenteils unvollendeten Staaten. In allen Westbalkanstaaten (exklusive Kroatien) wird nach Ansicht von Surroi „die Konsolidierung der staatlichen Nachkriegsordnung entweder durch interne ethnopolitische Gegensätze oder durch schädigende äußere Einflussnahme weiterhin behindert, (...) was zu „sicherheitspolitischen Risiken“ führt.

Wie es schon bei den mittel- und osteuropäischen Ländern der Fall war, wird ein absehbarer Vollbeitritt auch im Südosten Europas Konfliktpotenziale regulieren helfen, die institutionellen und politischen Umbauarbeiten fördern und rechtsstaatliche Strukturen stärken. Eine zeitlich überschaubare und glaubwürdige Mitgliedschaftsperspektive stellt ein

Instrument dar, das politisch vermittelbar ist und im Laufe der Zeit jene Defizite ausmerzt, die gemeinhin als Beitrittsbarrieren gelten (vgl. DESPOT, 2010).

Der Beitritt Kroatiens 2013 war zwar sicherlich ein positives Signal und könnte sich auch positiv hinsichtlich einer besseren regionalen Zusammenarbeit auf die Bereitschaft der anderen Westbalkanstaaten auswirken. Auf der anderen Seite wäre es ein strategischer Fehler, anzunehmen, mit der Erweiterung würde das Problem der unvollendeten Staaten automatisch gelöst werden. Das Beispiel des noch immer geteilten Zypern innerhalb der EU zeigt, dass dies nicht der Fall ist. Deshalb sollten politische Kompromisse vor dem Beitritt zur EU gefunden und implementiert werden, um die Gefahr des Imports von sicherheitspolitischen Problemen in die Union zu verhindern (vgl. JUREKOVIĆ, 2010, S. 164f).

6.2 Wirtschaftliche Motive

Der Vorteil eines großen europäischen Binnenmarktes ist ein weiteres Motiv der europäischen Einigung, welches in den letzten Jahren immer mehr als primärer Legitimationsgrund der Erweiterung verwendet wurde. An dieser Stelle sei jedoch erwähnt, dass das wirtschaftliche Interesse an einer Erweiterung für die EU wesentlich kleiner ist, als für die Bewerberländer. Tritt eine wirtschaftlich kleine Region einer wirtschaftlich großen Region bei, so profitieren zwar beide Regionen von den Wohlfahrtseffekten, jedoch erzielt die kleine Region u.a. wegen der starken finanziellen Förderung von EU-Geldern einen größeren Nutzen (vgl. Baldwin, 1995).

In einem gemeinsamen Markt von aktuell 28 Staaten mit über 500 Millionen Menschen kann effizienter und billiger produziert werden als in einer nationalen Volkswirtschaft. SCHMUCK (2012, S. 4) fasst die wirtschaftlichen Beweggründe für ein gemeinsames Europa zusammen:

„Große Serien ermöglichen eine kostengünstigere Fertigung. Zusätzliche Erschwernisse durch jeweils unterschiedliche nationale Zulassungsverfahren, Zölle oder Grenzkontrollen entfallen. Die gemeinsame europäische Währung der Mitgliedstaaten der Eurozone erhöht die Vorteile des Binnenmarktes durch den Wegfall von Umtauschkosten und Wechselkursrisiken wie Kursschwankungen.“

Obwohl durch Erweiterungen hohe Kosten für die bestehenden Mitglieder der Union entstehen, erhoffen sie sich von jeder Erweiterung des Wirtschaftsraumes eine Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Insbesondere in den Bereichen der Lebensmittelindustrie, Investitionsgüterindustrie und im Banken- und Telekommunikationssektor sehen viele Mitgliedsstaaten Absatzpotenzial in den neuen Beitrittsländern.

BREUSS (2001) nennt vier Integrationseffekte, die aufgrund der Liberalisierung des Binnenmarktes sowie der Wirtschafts- und Währungsunion auftreten:

- Binnenmarkteffekte: Da alle Mitglieder am gesamten Binnenmarkt teilnehmen, werden die Effizienz sowie der Preiswettbewerb gesteigert. Mit der Osterweiterung und Marktvergrößerung 2004 vergrößerte sich der Intra-EU-Handel von 50 % auf 64 %.
- Handelseffekte: Die Teilnahme an der Zollunion bewirkt neben dem Zollabbau auch den Wegfall der Grenzkontrollen.
- Faktorwanderung: Direktinvestitionen gehen von den reichen Ländern in finanziell schwächere. Die durch Lohnunterschiede entstehende Arbeitsmigration von den finanziell schwächeren in reichere Länder wird teilweise durch eine siebenjährige Frist vorgebeugt.
- Kosten der Erweiterung: Aufgrund ihres Entwicklungsniveaus sind die neuen Mitgliedsstaaten Nettoempfänger aus dem EU-Haushalt, die Belastung der Nettozahler ist sicherlich gestiegen und die alten Empfänger geben einen Teil der Mittel an die neuen Mitglieder ab.

6.3 Die EU als Supermacht und Global Player?

Für die EU stellt sich die Frage, ob sie ein Pol in einer multipolaren Welt mit einer eigenständigen Strategie sein kann und ob sie in Zukunft „Spieler oder Spielfeld“ sein will (Joschka Fischer zit. nach NEISSER, 2008, S. 260). Der britische Autor Marc Leonard (zit. nach NEISSER 2008, S. 260) hält nichts vom Europessimismus und den Prognosen über den politischen und wirtschaftlichen Niedergang Europas. Er sieht in der EU ein Modell für den Rest der Welt, das im 21. Jahrhundert die Welt beherrschen wird, zwar nicht als imperialistische Macht, sondern als zivilisatorisches Vorbild. Allerdings gibt es, selbst wenn die USA in einer rückläufigen Bewegung wären und ihre Rolle als Supermacht verlieren würden, keine Garantie dafür, dass die EU an ihre Stelle tritt. Vielmehr sollte die Union als eine gemeinsame europäische Allianz auftreten, um sich gegen zukünftige Supermächte (wie etwa Indien oder China) behaupten zu können (vgl. NEISSER, 2008, S. 260).

BRILL (2008) fasst folgende geopolitischen Motive zusammen, die für den europäischen Einigungs- und Erweiterungsprozess als wesentlich erachtet werden können:

- Europa-Pol in einer multipolaren Welt
- Schaffung eines wirtschaftspolitischen Großraums im Zeitalter der Globalisierung
- Neue Supermacht im weltpolitischen Kräftegleichgewicht

Trotz der derzeitigen EU-Skepsis stellen sich Experten der internationalen Akteure die Frage, ob die EU ihre Führungserwartungen erfüllen kann oder gar zu einer Weltmacht aufsteigen kann. WEIDENFELD (1995, S. 17f) legt den Status einer Weltmacht anhand folgender Faktoren fest:

„- Territoriale Größe

- Herausragende wirtschaftliche Macht

- Politische Stabilität und Führungsfähigkeit

- Kulturelle Anziehungskraft

- Hohes Niveau in Forschung und Bildung

- Energie und Rohstoffreichtum

- Militärische Macht

- Übernahme globaler Ordnungsfunktionen“

Vergleicht man die EU anhand jener Kriterien mit anderen Welt- oder Supermächten, so kann sie – trotz des Fehlens der Bündelung von politischen Interessen, der politischen Geschlossenheit und der fehlenden Ordnungserfahrung - einen der vorderen Plätze einnehmen. BRILL (2008) bezeichnet die EU deshalb als eine „Weltmacht im Werden“. Trotz der Herausforderungen und Anstrengungen, die eine Integration aller Westbalkanstaaten derzeit mit sich bringt, bietet der Westbalkan der Union die Chance, jene Macht auszubauen. Dabei konkurriert die Union sehr stark mit amerikanischen (v.a. Kosovo) und russischen (v.a. Serbien) Interessen. So hat das Rekonvaleszieren des wirtschaftlichen und politischen Einflusses Russlands in der Region des Westbalkans wesentliche Folgen für die Politik der EU. Indes hat die EU im westlichen Balkan deutlich mehr Einfluss als im Kaukasus oder Zentralasien⁶⁰, allerdings verdankt die Union diese Vorrangstellung überwiegend der Beitrittsperspektive, die Brüssel den Staaten dieses Raumes eröffnet hat. Je schneller die EU mit den (potenziellen) Beitrittskandidaten Erfolge konskribiert, desto weniger werden diese Unterstützung in den USA, in islamischen Staaten oder in Russland suchen. Russland verstärkt seit 2009 mit dem Bau der Erdgasleitung „South Stream“ seine Rolle als

⁶⁰ Jene Gebieten, in denen derzeit westliche und russische Interessen aufeinandertreffen.

unverzichtbarer Energielieferant der Region. Dadurch mussten die Länder auch ihre politischen Beziehungen zu Russland einen höheren Stellenwert einräumen (vgl. RELJIC, 2009b, 2009c).

„Europe will have to get used to the fact that it is necessary to consider the future from a geopolitical context and thanks to Russia's current behaviour it will have to learn to do so very fast. The Balkans will probably be a kind of test, which will show how and whether Europe is capable of succeeding in a global and geopolitical ring. It is no secret that there are two far more demanding tests on the horizon: Turkey and Ukraine.“ (ROMANCOV, 2008, S. 42)

Romancov unterstreicht damit die Handlungsnotwendigkeit der EU, offen bleibt jedoch die Frage, ob sich die wachsende Größe der Union auch in adäquate Macht umsetzen wird. „Denn wenn die EU nur groß, aber nicht stark wird, dann verliert sie, was sie durch Beitritte zu gewinnen hoffte“, so MARTENS (2004). Eine weitere, überstürzte Erweiterung würde laut MARTENS (2004) den „erreichten Integrationsgrad in Europa sprengen. (...) Die Flucht nach vorn bzw. die „Ich dehne mich aus, also bin ich“-Strategie könnte verhängnisvolle Folgen für die Kohäsion der EU haben“.

6.4 Die strategische Energiepolitik der EU in Südosteuropa

Die EU muss ihren Energiebedarf in den nächsten 20 bis 30 Jahren zu 70 % (statt wie bisher zu 50 %) durch Importe decken, der Anteil der benötigten Erdgaseinfuhren dürfte sich in diesem Zeitraum auf circa 80 % erhöhen. Somit wird die Energiepolitik mit dem Ziel der Sicherung künftiger Energieversorgung einen immer höheren Stellenwert auf der politischen Agenda der EU einnehmen. Aufgrund der hohen Zuwachsraten im Verbrauch und aus dem erwarteten Rückgang bei der Ausbeutung der Nordseefelder wird die EU vor allem beim Erdgas erheblicher auf Importe angewiesen sein. Alternativen sind dann eine noch größere Abhängigkeit von Russland als vorrangigem Erdgaslieferanten⁶¹ oder die Suche nach neuen Versorgungsquellen (vgl. ALTMANN, 2007, S. 7f).

ALTMANN (2007, S. 10) nennt folgende Interessen und Tendenzen, aus denen sich insgesamt ein unklares Bild der künftigen Versorgung mit Erdgas ergibt:

⁶¹ Erdgas wird aus Algerien, Norwegen und Russland in die EU geliefert, wobei russische Importe bereits auf rund 50 % angestiegen sind.

- Während ohnehin die Gefahr besteht, dass die EU in zu starke Abhängigkeit von russischem Gas gerät, gibt es zudem erste Anzeichen für künftige Förderrückgänge und eine steigende Binnennachfrage in Russland.
- Die bereits erkennbaren Förderrückgänge erfordern Investitionen von einer Größenordnung, die westliche Beteiligungen nötig machen.
- Die Deregulierungsbestrebungen der EU beeinträchtigen Gazproms⁶² Versuche, auch in der EU eine marktbeherrschende Stellung und die Kontrolle über die Vertriebswege zu erlangen.
- Gazprom versucht zudem, seine Abhängigkeit von einzelnen Abnehmerländern durch stärkere Diversifizierung der Lieferadressaten (China, Japan, Indien, USA) zu verringern bzw. über Gasverträge neue Einflussmöglichkeiten (z.B. Israel) zu eröffnen.

Aus diesem Grund erhöhte sich in den letzten Jahren Südosteuropas Stellenwert in der EU-Energiepolitik, welches sich insbesondere als Portal für den künftigen Transit von Erdgas aus der westkaspischen Region sowie aus Zentralasien über die Türkei und das Schwarze Meer anbietet. 2003 wurde das „Athener Memorandum of Understanding“ unterzeichnet, welches die Energiegemeinschaft EU-Südosteuropa weiter stärken sollte. Der Vertrag über die Schaffung einer Energiegemeinschaft der EU mit den Staaten Südosteuropas soll in Zukunft für beide Seiten Vorteile bringen. Der EU verschafft sich eine zukünftige Energiesicherung und bereitet die Vervollkommnung eines gesamteuropäischen gemeinsamen Energiemarktes vor. Für die Staaten Südosteuropas ist die Übernahme des EU-Acquis für den Bereich Energiewirtschaft ein wichtiges Element bei der Schaffung eines harmonisierten regionalen Marktes. Zudem werden die südosteuropäischen Staaten damit auch rechtzeitig auf die künftige Eingliederung in den EU-Markt vorbereitet. Für die EU ist langfristig das Vorhaben wichtig, Südosteuropa auf die Rolle einer Transitregion für die diversifizierte Energieversorgung Zentraleuropas vorzubereiten und die entsprechenden Netze auszubauen, was den Aus- und Neubau von Öltransportleitungen und den Ausbau eines Erdgastransport- und -verteilungsnetzes bedeutet (vgl. ALTMANN, 2007, S. 17f).

Für die Länder des westlichen Balkans ist die Eingliederung in den europäischen Energieverbund ein klares Zugehörigkeitssignal. Darüber hinaus bleibt aber auch die Notwendigkeit bestehen, diese Länder, die seit 2007 nur noch von EU-Mitgliedstaaten umgeben sind, in so vielen Bereichen wie möglich in die engere Zusammenarbeit der EU-

⁶² Gazprom ist das weltweit größte Erdgasförderunternehmen mit Sitz in Russland.

Länder einzubeziehen. Die Energiegemeinschaft könnte als Beispiel für eine sowohl funktionierende regionale als auch europäische Integration Südosteuropas dienen und Anstoß zu weiteren Integrationsprojekten geben, mit deren Hilfe die sich ansonsten zusehends in die Länge ziehende Frist des Wartens auf eine Vollmitgliedschaft überbrückt bzw. ausgefüllt werden kann (vgl. ALTMANN, 2007, S. 25).

In der europäischen Energiepolitik wird Albanien in Zukunft als Transitregion eine wichtige Rolle einnehmen. Eine Pipeline soll Erdgas aus der kaspischen Region nach Westeuropa transportieren. Nachdem das OMV-Projekt „Nabucco“ scheiterte, wird nun die „Trans Adriatic Pipeline“ (TAP) verwirklicht.

Die TAP Pipeline soulagiert die Zielsetzung der Europäischen Union die zukünftige Energieversorgung zu sichern. TAP wird Erdgas vom Gasfeld Shah Deniz II in Aserbaidschan durch Griechenland und Albanien, unter der Adria hindurch nach Süditalien und weiter nach Westeuropa transportieren (siehe Abbildung 15). Der Offshore-Abschnitt beginnt in der Nähe der albanischen Stadt Fier. Somit kann die direkteste und kürzeste Leitung von der kaspischen Region in die europäischen Märkte zu einem wettbewerbsfähigen Tarif verwirklicht werden. Die Transportkapazität soll zwischen 10 und 20 Mrd. Kubikmeter/Jahr betragen.

In Albanien wird ein Erdgasspeicher installiert, der den Transport zum europäischen Markt auch bei etwaigen Störungen oder Unterbrechungen aufrechterhalten soll.⁶³



Abbildung 15: Projekt "Trans Adriatic Pipeline"⁶⁴

⁶³ <http://www.trans-adriatic-pipeline.com/de/tap-projekt/route/>. Online Zugriff am 11.09.2013.

⁶⁴ Ebd.

7. Die Beitrittsperspektive aus albanischer Sicht - Die EU-Euphorie der albanischen Bevölkerung

Dieses Kapitel soll die Sichtweise der albanischen Bevölkerung im EU-Integrationsprozess beleuchten.

Mit einer stetigen EU-Befürwortung jenseits der 80 Prozentmarke ist Albaniens Begeisterung für die Union einzigartig. Beispielsweise sind im vieldiskutierten Beitrittsland Türkei nur etwa 50 % der Bevölkerung für einen Beitritt. Auffallend ist, dass sich selbst die „hartgesottenen Muslime“ (SZABLOWSKI, 2012) eurobegeistert zeigen. In Serbien ging die Begeisterung zurück, als der Staat Kriegsverbrecher wie Milosevic, Karadzic und Mladiv an das Tribunal in Den Haag ausgeliefert haben, um den Kandidatenstatus zu erhalten. Auch das im Juli 2013 beigetretene Kroatien war und ist weitaus euroskeptischer als Albanien (vgl. SZABLOWSKI, 2012).

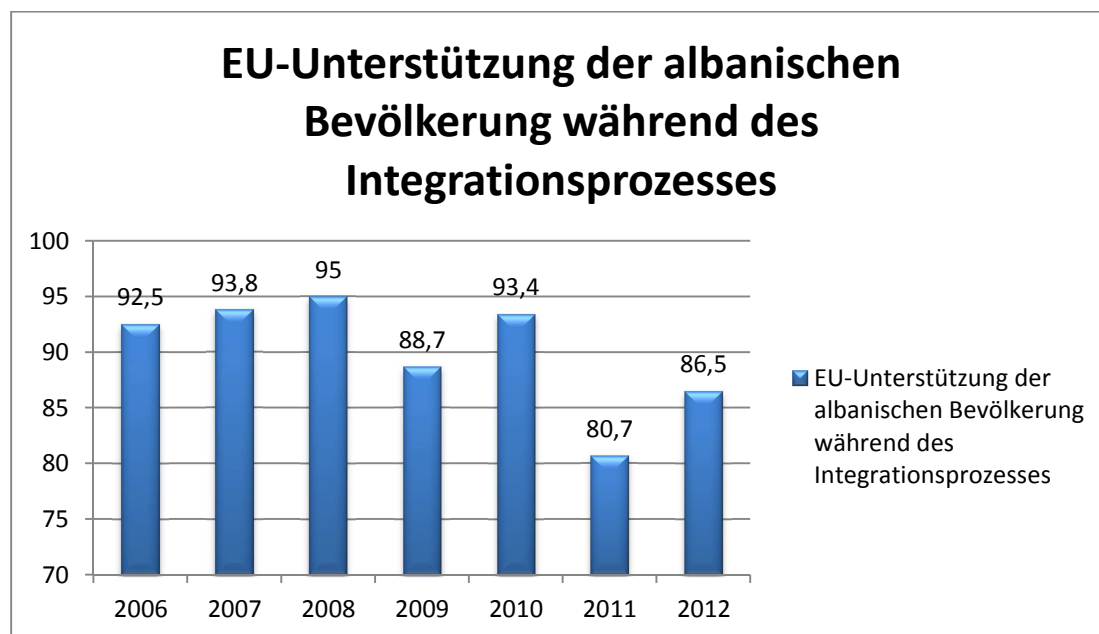


Abbildung 16: EU-Unterstützung der albanischen Bevölkerung 2006-2012 (mod. nach AIIS, 2012)

Der Grund für die große EU-Befürwortung liegt laut SCHLATTTL (2013) in der Geschichte Albaniens begründet: „Das Land war im 20. Jahrhundert komplett abgeschottet von der Außenwelt, davor jahrhundertlang unter osmanischem Einfluss. Nach dem Pyramiden-Skandal lag die Wirtschaft komplett am Boden. Nun auch offiziell Teil Europas zu werden ist damit nur ein logischer Wunsch.“

Selbst seit der Krise in der Eurozone blieb die Unterstützung der albanischen Bevölkerung so hoch wie in keinem anderen Beitrittskandidatenland und keinem anderen EU-Land. Der

signifikante Abfall von 2008 (95 %) auf 2009 (88,7 %), ist nach Einschätzungen des ALBANIEN INSTITUTE FOR INTERNATIONAL STUDIES (AAIS) vor allem damit verbunden, dass die albanische Bevölkerung mehr Bewusstsein dafür schuf, welche Herausforderungen und Reformen mit dem EU-Integrationsprozess gekoppelt sind. Jene Emanzipation und kritische Reflexion der albanischen Bevölkerung kann jedoch indessen förderlich für den weiteren Weg in die EU sein. Der bislang geringste Wert von 80,7 % (2011) ist darauf zurückzuführen, dass die Kommission den Vorschlag einbrachte, die 2010 beschlossene Visafreiheit wieder aufzuheben.

AIIS (2012) nennt folgende Gründe für die überdurchschnittlich hohe Befürwortung innerhalb der albanischen Bevölkerung:

- Im gesamten politischen Spektrum Albaniens gibt es keine Partei oder Organisation, welche sich gegen das Projekt „Mitgliedschaft der Europäischen Union“ aussprach. Wenn es kritische Stimmen gibt, dann sind sie stets nur gegen den Prozess der Integration gerichtet, jedoch nie gegen die Mitgliedschaft.
- Die mit der Mitgliedschaft verbundenen Erwartungen der albanischen Bevölkerung sind sehr hoch und meist unrealistisch.
- Ebenfalls könnte die hohe Erwartungshaltung mit der politischen Kultur der Gesellschaft in Korrelation gebracht werden, welche sich aufgrund der langen kommunistischen Diktatur nach wie vor mit öffentlichen Meinungsäußerungen gegen die Regierung zurückhält.
- Zuletzt kann die hohe Unterstützungsrate auch auf die Glorifikation und die Mystifikation des Westens zurückgeführt werden, was durch folgende rhetorische Frage zusammengefasst werden kann: „Why should we oppose membership to the west and in the developed Europe?“ (AIIS, 2012).

Ein weiterer Grund ist, dass es derzeit keine ernsthafte Alternative für Albanien gibt. WITTBGER (2013) führt die hohe Befürwortung ebenfalls auf die mangelnden Alternativen zurück:

„Nein, es gibt eher keine kritischen Stimmen, denn was wäre die Alternative für Albanien? Die arabischen Staaten? Dazu sind die AlbanerInnen zu westlich orientiert und pragmatisch. Die Balkanstaaten? Da sehen die AlbanerInnen, dass es denen eigentlich entweder auch nicht besser geht oder wenn es ihnen besser geht, dann weil sie sich bereits der EU angenähert haben. Die USA haben großen

Einfluss, sind aber viel zu weit weg. Und die Chinesen verachten die Albaner (wie alle nicht-, Weißen“) eigentlich.“

RAUNIG (2013) unterstreicht, dass es „keine kritischen öffentlichen Stimmen hinsichtlich der EU gibt“. RAUNIG (2013) nennt als Beispiel das schlechte Abschneiden der nationalistischen Partei „Rot-Schwarze-Allianz“ bei den Wahlen im Sommer 2013, was auf eine proeuropäische und antinationalistische Grundhaltung der albanischen Bevölkerung hindeutet.

Die „nationalistische Gefahr“ ließe sich jedoch laut WITTBERGER (2013) sicher nicht durch Wahlen vom Tisch wischen:

„Es handelt sich um eine Strategie der Identitätsfindung, mit welcher alle Balkanländer hadern. Die Frage ist, ob es der neuen Regierung gelingen wird, der Bevölkerung Alternativen zur Sinngebung und Identitätsfindung anzubieten. In Anbetracht der seit 2008 signifikant gestiegenen Armut (Living Standard Measurement Survey 2012), der tendenziellen Zermürbung der albanischen Bevölkerung und des nun in Aussicht gestellten EU-Kandidaten Status, scheint sich auf der Idee Großalbaniens [...] eher keine sinnvolle Existenz gründen zu lassen.“

7.1 Meinungen und Erwartungen der albanischen Bevölkerung

Das AIIS befragte im Jahr 2012 ca. 1.200 Albaner aus allen Alters- und Bildungsschichten über deren Meinung zum Integrationsprozess. Die AIIS-Studie „The European Perspective of Albania: Perceptions and Realities“ wird seit 2002 jährlich veröffentlicht und gibt einen guten Einblick in die öffentliche Meinung hinsichtlich des EU-Integrationsprozesses. Im Folgenden werden auszugsweise einige für diese Arbeit relevante Meinungsäußerungen präsentiert und analysiert.

Die Beantwortung der Frage nach dem EU-Status Albaniens zeigt eine noch auszubauende aber bereits fortgeschrittene Aufgeklärtheit der albanischen Bevölkerung (siehe Abbildung 17). Anders als in den Befragungen der letzten Jahre gaben dieses Mal weniger als 30 % die falsche Antwort. Vor allem die falsche Behauptung, Albanien sei bereits Mitglied der EU ist auf einen marginalen Prozentsatz zurückgegangen. Dennoch weiß nach wie vor 1 von 10 Befragten nicht über den derzeitigen Status Bescheid. Die fortschreitende Aufgeklärtheit der albanischen Bevölkerung ist laut AIIS (2012) vor allem auf die intensive mediale Debatte über den Kandidatenstatus zurückzuführen.

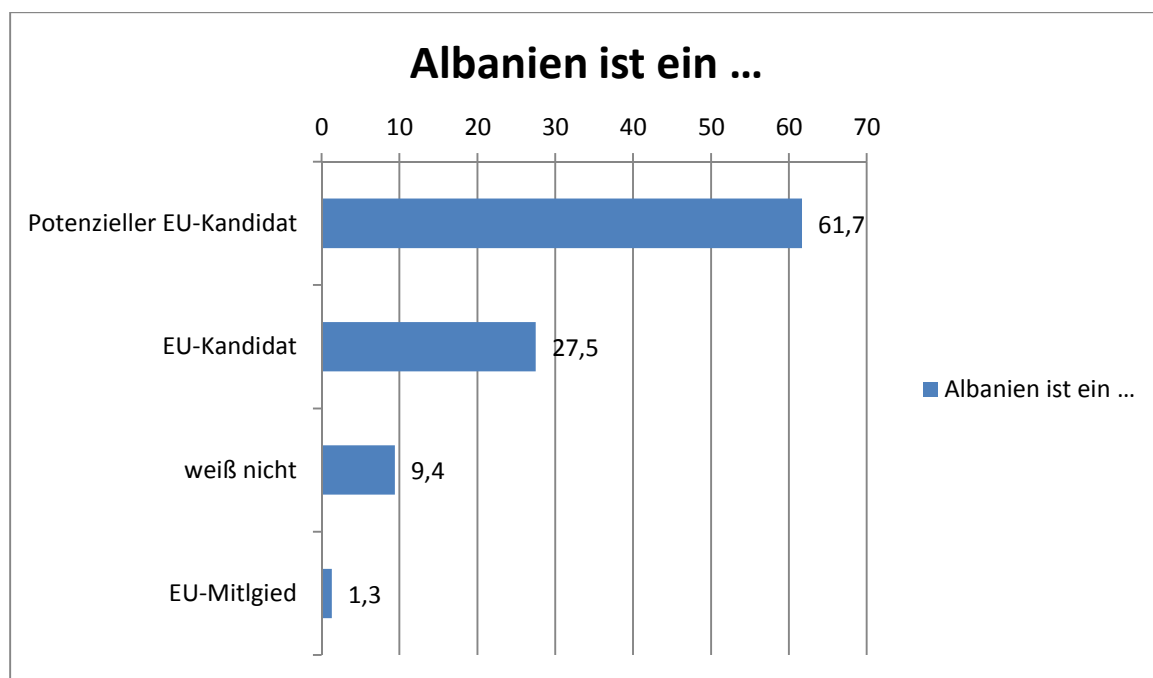


Abbildung 17: Die Kenntnis der albanischen Bevölkerung über EU-Status (mod. nach AIIS, 2012)

Die Abbildungen 18 und 19 unterstreichen die bereits oben erwähnte signifikante EU-Befürwortung der albanischen Bevölkerung. Für fast alle Befragten (>90 %) ist die EU-Integration von persönlicher Relevanz. Nur ca. 7 % würden bei einem Referendum gegen den EU-Beitritt stimmen.

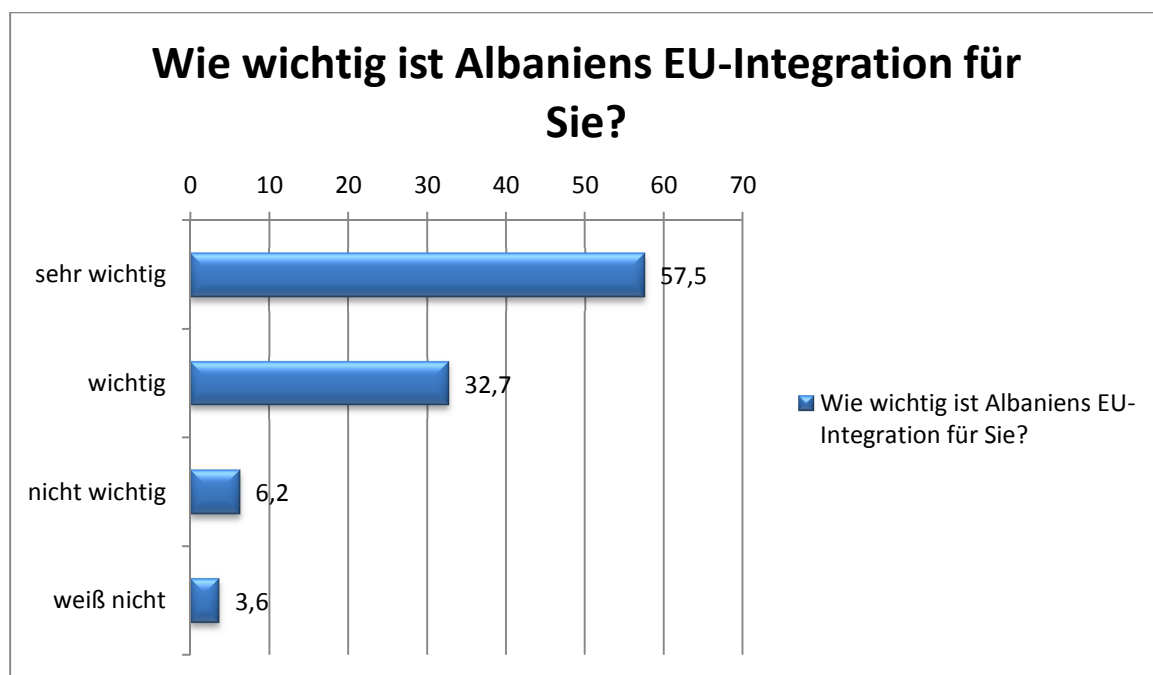


Abbildung 18: Die Relevanz der EU-Integration für die albanische Bevölkerung (mod. nach AIIS, 2012)

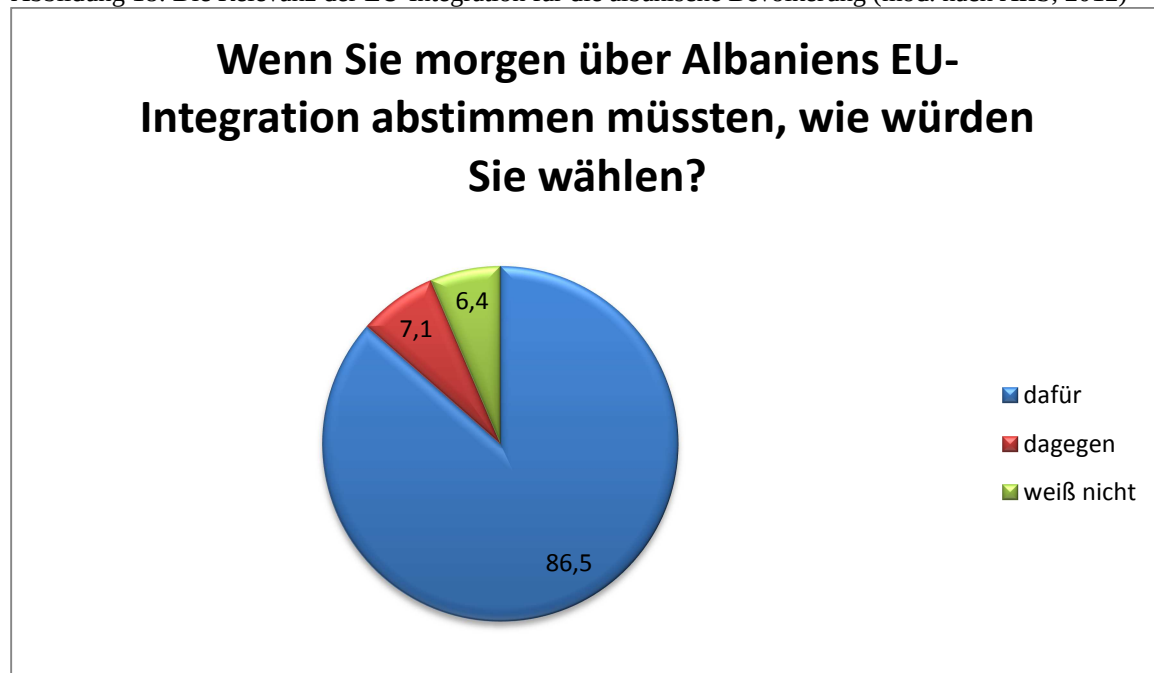


Abbildung 19: Die EU-Befürwortung innerhalb der albanischen Bevölkerung (mod. nach AIIS, 2012)

Die Hauptgründe für eine Mitgliedschaft in der EU sind der steigende Lebensstandard, mehr Jobs, mehr Gerechtigkeit in judikativen Angelegenheiten, das Sinken der Korruption und weniger Armut (siehe Abbildung 20). Interessant ist, dass Dinge wie sinkende Korruption, weniger Armut oder die Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit eher als Vorteile der EU-Integration gesehen werden, als das was sie wirklich sind: Bedingungen, die vor dem Beitritt erfüllt sein müssen.

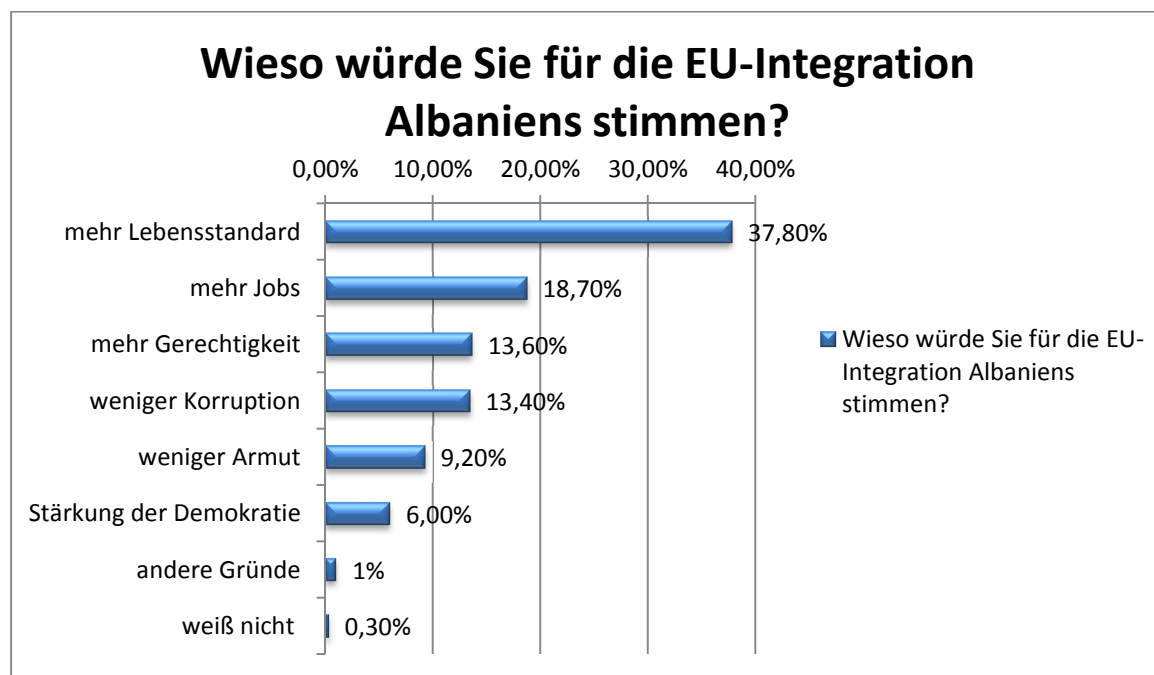


Abbildung 20: Gründe für die Integration Albaniens (mod. nach AIIS, 2012)

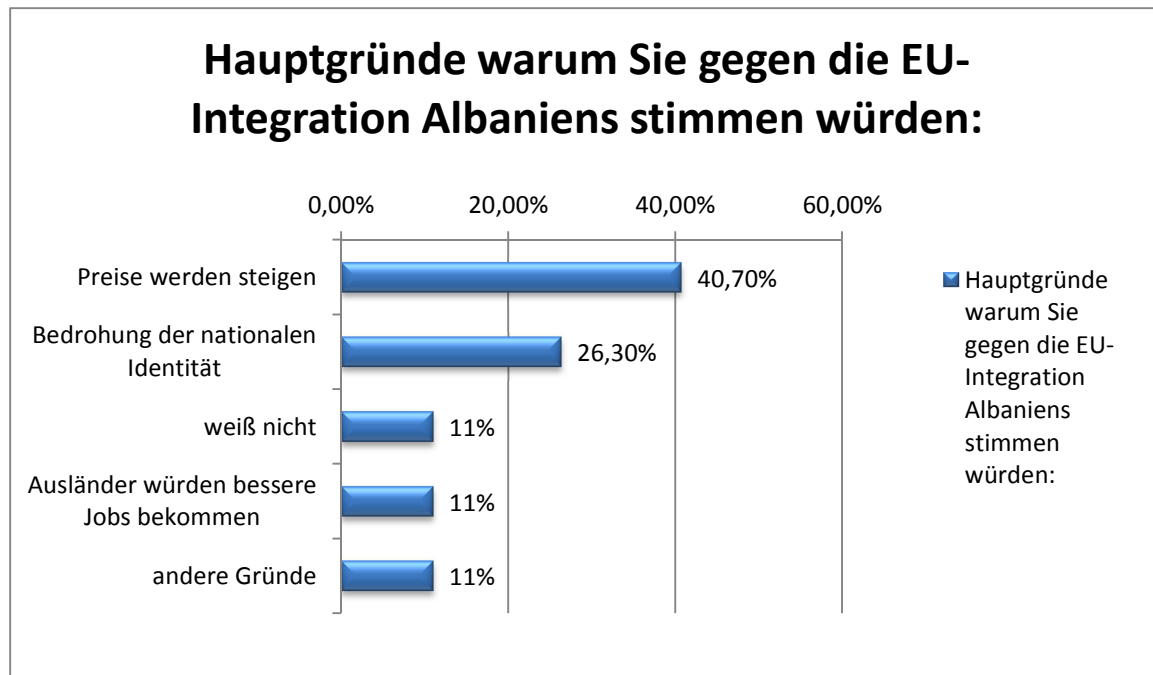


Abbildung 21: Gründe gegen die Integration Albaniens (mod. nach AIIS, 2012)

Die wenigen EU-Skeptiker begründen ihre Antwort vor allem damit, dass die Preise steigen würden und die nationale Identität bedroht werden würde (siehe Abbildung 21). Des Weiteren befürchten sie, dass bei der Bewerbung von Jobs besser ausgebildete Arbeiter aus den anderen EU-Staaten bevorzugt würden.

Bei der Frage, ob Albanien bereit für die EU-Mitgliedschaft sei, antworteten nur 30 % mit Ja, während fast die Hälfte der Befragten mit Nein antwortete (siehe Abbildung 22). Die letzte Zahl hat sich in den letzten Jahren verdoppelt, was sicherlich auch damit zusammenhängt, dass die Bevölkerung jetzt mehr über den Integrationsprozess und die Aufnahmekriterien Bescheid weiß.

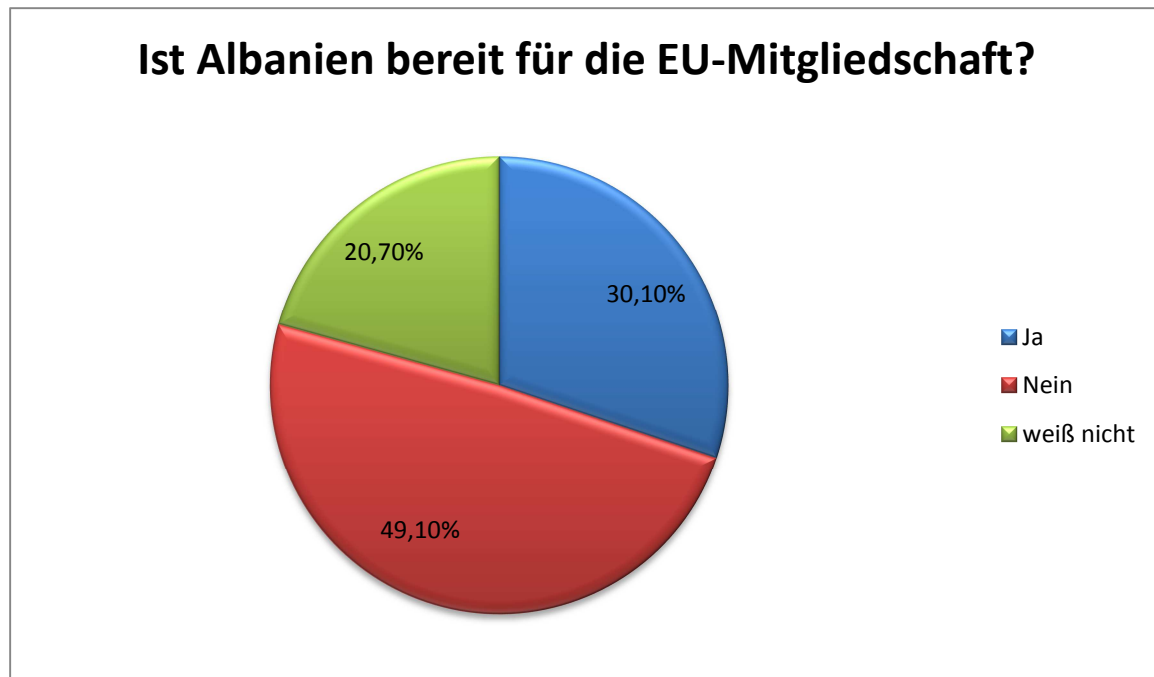


Abbildung 22: Einschätzung der albanischen Bevölkerung über die Beitrittsreife Albanien (mod. nach AIIS, 2012)

Bezogen auf die politische Relevanz im EU-Integrationsprozess nehmen die Bürger, nach dem Auftauen der innenpolitischen Krise zwischen Regierung und Opposition, die Regierung wieder als wichtigste Institution im Integrationsprozess wahr (siehe Abbildung 23). Auffallend ist, dass nur 12,5 % der Befragten sich selbst (bzw. die albanische Gesellschaft) als relevant für den Integrationsprozess sehen. Bei vielen Problemen und Herausforderungen auf dem Weg in die EU, wird sich der Anstoß für Veränderung ausgehend von der albanischen Gesellschaft („Bottom-up“) etablieren müssen.

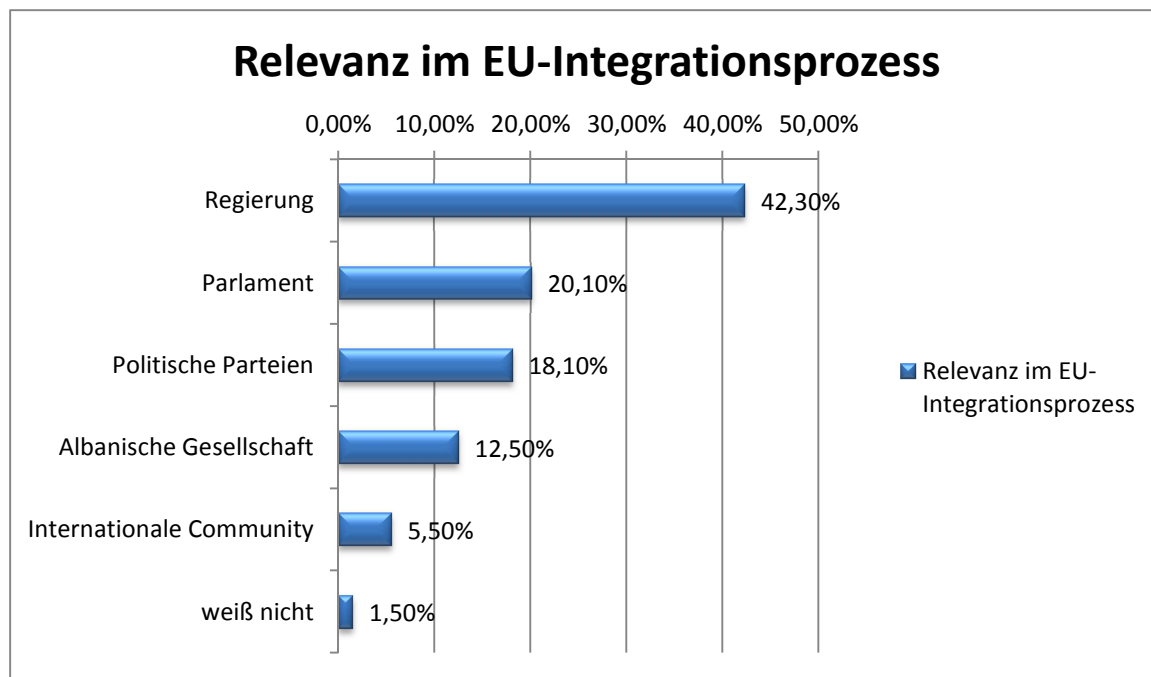


Abbildung 23: Welche Institutionen beeinflussen den EU-Integrationsprozess? (mod. nach AIIS, 2012)

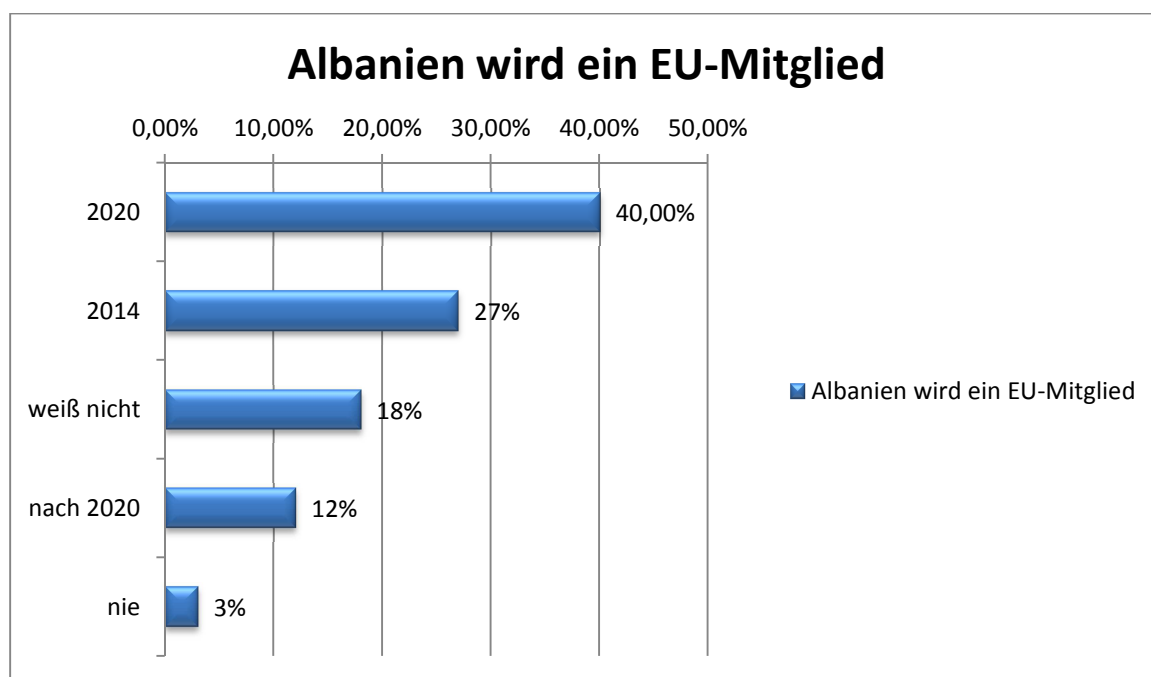


Abbildung 24: Meinungen über den Zeitpunkt des EU-Beitritts (mod. nach AIIS, 2012)

Bei der Frage nach dem Zeitpunkt des EU-Beitritts haben sich die Antworten in den letzten Jahren, weg von unrealistischen Angaben hin zu der Meinung Albanien würde frühestens 2020 beitreten, verändert (siehe Abbildung 24). 27 % der Bevölkerung vertreten nach wie vor die optimistische Ansicht, Albanien würde bereits nächstes Jahr beitreten können.

7.2 Die EU-ropäische Identität Albaniens

Neben die vielen zu erfüllenden formalen Kriterien stellt sich bei jedem Beitrittskandidaten auch die Frage nach der Legitimation hinsichtlich Geographie und Identität. Jene Frage, die derzeit besonders in der Türkeifrage die Gemüter hochgehen lässt und für heftige Diskussionen sorgt, lässt sich für Albanien leichter beantworten. Albanien hat definitiv tiefe geographische und kulturelle Wurzeln in Europa. Das kleine Land am Balkan ist vielleicht nicht west-europäisch, aber es ist ein fester Bestandteil dessen, was Europa heute ausmacht. Beispielsweise hat Europa eine Vergangenheit mit dem Osmanischen Reich. Der Balkan kann die Spuren dieses Teils europäischer Geschichte zweifelsohne am besten aufzeigen, wodurch der Balkan einen wesentlichen Anteil an unserer europäischen Prägung beiträgt (vgl. HERSCHT, 2006, S. 65). Das Osmanische Reich gehört zur Geschichte Europas wie die griechische Antike, die Völkerwanderungen aus Asien und die Vertreibung der Juden.⁶⁵ Laut HERSCHT (2006, S. 65) ist die Diskussion über die europäische Identität deshalb überflüssig. Vielmehr sollte die Frage im Mittelpunkt stehen, was das für das politische und wirtschaftliche Leben in Albanien bedeutet.

7.3 Förderliche und hinderliche Aspekte albanischen Selbstverständnisses in Hinblick auf die europäische Integration

HERSCHT (2006) fasst in ihrer Studie „Albanische Identitäten und ihre europäische Dimension“ förderliche und hinderliche Aspekte hinsichtlich der EU-Integration innerhalb der albanischen Gesellschaft zusammen. Unterschieden werden hier gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Aspekte, welche die gesamte Gesellschaft und eine generelle Auseinandersetzung damit erfordern und politische Aspekte, welche das Verhalten der politischen Akteure in erster Linie und das politische Verhalten der Bevölkerung in zweiter Linie betreffen.

7.3.1 (+) Einigkeit über die Zukunft und der Drang nach einem besseren Leben

Das Tempo und die Qualität des EU-Integrationsprozesses sind in Albanien stark von der politischen Elite abhängig. Obwohl diese zwar durch den Wahlkampf von der Bevölkerung bestimmt wird, weist HERSCHT (2006, S. 87) darauf hin, dass die „politische Elite nicht repräsentativ für das albanische Volk ist“. Was allerdings die Integration in die EU anbelangt, harmonisieren die Meinungen der politischen Eliten und der albanischen Bevölkerung. Das

⁶⁵ An dieser Stelle sei erwähnt, dass nicht alles in der Geschichte dieses Kontinents zu Fortschritt und Aufbau beigetragen hat.

Verlangen des albanischen Volkes nach einem besseren Leben und die Integration in die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der EU wirkt sich günstig auf die EU-Annäherung aus. Außerdem kann die Einigkeit der politischen Landschaft gegenüber dem Beitrittswille als positiv und förderlich bezeichnet werden.

7.3.2 (+) Erhöhte Kommunikation mit dem Ausland

Durch die signifikant hohe Auswanderung in der Vergangenheit können einerseits die Folgen der früheren Isolation leichter überwunden werden und andererseits wird so die überhöhte Erwartungshaltungen gegenüber dem Westen korrigiert beziehungsweise relativiert. Trotz der Emigration vieler junger Menschen und Intellektueller („Brain Drain“), weisen sich durch die rund 500.000 Wirtschaftsemigranten auch vorteilhafte Effekte auf. Wenn der Wohlstand und die wirtschaftlichen Umstände im Land besser werden, wird die Rückkehr vieler im Ausland ausgebildeter jungen Emigranten einen weiteren Aufschwung für das Land bedeuten. Neben den mitgebrachten Erfahrungen und Fertigkeiten, dienen die Emigranten gleichzeitig als Brücke zwischen Albanien und dem Westen. Für die Zukunft Albaniens wird dies eine besondere Relevanz haben, weshalb sich die albanische Regierung bemüht anstelle des „Brain Drains“⁶⁶ eine „Brain Circulation“⁶⁷ zu fördern.

7.3.3 (+) Verständnis für westliche Normen und Werte

Albaniens Bevölkerung hat trotz seiner langen Isolation bereits ein fest verankertes Verständnis für westliche Wertvorstellungen. So sind Normen wie Demokratie, Meinungsfreiheit und das Recht auf Privatbesitz in vielen albanischen Köpfen bereits eine Selbstverständlichkeit. Die ausgeprägte Anpassungsfähigkeit und Sprachbegabung der Albaner, das Fehlen von religiösem Fundamentalismus und die Sympathie gegenüber dem Westen sind ebenso förderlich und werden eine wechselseitige kulturelle Bereicherung ermöglichen und Konflikte zwischen den Kulturen nachhaltig unterbinden.

7.3.4 (+) Außenpolitik gegenüber Nachbarstaaten

Ein weiterer förderlicher Aspekt hinsichtlich der EU-Integration ist die aufgeschlossene, friedliche und konstruktive Attitüde der albanischen Regierung gegenüber den Nachbarstaaten. In einer von Konflikten verheerten Region wie jene des Westbalkans, kann Albanien durch seine Bemühungen um regionale Kooperationen und sein diplomatisches

⁶⁶ Abwanderung von Intelligenz einer Volkswirtschaft.

⁶⁷ „Wanderungsströme verlaufen nicht endgültig und einseitig in nur eine Richtung. In der globalisierten Welt bleiben Migranten nicht immer bis an ihr Lebensende im Zielland und brechen auch mit der Auswanderung ihre Verbindungen in die Heimat nicht abrupt ab“ (siehe <http://www.berlin-institut.org/index.php?id=603&type=98>. Online Zugriff am 20.01.2014).

Geschick (im Sinne eines Nichteinmischens in die inneren Angelegenheiten andere Länder), als Ruhepol eine wichtige Rolle einnehmen.

7.3.5 (-) Der „schwache Staat“

Ein erschwerender Faktor auf dem Weg in die EU ist die Ineffizienz der staatlichen Organe und Institutionen und die personellen und strukturellen Engpässe, welche schnelle und erfolgreiche Reformen erschweren und verzögern. Das Erfüllen des dritten Kopenhager Kriteriums, die Übernahme des Besitzstandes der Union und somit auch die Angleichung der Legislatur an EU-Recht und die Implementierung der Gesetze werden den albanischen Staat stark herausfordern.

7.3.6 (-) Individualismus und Starrsinn der politischen Akteure

Viele Politiker sind immer noch auf eigene Vorteile bedacht und agieren sehr rechthaberisch. Jene „Koste-es-was-es-wolle-Mentalität“ (HERSCHT, 2006, S. 89) bringt keine Nachhaltigkeit mit sich und macht eine konstruktive Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Fraktionen oft unmöglich. Eine geistige Neuausrichtung von einem politischen Gegeneinander zu einem Miteinander ist eine grundlegende Voraussetzung und erfordert ein fundamentales Umdenken. Es ist notwendig zu akzeptieren, dass die Demokratie das Vorhandensein eines Anderen bedingt. Beispielsweise wurden bei den letzten Regierungswechseln die Eliten und somit alle Menschen im staatlichen Apparat ausgetauscht, was sich sehr negativ auf die staatliche Effizienz auswirkte.

7.3.7 (-) Gebrochenes Verhältnis des Bürgers zum Gemeinwesen

Aufgrund der politischen Sünden der letzten 15 Jahre hat der albanische Staat seine Autorität und seine Glaubwürdigkeit gegenüber dem Bürger verloren. Der Staat erfährt keine ausgeprägte Legitimität in den Köpfen der Menschen, weshalb beispielsweise auch das Bestechen von Beamten und Steuerbetrug als keine „unpatriotischen Gesten“ (HERSCHT, 2006, S. 89) verstanden werden. Dies führt zu einer beschränkten Motivation des Bürgers, der sich immer wieder vom Staat im Stich gelassen fühlt und deshalb oft nicht willig ist, am politischen Leben zu partizipieren. Der Bürger legt das Schicksal des Landes in die Hände anderer, was laut HERSCHT (2006, S. 89) einem politischem Selbstmord gleichkommt. Auf die EU-Integration wirkt sich dies kontraproduktiv aus, da eine zukünftige EU-ropäische Identität, eine würdige albanischen Identität voraussetzt.

7.4 Welchen Nutzen zieht Albanien aus dem EU-Beitritt?

Für ärmere Länder wie Albanien bedeutete eine EU-Mitgliedschaft jahrzehntelang vor allem die Hoffnung auf ein rasches Aufholen und steigenden Wohlstand. Aus wirtschaftlicher Sicht ist der Aufholprozess mit dem EU-Beitritt jedoch längst kein Automatismus mehr. Die Konvergenz wird sich nicht mehr überall durchsetzen, wenn die neuen Länder es nicht schaffen, selbst eine höhere Exportfähigkeit zu erreichen. Ähnlich wie der EU-Neuling Kroatien, welcher wirtschaftlich fast ausschließlich auf den stark von Schwankungen gezeichneten Tourismussektor gesetzt hat, müsse auch Albanien den Exportsektor stärken, um mit dem Binnenmarkt mithalten zu können (vgl. LANDESMANN, 2013).

Unlängst wurde in einer serbischen Zeitung eine Karikatur (Abbildung 25) veröffentlicht, die einerseits die Aussichten der Westbalkanländer (wirtschaftliches Aufholen nach Beitritt) und andererseits den derzeitigen Stand der EU-Erweiterung und die Stimmung rund um diesen Prozess gut widerspiegelt.



Abbildung 25: Der EU-Beitritt in der Krise⁶⁸

DZIHIC (2012) fasst die Aussage dieser Karikatur zusammen:

„Eine Gruppe von Menschen aus dem Balkan sitzt in einem kleinen sinkenden Boot mitten auf dem Ozean. Auf dem Horizont taucht ein großes Dampfschiff auf, auf dem die Fahne der Europäischen Union weht. Nach genauerem Hinsehen

⁶⁸ <http://www.balkanstudies.org/articles/eu-titanic-sails>. Online Zugriff am 02.08.2013.

bemerken die Insassen des kleinen Boots den Namen des Dampfers – Titanic. Damit ist auch die zentrale Gefahr im derzeitigen Prozess der EU-Erweiterung auf den Punkt gebracht: Das europäische Boot treibt derzeit in wilden Gewässern. Gesunken ist es aber keinesfalls, Wege aus den wilden Gewässern gibt es viele, nur müssen auf dem Deck wichtige Entscheidungen getroffen werden. Die Insassen des Schiffs haben wahrlich andere Probleme, als sich vorrangig um die Erweiterung zu kümmern.“

Abgesehen von einem etwaigen wirtschaftlichen Nutzen sollte man den „Beitritt Albaniens in die EU aus dem Blickwinkel des Friedensprojektes sehen“, meint RAUNIG (2013). „Die Frage des Friedens muss in einer Region, in der der jüngste europäische Krieg stattgefunden hat, oberste Priorität bleiben.“ Bis jetzt hat sich jeder Beitrittskandidat Schritt für Schritt an die europäischen Standards herankämpfen müssen. „Geschadet hat ein Beitritt noch nie einem Land“, räumt RAUNIG (2013) optimistisch ein.

Trotz der fortlaufenden Krise würde Albanien, vor allem auch aufgrund der Aufwertung des Wirtschaftsstandortes, enorm von dem Beitritt profitieren. SCHLATTI (2013) beleuchtet die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Beitritts:

„Klarerweise geht es um IPA-Fonds (Instrument for Pre-Accession). Albanien wird in allen Bereichen von diesen Transferzahlungen enorm profitieren, vor allem aber in der Infrastruktur. Sobald Beitrittsverhandlungen gestartet werden, werden viele Policy-Bereiche gescreent, darunter vor allem die Rechtssicherheit (Rule of Law). Dies wiederum ist für ausländische Investoren zentral. Neue Niederlassungen ausländischer Firmen sind damit möglich, was wiederum die wirtschaftliche Entwicklung Albaniens befördert.“

Brüssels zentrales Förderinstrument bleibt die EU-Kohäsionspolitik in Form von Transferzahlungen für rückständige Regionen. Gerade für die Region des Westbalkans wird es künftig entscheidend sein, jene Kohäsionspolitik stärker zu differenzieren, um dramatisch regionale Unterentwicklungen zu verhindern (z.B. Albaniens Norden). LANDESMANN (2013) weist auf eine gezielte und sinnvolle Verwendung der Kohäsionsgelder hin, denn es genüge beispielsweise nicht, „eine Transportstruktur zu schaffen, die dann niemand verwendet.“ Was ein EU-Beitritt einem Land wie Albanien wirtschaftlich bringen wird, ist laut RAUNIG (2013) abhängig von dem Verhandlungsgeschick des jeweiligen Kandidatenlandes.

WITTBERGER (2013) sieht den EU-Beitritt noch zu sehr in weiter Ferne, weist jedoch darauf hin, dass sich dadurch viele neue Möglichkeiten für das Land ergeben würden:

„Es reicht, sich zu fragen, was der Kandidaten-Status und die Zeit danach bringen werden. Abgesehen von neuen Gesetzen, Verfahren, Regeln, Normen, Auflagen: höhere Leistungs-Anforderungen (Bildung, Medizin), stärkere internationale Konkurrenz (Produktion, Dienstleistungen), Notwendigkeit der Produktivitätssteigerung und Mehrwert-Generierung. Das wird hart werden, weil die Kapazitäten dazu vorerst noch fehlen. Andererseits wird es auch zu gesteigertem Zugang zu Know-how, Zusammenarbeit, Austausch kommen. Und es wird voraussichtlich mehr Möglichkeit geben, vor allem das Potenzial der jungen Generation nicht versanden und verpuffen lassen zu müssen.“

Erwähnenswert ist ebenfalls, dass sich die Gewichtung der Verhandlungskapitel in den letzten Jahren verändert hat. Die Beitrittskandidaten werden sich laut RAUNIG (2013) an Kroatien anlehnen müssen, welches sicherlich die strengsten Verhandlungen bis dato hatte. „Man hat aus der Vergangenheit gelernt, dass bei den Verhandlungen mit den rechtsstaatlichen Kriterien begonnen wird und dass die Verhandlungen auch mit ebendiesen beendet werden“ (RAUNIG, 2013).

7.5 Alternativen zu einer Vollmitgliedschaft?

Angeichts der derzeitigen „Erweiterungsmüdigkeit“ der EU und der Tatsache, dass EU-Experten immer wieder konstatieren, eine Vollmitgliedschaft wäre bei einigen Kandidaten nicht sinnvoll bzw. eine Aufnahme anhand der Kopenhagener Kriterien wäre nicht vertretbar, soll dieses Unterkapitel Alternativen zu einer Vollmitgliedschaft beleuchten.

Nach jeder Erweiterungsrunde wurden die Debatten heftiger und die Uneinigkeit und die Ängste in den einzelnen Mitgliedsstaaten wurden größer. Es drängt sich die Frage auf, bis zu welchem Grad die EU eine noch stärkere Ausdehnung verkraften kann. Außerdem muss sich die Union im Klaren sein, wie sie in Zukunft die Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten ausrichten will und welche Kooperationen für diese Vorgehensweise notwendig sein werden. Der europapolitische Alltag ist seit jeher von der Debatte zwischen dem Lager der Föderalisten (Vertiefung) und der Intergouvernementalisten (Erweiterung) geprägt. So gibt es Befürworter eines Erweiterungsstopps und Befürworter fortwährender Erweiterungsrunden, die einen Beitritt als Instrument und somit Motor der Integration sehen. Die Geschichte zeigt

uns jedoch, dass eine Aufnahme neuer Mitglieder fast immer mit einer Vertiefung der Strukturen einherging (vgl. BIRK, 2011, S. 44f).

Der Kalender und die Rahmenbedingungen für Neuaufnahmen nach Kroatien (2013) sind, aufgrund der Erweiterungsmüdigkeit in den Schlüsselstaaten einerseits und der derzeitigen mangelnden Beitrittsreife der potenziellen Kandidaten andererseits, ungewiss. LIPPERT (2011, S. 6) fordert daher „die Implikation einer längeren Beitrittspause für die EU als internationalen Akteur auszuloten“ bzw. „Vorschläge für die außenpolitische Flankierung einer Beitrittspause“.

Mit der 2004 ins Leben gerufenen Nachbarschaftspolitik (ENP) versucht die EU, sich neue Handlungsmöglichkeiten für den Umgang mit europäischen Nachbarstaaten zu eröffnen (siehe Abbildung 26). Die Hauptziele der ENP (auch „Erweiterung light“ genannt) sind, die Entstehung neuer Trennlinien innerhalb Europas zu vermeiden (v.a. seit der Osterweiterung 2004) und die Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu gestalten.

„Ziel der neuen Nachbarschaftspolitik ist es daher, einen Rahmen für die Entwicklung neuer Beziehungen abzugeben, der eine Aussicht auf Mitgliedschaft oder eine Rolle in den Organen der Union mittelfristig nicht einschließt. Die durch Nähe und Nachbarschaft aufgeworfenen praktischen Fragen sind getrennt von der Frage der Aussicht auf einen EU-Beitritt zu beantworten“ (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2003).

Die ENP versteht sich somit explizit als Alternativangebot zur Erweiterung (SCHWARZ, 2010, S. 55). Die EU konzentriert sich hierbei auf das Feld der Außen- und Sicherheitspolitik, die Kooperation bei internationalen Angelegenheiten und die Annäherung der Nachbarn an den außenpolitischen Acquis der EU. Die ENP ist jedoch ausdrücklich auf Länder ausgerichtet, die in absehbarer Zukunft keine Beitrittsperspektive zur EU haben, wodurch die (potenziellen) Beitrittskandidaten des Westbalkans von der ENP ausgeschlossen sind (vgl. LIPPERT, 2011 und BIRK, 2011).

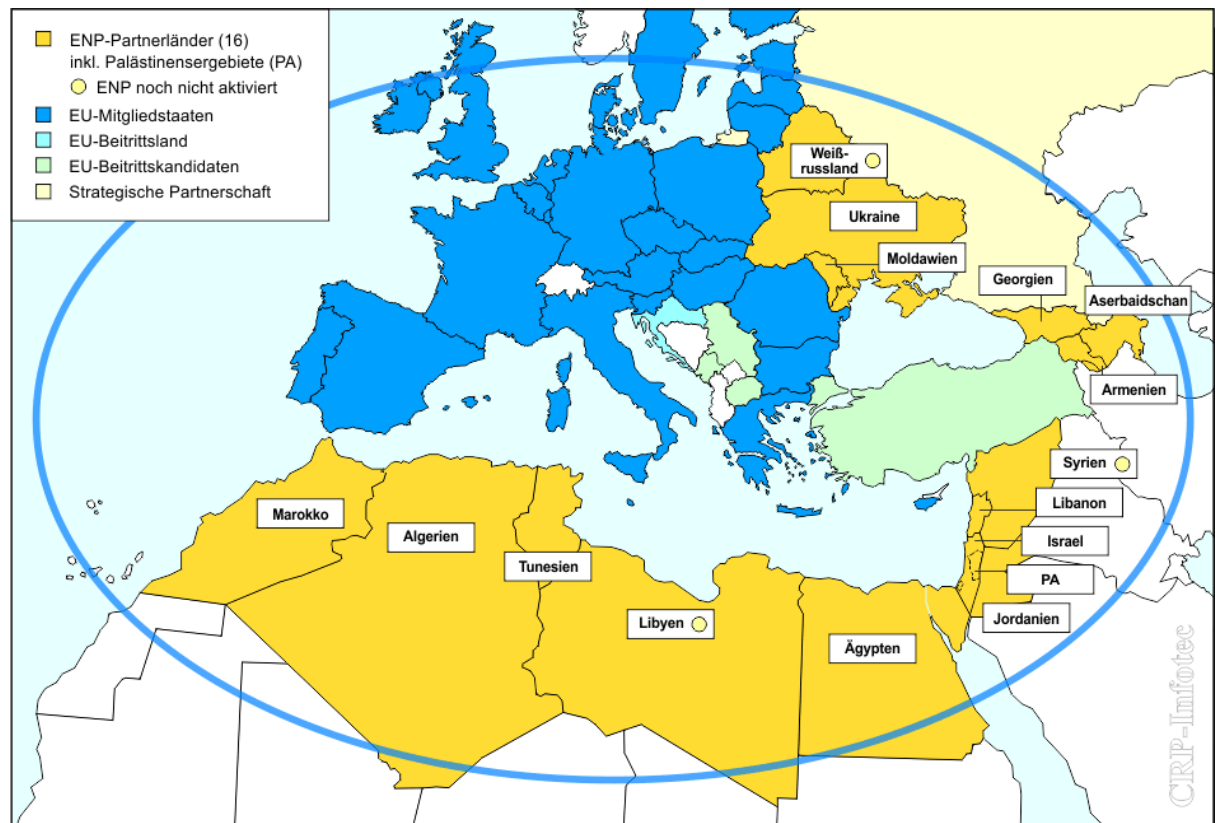


Abbildung 26: Europäische Nachbarschaftspolitik Stand 2012⁶⁹

LIPPERT (2011, S. 30) sieht den Kandidatenkreis am Westbalkan als „Restprogramm“ der Erweiterung und empfiehlt einerseits die derzeitige Liste der potenziellen Beitrittskandidaten nicht zu verlängern und andererseits auch in Bezug auf die aktuellen Kandidaten nicht auf die Erweiterungspolitik als ausschließlichen Rahmen und „Allheilmittel“ in den bilateralen Beziehungen zu setzen. Demnach müssten neben der oft unzureichenden ENP rasch zusätzliche Formate für Dialog und Kooperation geschaffen werden.

Allerdings zeigen die aktuellen Entwicklungen, dass die Außenbeziehungen der EU sowie die innere Integration bereits heute sehr diffizil sind: Für einige Vollmitglieder gelte eine Ausnahme- oder Übergangsregelung, andererseits partizipieren Nicht-EU-Mitglieder an Gemeinschaftsprogrammen (z.B. an Strukturfonds oder dem Erasmus-Programm) und sind in EU-Strukturen wie den Schengener Raum integriert.

⁶⁹ http://www.crp-infotec.de/02euro/nachbarschaft/grafs/enp_partner.gif. Online Zugriff am 17.08.2013.

BIRK (2011, S. 53ff) fasst dennoch derzeit kursierenden alternative Integrationsmodelle zusammen. Bezogen auf die Integration in den EU-Binnenmarkt ergeben sich folgende Alternativen:

7.5.1 Erweiterte Assoziierte Mitgliedschaft (EAM)

Die EAM ist eine erweiterte Wirtschaftsintegration mit Ansätzen der politischen Integration. Das Modell wurde vor allem für eine dauerhafte und klar definierte Perspektive für die Türkei und andere Aspiranten entwickelt. Jene Mitglieder wären Mitglieder des EU-Binnenmarktes, jedoch exklusive des Kriteriums der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Es bestünde die Möglichkeit zu beschränkter politischer Partizipation (etwa im Zuge von Stellungnahmen in erweiterten Ratssitzungen) und die Möglichkeit, an verschiedenen Programmen der EU teilzunehmen. Ein großer Nachteil der EAM ist, dass eine Vollmitgliedschaft von vornherein ausgeschlossen wird, weshalb jene Staaten kaum einen Anlass sehen werden, weitere innere Reformen, z.B. hinsichtlich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, herbeizuführen.

7.5.2 Modell des Europäischen Wirtschaftsraumes Plus (EWR Plus)

Jenes Modell ist modifiziert an die norwegische Variante mit der EU zusammenzuarbeiten und setzt auf eine ausgedehnte Kooperation im wirtschaftlichen Bereich, wobei eine hohe Quote an Binnenmarktvorschriften auf möglichst viele Felder ausgedehnt werden soll. Eine Teilnahme an den Gemeinschaftsprogrammen und ein Konsultationsrecht im Rat kennzeichnen ebenfalls dieses Modell. Kritisiert wird u.a., dass es für Staaten mit geringerem ökonomischen Entwicklungsstand nicht realisierbar sein wird.

7.5.3 Privilegierte Partnerschaft

Inhaltlich handelt es sich hierbei ausschließlich um eine wirtschaftliche Integration, bei der politische Teilhabe und Mitentscheidungsrechte in der EU weitgehend unberücksichtigt bleiben. Im Zuge einer solchen Partnerschaft soll die jetzige Zollunion zu einer umfassenden Freihandelszone ausgebaut werden, bei der sich Handelserleichterungen nur auf bestimmte Produkte und Dienstleistungen beziehen. Des Weiteren werden die Notwendigkeit der finanziellen Aufstockung von Hilfsprogrammen und die Erweiterung der Teilnahme an EU-Programmen angesprochen. Eine Vollmitgliedschaft wird jedoch eindeutig ausgeschlossen.

Neben den wirtschaftlichen Kooperationen, die am unkompliziertesten und erfolgreichsten sind, gibt es qualifizierte Formen der differenzierten Integration, die insbesondere auch politische Mitwirkungsmöglichkeiten vorsehen:

7.5.4 Differenzierte Kooperation

Ein gemeinsames Charakteristikum jener Modelle ist immer, dass eine Avantgarde-Gruppe gebildet wird, welche auf Grundlage von vertraglich etablierten Verfahren wie der „Verstärkten Zusammenarbeit“ arbeitet. Außerhalb des Rahmens der EU kann eine intergouvernementale Kooperation stattfinden, indem eine Gruppe von Mitgliedstaaten die Zusammenarbeit in einem Politikfeld forciert, ohne die Organe und Strukturen der Union zu nutzen. Bereits bei vergangenen Erweiterungsrounds war differenzierte Integration in der EU ein Mittel, um Blockaden zu überwinden und den EU-Integrationsprozess zu fördern. So wurden beispielsweise Beitrittskandidaten durch Opting-Outs Erleichterungen eingeräumt oder euroskeptischen Mitgliedsstaaten durch Kompromisslösungen besänftigt. Länder der europäischen Nachbarschaft hätten es so leichter, dem übrigen Kreis der EU beizutreten und so nur in den Bereichen in denen sie dazu im Stande sind, teilzunehmen.

Insbesondere die (erweiterte) Nachbarschaftspolitik wird von vielen Staaten in den Überlegungen zu differenzierter Kooperation als passende Ausgestaltung und zukunftsfähiges Modell gesehen. Die EU als Institution hat sich jedoch noch nicht eindeutig für eine differenzierte Integration ausgesprochen.

Kritiker befürchten durch dieses Modell eine Spaltung der Union, mangelnde demokratische Legitimität, eine Schwächung der EU-Organe, eine zu komplexe Struktur und einen Widerspruch hinsichtlich des Homogenitätsprinzips der Union (d.h. zeitgleich einen gemeinsamen Weg mit einem gemeinsamen Ziel zu gehen). Am Opting-Out-Prinzip wird kritisiert, dass es bei zu häufiger Anwendung zu einem „Pick and Choose–Verhalten“ führen könnte, bei dem jeder Mitgliedstaat nur an den Politikbereichen teilnimmt, die ihm gefallen und nützlich sind.

7.5.5 Abgestufte Integration

Das Modell der abgestuften Integration schließt die politische Komponente mit ein und sieht eine schrittweise Heranführung an die Strukturen der EU mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft vor. Dabei muss ein bestimmter Level erfolgreich implementiert worden sein, um die nächste Stufe der Integration zu beginnen. Die drei angedachten Stufen dieses Modells könnten wie folgt aussehen: 1. weitere Demokratisierung, Vertiefung der Zollunion, intensive Zusammenarbeit in den Bereiche Jugend, Kultur und Wissenschaft/Forschung; 2. Elemente des gemeinsamen Marktes, Abbau von Handelshemmnissen, weniger Beschränkungen für ausländische Direktinvestitionen; 3. enge Kooperation im Bereich Inneres, Justiz sowie die Einführung der Währungsunion.

Im Unterschied zu anderen Modellen der alternativen Integration besteht hier die Möglichkeit, politischen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse der EU zu nehmen. Für die EU ergäbe sich mit diesem Modell ein Zeitgewinn für eine Konsolidierungsphase, in welcher die notwendigen Reformen für eine größere Union durchgeführt werden könnten. Dies hätte zudem den positiven Nebeneffekt, dass sich einerseits die Beitrittsdebatte entspannen würde und andererseits würde das Argument der Überdehnung durch eine stufenweise Integration abgeschwächt werden, da die EU den entsprechenden Grad an Integration mitentscheiden könnte.

Trotz vieler Vorteile würde die abgestufte Integration auf jeden Fall eine zunehmende Verkomplizierung der EU-Strukturen und der Entscheidungsprozesse mit sich bringen. Ebenso könnten sich teilintegrierte Staaten auf Dauer unterprivilegiert fühlen, was zu Spannungen zwischen alten und neuen Mitgliedern führen würde.

7.5.6 Junior Partnerschaft

Ähnlich wie das stufenweise Integrationsmodell wurde jenes Modell von ALTMANN (2005, zit. nach BIRK, 2011, S. 61) vor allem für die Region des westlichen Balkans entwickelt. Intensiver als beim SAP möchte ALTMANN (2005, zit. nach BIRK, 2011, S. 61) die Region so langfristig stabilisieren und gleichzeitig stärker an die Strukturen der EU heranzuführen. Im Unterschied zu einer Vollmitgliedschaft bestünde hier der Vorteil, dass die Union ihre eigene Entwicklung mitberücksichtigen würde und sich dadurch wirtschaftlich und politisch nachhaltig auf neue Mitglieder vorbereiten könnte. Gleichzeitig würde für die betreffenden Beitrittsaspiranten das Gefühl der Zugehörigkeit zur „Integrationsgemeinschaft EU“ mit der Bezeichnung Junior Partnerschaft laut ALTMANN (2005, zit. nach BIRK, 2011, S. 61) „von den Politikern, der Bevölkerung und von Investoren früher gespürt“ werden.

Die EU wird wohl für zukünftige Erweiterungen wagen müssen, auch differenzierte Wege zu gehen, um den Spagat zwischen eigenen Interessen und Beitrittswünschen der Nachbarschaft zu meistern. Für Albanien bzw. die Region des Westbalkans werden solche Alternativen mit jetzigem Stand nicht realisiert werden, eventuell jedoch für Länder der jetzigen Europäischen Nachbarschaftspolitik. RAUNIG (2013) dementiert ebenfalls, dass es mit dem Thessaloniki-Prozess eine klare Vorgabe für die Region gibt: die EU-Integration und keine etwaige andere Form der Verbindung. „Ich denke nicht, dass Albanien in dieser Hinsicht einen Handlungsspielraum oder Entscheidungsfreiheit hat.“

Auch WITTBERGER (2013) sieht derzeit keine Alternativen für eine Vollmitgliedschaft Albaniens:

„Langfristig strebt Albanien die Vollmitgliedschaft an, aber das derzeit realistische Ziel ist der Kandidatenstatus. Was danach kommt, sind Hausaufgaben, und dann graduell die Frage, welche Modalitäten die EU anbietet, und wo/wie sich Albanien einfügen kann.“

Albaniens Potenziale sind das nach wie vor niedrige Durchschnittsalter der Bevölkerung, hohe Flexibilität und Improvisationstalent. Ebenso das relativ geringe Lohnniveau, der Energiesektor, seltene Erden, die Landwirtschaft und die Fischerei (vgl. WITTBERGER, 2013).

Bereiche wie Infrastruktur-, Bau- und Bauzulieferungs- sowie der Energiemarkt zählen aus wirtschaftlicher Sicht zu Albaniens Top Prioritäten. So wurde 2010 die Autobahn in den Kosovo ausgebaut. Im Bau- und Bauzulieferungsmarkt ist auf den beachtlichen Bauboom hinzuweisen, der durch die Wirtschaftskrise derzeit jedoch einen merkbaren Einbruch erlebt. Immer interessanter wird für Albanien auch der Umweltbereich, in dem großer Nachholbedarf besteht – besonders im Bereich der Abfallverwertung und Abwasserentsorgung steht Albanien erst ganz am Anfang. Mit internationaler Finanzierung sollen jedoch in den nächsten Jahren eine Reihe von Projekten verwirklicht werden (vgl. WKO, 2013).

Eine langfristige Perspektive bietet aufgrund der heterogenen Landschaften und der langen Küstenregionen auch der Tourismus, der noch sehr unterentwickelt ist und in Zukunft als Entwicklungsmotor agieren kann. Albanien ist hinsichtlich der Flora und Fauna eines der artenreichsten Länder Europas und verfügt über optimale Voraussetzungen für einen ökologisch verträglichen Tourismus. Während die Küste nach und nach touristisch erschlossen wird, blieb das stark von Armut geprägte Hinterland bis dato weitgehend unberührt. Aktuell hilft ein von der ADA mitfinanziertes Projekt dabei, diese Region für Radfahrer und Wanderer attraktiver zu machen (vgl. AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY, 2012).

RAUNIG (2013) sieht ebenfalls ein großes Potenzial im Tourismus - sowohl Badetourismus und Bergtourismus, als auch Kulturtourismus (z.B.: Ausgrabungen). „Bereits jetzt nutzen viele Urlauber aus dem ehemaligen Jugoslawien die schönen Küsten Albaniens. Im Bergtourismus sind derzeit vor allem Tschechen, Polen, Deutsche und Österreicher Hauptinteressenten“. Um im Tourismus erfolgreich zu sein, muss Albanien allerdings seinen Umgang mit der Umwelt (Verschmutzungen etc.) deutlich verbessern. Neben den

Umweltauflagen sieht WITTBERGER (2013) noch ein historisch gewachsenes soziologisches Problem, welches den Ausbau des Tourismussektors erschweren könnte:

„In den Bereichen Tourismus, Infrastruktur und Standards sowie im Verständnis für Kulturelles Erbe und Umwelt, ist noch sehr viel nachzuholen. Es bleibt zu hoffen, dass Entwicklungskonzepte nicht den Fehler der Quantitätsmaximierung machen, denn diese Tragfähigkeit hat Albanien nicht und seine Stärken liegen auch ganz woanders. Das Problem ist auch, dass ein Volk, dem der Sinn für das Schöne maximalst ausgetrieben wurde, sich schwer dabei tut, seine eigenen Kunst- Kultur- und sonstigen Schönheiten und Werte wahrzunehmen und so aufbereiten kann, dass sie für den Tourismus „verwertbar“ werden.“

Das größte Potenzial sieht RAUNIG (2013) in sauberer Energie. Derzeit sind erst ca. 35 % des wasserenergetischen Potenzials genutzt. Gemeinsam mit Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro könnte Albanien ein starker „Sauberer Energieproduzent“ in Europa werden. Das Wasserkraftwerk Ashta gilt als Vorbild in der gesamten Region. SCHLATTTL (2013) von der WKO verrät, dass noch weitere Projekte mit österreichischer Beteiligung geplant sind, wollte jedoch noch keine Namen nennen, bevor die fixe Zusage der Unternehmen eingelangt ist. Als weiteres Potenzial nennt RAUNIG (2013) den Ausbau Albaniens als Durchzugsland. Dazu müsste z.B. der Hafen Durres weiter ausgebaut werden. Außerdem könnte man mit dem Ausbau der albanischen Eisenbahn und der Fortführung der Strecke nach der albanischen Grenze Richtung Mazedonien die Region mit Osteuropa auf direktem Wege verbinden.

8. Der Westbalkan: Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik–österreichisch-albanische Beziehungen

„Österreich bleibt Albaniens verlässlicher Partner auf dem Weg in die EU“, so der österreichische Außenminister und Vizekanzler Michael Spindelegger⁷⁰ bei der Eröffnung der Skanderbeg-Ausstellung in Wien zur 100 Jahr-Feier Albaniens. Weiter betonte Spindelegger: „Albaniens Zukunft liegt klar in der Europäischen Union. Wir werden Albanien auf seinem EU-Weg weiter unterstützen, können allerdings nur Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Die

⁷⁰ Presseaussendung des Außenministeriums am 22.11.2013:
<http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/presenews/presseaussendungen/2012/spindelegger-oesterreich-bleibt-albaniens-verlaesslicher-partner-auf-dem-weg-in-die-eu.html>. Online Zugriff am 02.09.2013.

unerlässlichen Reformen, etwa der Verwaltung und des Justizsystems, muss Albanien selber vornehmen.“⁷¹

Der österreichische Botschafter in Tirana, Florian RAUNIG (2013), betonte in einem Gespräch ebenfalls die sehr guten österreichisch-albanischen Beziehungen: „Es gab immer schon eine große albanische Diaspora in Wien (auch in Graz), die hier studiert haben. In den 20er und 30er Jahren haben einige Österreicher nach Albanien geheiratet.“

Neben den in den letzten Jahren intensivierten wirtschaftlichen Beziehungen, unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit das Land bereits seit 20 Jahren vor allem beim Aufbau moderner Ausbildungsstrukturen an berufsbildenden Schulen sowie bei der Errichtung lebenswichtiger Infrastrukturen zur Wasser- und Energieversorgung (vgl. AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY, 2012).

Eine starke Stimme könnte Österreich auch bei der notwendigen Abgrenzung zwischen Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der Union sein, wobei seine besonderen Erfahrungen im Umgang mit den Völkern Südosteuropas der Union zugutekommen könnten. So sollte Österreich laut JANKOWITSCH (2010, S. 386) „den Prozess der Entscheidung beeinflussen und beschleunigen, für welches dieser Völker eine europäische Perspektive Wirklichkeit werden sollte“.

Auch Sicherheitspolitisch bleibt der Westbalkan wegen seiner geographischen Nähe und wirtschaftlichen Verflochtenheit der vorrangige Interessensraum. So ist die Beteiligung des österreichischen Bundesheeres an den militärischen Friedensmissionen (Bosnien und Herzegowina, Kosovo) ein wichtiger Beitrag zur EU-Politik in der Region (vgl. PUCHER & FRANK, 2010, S. 415).

RAUNIG (2013) nennt drei zentrale Gründe, warum Österreich den EU-Beitritt Albanien unterstützt:

- Europa ist nicht komplett, ohne die Region Südosteuropa integriert zu haben.
- Unsere Verbindungen zur Region traditionellerweise und wirtschaftlich.
- Es ist unsere Nachbarschaft. EU-Integration bedeutet Stabilität, Demokratisierung und die Heranführung an EU-Standards, wodurch Albanien ein noch besserer politischer wie wirtschaftlicher Partner werden wird.

8.1 Die Wirtschaftsbeziehungen Österreich-Albanien

Die österreichische Präsenz in Albanien war bis Anfang 2004, verglichen mit den anderen nördlicheren Westbalkanstaaten, äußerst gering. Laut SCHLATTTL (2013)⁷² von der WKO

⁷¹ Ebd. Online Zugriff am 16.08.2013.

sind die Hauptgründe dafür der große Nachholbedarf bei der Rechtssicherheit, das Erbe der jahrzehntelangen Abschottung des Landes nach außen bis Anfang der 1990er Jahre und die geringe Liquidität im öffentlichen wie im privatwirtschaftlichen Sektor. Österreichs wirtschaftliche Aktivitäten in Albanien häuften sich aber mit der Übernahme der größten albanischen Bank, der bis dahin staatlichen Savings Bank, durch die Raiffeisen Zentralbank Österreich im Wege der Raiffeisen International Holding GmbH im April 2004. In den letzten Jahren kamen der Verbund als Großinvestor im Energiebereich und DCM im Bereich des Chromabbaus und der Ferrochromverarbeitung als wichtige Investoren dazu. Im September 2012 wurde das Wasserkraftwerk Ashta mit einem Investitionsvolumen von ca. 200 Mio. Euro in Betrieb genommen (vgl. WKO, 2013).

Die Abbildung 27 zeigt, dass die ausländischen Direktinvestitionen (aller Länder) in Albanien seit 2005 stetige Zuwächse verzeichnen konnten, erst seit 2010 wurden keine weiteren Steigerungen datiert. Ein Hintergrund dafür ist sicherlich die Finanz- und Wirtschaftskrise, die nun mit Verzögerung auch in Albanien angekommen ist.

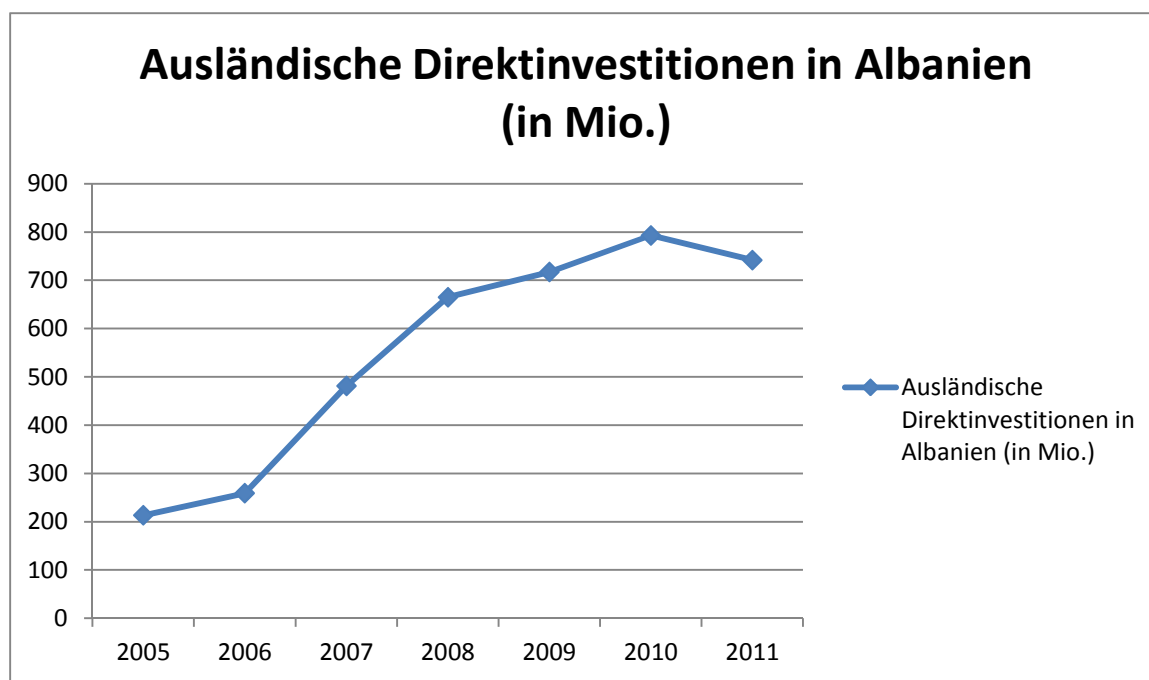


Abbildung 27: Ausländische Direktinvestition in Albanien (Angaben in Mio.)⁷³

Österreich ist in den letzten Jahren ein bedeutender Investor geworden und liegt hinter Griechenland und Italien bei den ausländischen Direktinvestitionen an dritter Stelle. In Albanien ist man daran interessiert, sich von der Dominanz der Handelspartner Italien und

⁷² Stellungnahme per E-Mail am 29.07.2013.

⁷³ http://www.dortmund.ihk24.de/linkableblob/2173606/.5/data/LAeNDERSPIEGEL_Die_Wirtschaft_Serbi_Albaniens-data.pdf;jsessionid=971A2D6B6127F4243454BF306558E837.repl2. Online Zugriff am 17.09.2013.

Griechenland etwas zu lösen, wofür Österreich ein Wunschpartner ist (vgl. WKO, 2013). Leider hat Albanien innerhalb der Österreichischen Bevölkerung, verglichen mit anderen Beitrittskandidaten, nach wie vor ein sehr schlechtes Image, was eine Studie der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik zeigt (Abbildung 28). Laut RAUNIG (2013), hat Albanien jedoch ein schlechteres Image bzw. eine schlechtere Reputation als es tatsächlich ist. Das schlechte Image resultiert aus der Tatsache, dass man noch sehr wenig über Albanien Bescheid weiß und der Balkan oft mit Ex-Jugoslawien gleichgesetzt wird. Aufgrund der langen Isolation des Landes muss außerdem erwähnt werden, dass 20 Jahre keine lange Zeit sind, um ein Land kennen zu lernen. Hinzu kommt, dass unsere Medien nur negative Schlagzeilen über Albanien bringen, wie beispielsweise das „harsche innenpolitische Klima“. Leider bleiben so die vielen positiven Seiten Albaniens meistens unbemerkt. Beispielsweise gibt es in Albanien keine ethischen oder religiösen Konflikte, die Menschen heiraten zwischen den Religionen, seit der Öffnung Albaniens hat es nie eine Inflation gegeben und das Land gilt als sehr ausländerfreundlich. Außerdem spielt Albanien eine sehr operative und kreative Rolle in der Region. Mit der moderaten und stabilisierenden Außenpolitik Albaniens ist das Land auch ein Stabilitätsfaktor für die gesamte Region, da es einen moderaten Einfluss auf die vielen Albaner in den Nachbarsstaaten bzw. auf die kosovarische Regierung hat (vgl. RAUNIG, 2013).

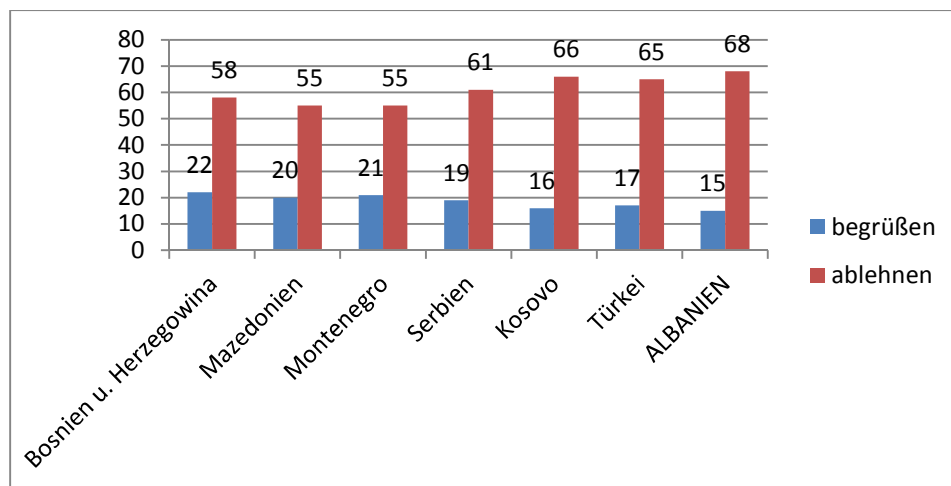


Abbildung 28: Würden Sie einen EU-Beitritt von ... begrüßen (Stand Oktober 2012 in %, der Rest auf 100 keine Angabe)⁷⁴

⁷⁴ http://www.oegfe.at/cms/uploads/media/Grafiken_OEGfE-Umfrage_Erweiterung.pdf. Online Zugriff am 02.09.2013.

Die WKO kennt durch Rücksprachen mit Unternehmen vor Ort die unternehmerische Sichtweise. SCHLATTL (2013) fasst die aktuelle Situation der österreichischen Firmen mit Sitz in Albanien zusammen:

„Die Refundierung von Mehrwertsteuer (Vorsteuer) ist ein großes Problem, da der öffentliche Bereich über zu wenig Liquidität verfügt. Unternehmen, die über Lizenzen und Konzessionen verfügen, hoffen auf das friktionsfreie Weiterlaufen der Verträge mit der neuen Regierung. Bei unserer Wirtschaftsbarometer-Umfrage, die wir gerade unter öst. Firmen durchführen, werden als Top-Prioritäten genannt: Rechtssicherheit, Investitionsschutz, Kampf gegen Korruption sowie transparente und einfache Steuergesetze.“

Die österreichischen Exporte nach Albanien sind bis 2011 stetig gestiegen. Der Rückgang ab 2011, resultierte aus denselben Gründen wie bei den ausländischen Direktinvestitionen (Finanz- und Wirtschaftskrise, geringe Liquidität). Die wichtigsten Warengruppen waren Getränke (1,9 Mio.), Maschinen (v.a. Wasserturbinen; 4,9 Mio.), elektrische Maschinen (Schalttafeln, Pulte, Transformatoren; 1 Mio.) und pharmazeutische Erzeugnisse (v.a. Blutkonserven; 0,5 Mio.).

Die albanischen Exporte nach Österreich stiegen bis 2009 an und fielen seitdem stetig auf 26,7 Mio. im Jahr 2012. Der drastische Rückgang ist vor allem auf die Warengruppe TV-Geräte (-100 %, 3 Mio.) zurückzuführen, die nach Albanien aus Drittländern importiert und wieder re-exportiert wurden. 2012 waren Ferrochrom (1 Mio.) und Schuhe (0,6 Mio.) die wichtigsten Importgüter (vgl. WKO, 2013). Die Hauptexportprodukte sind Textilien sowie Metallerzeugnisse und Nahrungsmittel, allerdings lässt die Produktivität jener Branchen nach wie vor zu wünschen übrig. Deshalb hilft eine von der ADA in Kooperation mit der Österreichischen Entwicklungsbank geförderte Wirtschaftspartnerschaft bei der Verbesserung des Qualifikationsniveaus von Näh-, Fach- und Führungskräften. Außerdem werden mit der Anschaffung von Maschinen und Schulungsräumen die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen (vgl. ADA, 2013).

Heute wird ein gutes Drittel des Bankensektors von der Raiffeisenbank abgedeckt, 70 % des Versicherungssektors ist von Vienna Insurance Group und Uniqua abgedeckt. Außerdem hat der Verbund in Zusammenarbeit mit EVN das erste moderne Kraftwerk gebaut (220 Mio.) – hier wird erstmals die „Matrix-Technologie“, angewendet. Als neueste Investitionen kamen 2013 die Österreichischen Lotterien hinzu. Potenzial besteht laut RAUNIG (2013) noch im

Handel, welcher derzeit mit rund 23 Mio. Importen in Österreich und 50 Mio. Exporten nach Albanien vergleichsweise niedrig ist.

SCHLATTL (2013) teilt die Meinung, dass der österreichisch-albanische Handel noch Luft nach oben hat:

„Man muss dazu jedoch sagen, dass der kompetitive Vorteil Österreichs vor allem im Maschinen- und Anlagenbau liegt; ein Bereich der sehr kostenintensiv ist. Oftmals fehlt die Liquidität, um solche Anlagen aus Österreich zu kaufen. Ein weiterer Grund ist die schwach entwickelte Industrie in Albanien. Gebrauchte Maschinen sind daher oftmals beliebter. Stark ist derzeit der Export von Lebensmitteln und Säften nach Albanien. Potential im Handel gibt es unserer Einschätzung (Anm.: WKO) nach im Agrarbereich, im Medizinbereich, in Land- und Forstwirtschaft, bei Lieferungen für Wasserkraftwerke (small scale Hydro Power), im Bergbau und Tourismus.

8.2 Entwicklungszusammenarbeit Österreich-Albanien

Im Prozess der Heranführung an die EU, arbeitet Albanien im Rahmen von Twinning-Projekten eng mit Experten aus den Mitgliedsländern zusammen. Vor allem in den Bereichen Umwelt, Justiz und Inneres, Finanzen, Landwirtschaft, regionale Entwicklung, Arbeit und Soziales sowie Gesundheit und Verkehr wird zusammen an konkreten Projekten gearbeitet, welche alle die Umsetzung des von der EU vorgeschriebenen gemeinschaftlichen Besitzstandes erleichtern sollen. Zwischen 1995 und 2011 betrugen die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs an Albanien rund 85 Mio. Euro. Zudem finanzierte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit im selben Zeitraum Programme und Projekte in einem Gesamtausmaß von rund 35 Mio. Euro (vgl. AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY, 2012).

Die folgende Abbildung (Abbildung 29) zeigt einen Überblick über die ODA-Leistungen an Albanien zwischen 2009 und 2011.

Österreichische ODA an Albanien 2009–2011

		Netto-Auszahlungen in Euro		
Geber	Komponente	2009	2010	2011
ODA aus Kernbudget:				
OEZA/ADA	Projekte und Programme*	1.630.580	2.267.951	616.920
OEZA/BMeiA	Beiträge an Projekte multilateraler Organisationen**	200.000	200.000	176.000
ODA aus anderen Finanzquellen:				
andere Ministerien				
BMF	Gesamte Leistungen	761.417	306.031	1.350.238
	davon Zuschüsse zu Exportkreditfinanzierungen	733.000	306.031	1.350.238
	davon Leistungen der OeEB	28.417	–	–
BMWF	Leistungen der Technischen Hilfe	1.112.575	1.209.985	1.284.863
	davon Indirekte Studienplatzkosten	1.054.309	1.166.311	1.256.739
BMUKK	Projekthilfe/Technische Hilfe	1.516.106	1.665.164	1.920.915
	davon Leistungen über Kulturkontakt	89.957	109.806	51.773
BMI	Humanitäre Hilfsleistungen	17.728	92.188	59.562
BMLVS	Humanitäre Hilfe & Projekthilfe	18.450	–	–
Länder, Gemeinden & Kammern	Projekt-Unterstützungen und humanitäre Hilfsleistungen	625.033	296.137	409.842
ODA gesamt:		5.881.888	6.037.457	5.818.339

* Projektlisten stellt die ADA auf Anfrage gerne zur Verfügung.

** finanziert aus dem Budget für multilaterale Zusammenarbeit

Abbildung 29: ODA-Leistungen an Albanien 2009–2011⁷⁵

8.2.1 Projektbeispiele mit österreichischer Beteiligung⁷⁶

Wasserversorgung

Der durchschnittliche Wasserverbrauch in Albanien ist mit mehr als 300 Litern pro Person rein rechnerisch doppelt so hoch wie in Österreich. Diese enorme Menge ist u. a. das Ergebnis von lecken Leitungsnetzen, illegaler Wasserentnahme für die Bewässerung von landwirtschaftlichen Flächen oder Verschwendung aufgrund fehlender Wasserzähler (nur rund ein Viertel des eingespeisten Wassers wird tatsächlich bezahlt). In den letzten 15 Jahren konnte die ADA diesem Problem, durch die Investitionen von rund 7,5 Mio. Euro, erfolgreich entgegenwirken, wodurch sich die Situation vor allem in der Stadt Shkodra massiv verbesserte. Mittlerweile konnte bewerkstelligt werden, dass bis zu 120.000 EinwohnerInnen rund um die Uhr mit sauberem Wasser versorgt werden. Zu den Investitionen zählen u. a. die Sanierung der Kanäle, die Beschaffung neuer Rohre, die Installation von Wasserzählern, die

⁷⁵ ODA Bericht 2011, Online Zugriff am 20.01.2014 unter http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2011_02.pdf.

⁷⁶ AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2013)

Schulung des Personals der Wasserbehörde sowie eine mit Unterstützung der lokalen Medien durchgeführte Aufklärungskampagne über den sparsamen Umgang mit Wasser.

Nordalbanien – eine Region entwickelt sich

Besonders in Nordalbanien ist die Schere zwischen arm und reich weit auseinander. Deshalb arbeitet die ADA seit mehreren Jahren an einem speziell an die Region angepasstes Entwicklungsprogramm, welches die Situation möglichst rasch verbessern soll. Dafür wurden die regionalen Verwaltungseinrichtungen weiterentwickelt und erweitert. Außerdem wurde eine regionale Entwicklungsagentur eingerichtet, welche u.a. die MitarbeiterInnen der Gemeinden in strategischer Planung, Budgetierung sowie in der Ausarbeitung, Finanzierung und dem Management von regionalen Entwicklungsprojekten schult. Außerdem werden Projekte durch einen Projektfonds kofinanziert, sofern sie zur Umsetzung der regionalen Entwicklungspläne beitragen. Durch die genannten Maßnahmen sollen regionale Ungleichheiten aufgehoben und zukünftige EU-Mittel für Regionalentwicklung effektiv und transparent umgesetzt werden. Der ADA-Beitrag in der Laufzeit 2010-2014 beträgt ca. 3 Mio. Euro.

Moderne Öffentliche Verwaltung

Gemeinsam mit anderen EU-Ländern führte die ADA ein integriertes Planungssystem für eine moderne öffentliche, nach den Prinzipien von Kohärenz, Kostenwirksamkeit und Transparenz geführten Verwaltung, ein. In speziellen Trainings werden die MitarbeiterInnen der Ministerien in Budgetgestaltung Organisationsentwicklung, Ausgabenkontrolle und Personalplanung geschult. Dadurch wird die Effizienz der öffentlichen Verwaltung verbessert und die Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben gesteigert. Außerdem soll eine gesteigerte interministerielle Koordination Doppelgleisigkeiten unterbinden und erlauben, Investitionen effektiver und effizienter zu planen. Der ADA-Beitrag zu diesem Programm beträgt 500.000 Euro.

Schnelles und transparentes Finanzmanagement

In Kooperation mit der Europäischen Kommission konnte die ADA das öffentliche Finanzmanagement Albaniens weiterentwickeln und somit den europäischen Standards weiter angleichen. Im Rahmen dieses Programmes wurde das bestehende Computersystem reformiert und das Netzwerk, welches die Kommunikation zwischen lokalen und zentralen

Behörden erleichtern soll, erweitert. Dies schafft die Voraussetzung für ein weniger fehleranfälliges, transparenteres und schnelleres Management der öffentlichen Gelder zum Wohl aller Bürger. Derzeit ist es leider oft noch der Fall, dass zwar Subventionsgelder seitens der EU für etwaige Projekte zur Verfügung stehen würden, die albanischen Behörden jedoch nicht in der Lage sind jenen Verwaltungsaufwand zu managen. Aus diesem Grund werden die albanischen Stellen darin geschult, qualitativ einwandfreie Projektanträge zu konzipieren, um die Zuschüsse der Europäischen Kommission besser nutzen zu können.

Einführung von Gender Budgeting

Gender Budgeting bedeutet eine geschlechtergerechte Analyse, Erstellung und Verteilung der öffentlichen Finanzmittel, wodurch die Gleichstellung von Frauen und Männern durch die Regierung vorangetrieben werden soll. Im Sommer 2012 verabschiedete die albanische Regierung den Beschluss, den Staatshaushalt nach den Prinzipien von Gender Budgeting zu gestalten, wodurch sie als Gleichstellungsmaßnahmen offiziell institutionalisiert wurde. Wichtige Vorhaben, wie die Umsetzung der Nationalen Gender Strategie und Maßnahmen zur Verringerung von häuslicher Gewalt, können nun, dank dem ADA Projekt-Beitrag von rund 700.000 Euro, finanziell abgesichert werden.

9. Resümee

Albaniens Weg ins 21. Jahrhundert ist von Kontinuität und Brüchen gekennzeichnet. Einer späten Gründung folgte ein bescheidenes und verzögertes Wachstum. Aktuell befindet sich das Land in einem Zustand zwischen Transformation und Integration, in dem eine verstärkte regionale Kooperation notwendig für weitere Reformanstrengungen sein wird. Die Dauer des Weges zur Integration in die euro-atlantischen Strukturen wird davon abhängen, wie das Land die innere Stabilisierung und Demokratisierung vorantreiben wird. Bedingung für diese Entwicklung sind der Wille und die Kraft zu Reformen. Neben den staatlichen Reformen bedarf es außerdem eines gesellschaftlichen Prozesses, der die Bevölkerung aktiv an der Umgestaltung beteiligt.

In Bezug auf die Motive der im EU-Integrationsprozess handelnden Akteure, sind meines Erachtens trotz der Erweiterungsmüdigkeit und der Ungewissheit über das Leitbild der europäischen Einigung, beide Seiten aufeinander angewiesen. Zwar wird die EU weder direkte politische noch ökonomische Vorteile durch den Beitritt Albaniens erlangen, der Wert eines integrierten Albaniens liegt jedoch in der Stabilisierung Europas.

Das Ziel, in absehbarer Zeit der EU anzugehören, war und ist für Albanien, sowie für die anderen Westbalkanstaaten, der wichtigste Ansporn, wirtschaftliche und politische Reformen voranzutreiben. Leider war die Balkanpolitik der EU in den letzten Jahren oftmals weniger von einer kohärenten politischen Strategie geprägt, „sondern vielmehr von Inkonsistenz, Rat- und Ideenlosigkeit, offensichtlicher Uneinigkeit und unzähligen Lippenbekenntnissen, denen längst nicht immer Taten folgten“, so HELMERICH (2008, S. 372). Für Albanien scheint es jedoch unbedingt notwendig, eine ernsthafte kurz-, mittel- oder langfristige EU Perspektive aufrechtzuerhalten, um die dringend notwendigen Reformprozesse weiter voranzutreiben. Dazu ist es notwendig, ein Prozedere zu entwickeln, welches einerseits den unterschiedlichen Entwicklungsstadien und Geschwindigkeiten der heterogenen Staatengruppe Rechnung trägt und andererseits nachvollziehbare und vergleichbare Maßstäbe bei der Beurteilung der Europareife offenlegt. So wäre es ein großer Rückschlag für Albanien und den restlichen westlichen Balkan, wenn die Staaten große Reformbemühungen beweisen und die Kopenhager Kriterien erfüllen, die EU jedoch bis zur vollendenden Konzeption einer europäischen Verfassung, also eine Vertiefung der politischen Strukturen, sämtliche Erweiterung ablehnt (vgl. GALLUP BALKAN MONITOR, 2009). Diese Erkenntnis würde für die Beitrittskandidaten demotivierend wirken, die Bevölkerungen wären von ihren proeuropäischen Regierungen enttäuscht, Investoren würden sich wieder zurückziehen und die Suche nach Alternativen begännen (bspw. nationalistische Ideen à la Großalbanien).

Die EU steht im Kontext ihrer Erweiterungsstrategie vor der Aufgabe, sich im Widerspruch zu nationalstaatlichen Identitäten und globaler Integration neu bzw. als Europa wiederzufinden und den Erweiterungs- und Integrationsprozess von der politischen und ökonomischen Dimension auf eine mentale Ebene zu erweitern. UHL (2001) dementiert ebenfalls die rein wirtschaftliche Auslegung eines gemeinsamen Europas:

„Offenkundig genügt es nicht, die Europäische Union als rational-politisch organisiertes Staatengebilde zu konzipieren – das Projekt EU-Europa bedarf nach Meinung der relevanten Instanzen einer emotionalen Fundierung, eines kollektiven Gefühls von Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit. Einen Binnenmarkt kann man nicht lieben – dieser Ausspruch wurde zum vielzitierten Verweis auf dieses Identitätsbegehren.“

Zudem sollte angeführt werden, dass selbst wenn Albanien in den nächsten Jahren weitere massive Fortschritte im politischen und wirtschaftlichen Sinne macht, der Zeitpunkt des EU-Beitritts Albaniens nicht nur von seinen Bemühungen und Weiterentwicklungen abhängen

wird. So sind sicherlich die Stimmungslagen innerhalb der EU-Staaten und die Frage nach der Aufnahmefähigkeit der Union genauso ausschlaggebende Faktoren, wie die Fortschritte der Beitrittsaspiranten (vgl. HERSCHT, 2006, S. 92).

Gerade in Zeiten des Suchens nach Legitimationsgründen für ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl soll abschließend erwähnt werden, dass die Vielfältigkeit, die politische Innovationsfreude und die emotionale Fundierung genauso Nahrung für ein Fortwehren des europäischen Projekts sind, wie die Erweiterung der Märkte und der politischen Einflüsse. Deshalb möchte ich diese Arbeit auch mit folgendem Zitat von SHKELZEN MALIQI (kosovarischer Soziologe, zit. nach HERSCHT, 2006, S. 96) schließen:

„Die EU-ropäische Identität ist weder ein Verhängnis noch Schicksal, sondern eine Entscheidung, die täglich individuell und gesellschaftlich bestätigt gehört.“

10. Literaturverzeichnis

- Albanian Institute for International Studies (2012). Perceptions and Realities 2012. Online Zugriff am 20.09.2013 unter <http://aiis-albania.org/PDF/2012-PR-ENG.pdf>.
- Altmann, F. (1998). Die Balkanpolitik der EU – Regionalansatz und Prinzip der Konditionalität. In: Südosteuropa 10-11. S. 503-515.
- Altmann, F. (2003). Der Gipfel EU-Westliche Balkanstaaten in Thessaloniki: Zurück zur Realität? SWP-Aktuell 26. Online Zugriff am 11.07.2013 unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/swpaktu_26_03.pdf.
- Altmann, F. (2005). EU und Westlicher Balkan. Von Dayton nach Brüssel: ein allzu langer Weg? SWP-Studie 1. Online Zugriff am 11.07.2013 unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2005_S01_alt_ks.pdf.
- WKO (2013). Update Albanien (1. Quartal). Wien.
- Austrian Development Agency (2012). Albanien. Länderinformation. Wien. Online Zugriff am 20.08.2013 unter http://www.entwicklung.at/uploads/media/Laenderinfo_Albanien_Nov2012_01.pdf.
- Axt, H. (1999). Der Stabilitätspakt für Südosteuropa: politischer Aktionismus oder langfristig tragfähiges Konzept? In: Südosteuropa 48 (7-8). S. 401-416.
- Baldwin, R. (1995). The Eastern Enlargement of the European Union. European Economic Review 39, S. 474-481. Online Zugriff am 30.08.2013 unter http://graduateinstitute.ch/files/live/sites/iheid/files/sites/ctei/shared/CTEI/Baldwin/Publications/Chapters/European%20Integration/Eastern_enlarg_EU_EER95.pdf.
- Bartl, Peter (1995): Albanien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg: Pustet (Ost- und Südosteuropa).
- Bartl, P. (2003). Albanien in der Vergangenheit. In Jordan, P. (2003) Albanien. Geographie-historische Anthropologie--Geschichte--Kultur--postkommunistische Transformation (S. 111-133). Wien: [u.a.]: Peter Lang (Osthefte, 45, 1-2).

- Birk, J. (2011). Die EU und ihre Nachbarn - Integrationsmodelle zwischen Nachbarschaftspolitik und Vollmitgliedschaft. In: Hentges, G. & Platzer, W. (2011). Europa - quo vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik (S. 43-66). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bodiroga-Vukobrat, N. & Sander, G. (2008). Die Europäische Union und Südosteuropa. Herausforderungen und Chancen. Schriften zu Mittel- und Osteuropa in der Europäischen Integration. Band 7. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Bogdani, M. & Loughlin, J. (2004). Albania and the European Union. European Integration and the Prospect of Accession. Tirana.
- Böhm, W. (2013). Europa vertiefen. Erweiterung: Europas stärkstes Werkzeug. In: Die Presse (2013) am 22. 6.2013.
- Bohnet, H. (2008). Albanien auf dem Weg in die euro-atlantischen Strukturen. Konrad-Adenauer-Stiftung. Online Zugriff am 12.08.2013 unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_13462-1522-1-30.pdf?080416153834.
- Breuss, F. (2001). Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder. Online Zugriff am 12.08.2013 unter http://fritz.breuss.wifo.ac.at/mb_2001_11_05_osterweiterung_makroeffekte.pdf.
- Calic, M. (2001). Der Stabilitätspakt für Südosteuropa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Online Zugriff am 10.07.2013 unter <http://www.bpb.de/apuz/26356/der-stabilitaetspakt-fuer-suedosteuropa>.
- Calic, M. (2005). Strategien zur Europäisierung des Westlichen Balkans. In: Südosteuropa 53 (1). S. 1-37.
- Clemens, G. (2008). Geschichte der europäischen Integration. Ein Lehrbuch. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Cyrus, I. (2003). Das Gipfeltreffen EU- Westliche Balkanstaaten in Thessaloniki. In: Südosteuropa Mitteilungen. 43 (4-5). S. 7-13.
- Daxner, M. (2003). Eine kohärente Südosteuropapolitik in den Soft Sectors.
- Daxner, M. et al. (2005). Bilanz Balkan. Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts. Bd. 30. Wien.

- Deimel, J. (2001). Der Stabilitätspakt für Südosteuropa: Ansatz und aktueller Stand beim Regionaltisch und den drei Arbeitstischen. In: Südosteuropa Mitteilungen 41 (2). S. 175-198.
- Despot, A. (2010). Der Balkan ist Teil des europäischen Projekts. BNP. Online Zugriff am 05.07.2013 unter <http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/38063/standpunkt-andrea-despot?p=all>.
- Dzihic, V. (2012). Die Zukunft der EU-Erweiterung: ein Blick vom und auf den Westbalkan. Warum es zum europäischen Erweiterungsprojekt am Westbalkan keine Alternative gibt. Wien: ÖGfE Policy Brief, 05´2012. Online Zugriff am 05.07.2013 unter http://www.oegfe.at/cms/uploads/media/OEGfE_Policy_Brief-2012.05.pdf.
- Ellmeier, A. (1998). EU Cultural Policy – European Cultural Policy? Economy, Politics and Culture in Context. In: Ratzenböck, V. (1998). Cultural Policy in Europe – European Cultural Policy? Nation-State and Transnational Concepts. Wien: Österreichische Kulturdokumentation. S. 87-160.
- Erhard, H. (1999). Der Stabilitätspakt für Südosteuropa oder Frieden durch Integration. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. August. Online Zugriff am 11.07.2013 unter <http://www.ifsh.de/dokumente/artikel/stabil.htm>.
- Europäische Kommission (1999). Stabilitätspakt für Südosteuropa. Online Zugriff am 11.07.2013 unter http://ec.europa.eu/enlargement/policy/glossary/terms/stability-pact_de.htm.
- Europäische Kommission (2000). Zagreb Summit 24. Online Zugriff am 29.07.2013 unter http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/Declang4.doc.html.
- Europäische Kommission (2003). Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn. Brüssel. Online Zugriff am 10.10.2013 unter http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf.

- Europäische Kommission (2010). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Stellungnahme der Kommission zum Antrag Albaniens auf Beitritt zur Europäischen Union. Brüssel. Online Zugriff am 18.08.2013 unter http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/package/al_opinion_2010_de.pdf.
- Europäische Kommission (2012). Albania 2012 Progress Report. Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. Enlargement Strategy and Main Challenges 2012-2013. Online Zugriff am 10.08.2013 unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/al_rapport_2012_de.pdf.
- Finger, Z. (2003). Die albanische Nationsbildung. In Jordan, P. (2003) Albanien. Geographie--historische Anthropologie--Geschichte--Kultur-postkommunistische Transformation (S. 133-149). Wien: [u.a.]: Peter Lang (Osthefte, 45, 1-2).
- Forst, C. & Hantke, F. (2013) Albanien vor den Wahlen. Vabanquespiel der politischen Eliten. Online Zugriff am 10.08.2013 unter <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10078.pdf>.
- Frehner, W. (2010): Albanien im Wandel: Chancen und Hindernisse eines Beitrittes zur EU. Konrad-Adenauer-Stiftung. Tirana. Online Zugriff am 10.08.2013 unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_860-1442-1-30.pdf.
- Gallup Balkan Monitor (2009). Focus on: Perceptions of the EU in the Western Balkans. Online Zugriff am 30.09.2013 unter http://www.balkan-monitor.eu/files/Gallup_Balkan_Monitor-Focus_On_EU_Perceptions.pdf.
- Grieger, G. (2012). Ist Albanien bereit für den Kandidatenstatus? Library of the European Parliament. Online Zugriff am 10.08.2013 unter <http://www.europarl.europa.eu/eplibrary/Albania-ready-for-candidate-status-DE.pdf>.
- Hajrullahu, A. (2007). Langfristiger Frieden am Westbalkan durch EU-Integration. Der EU-Integrationsprozess als Chance für die Überwindung des serbisch-kosovarischen Konfliktes. Baden-Baden.

- Helmerich, A. (2008). Der westliche Balkan vor den Toren der europäischen Union. In: Bos, E. & Dieringer, J. (2008). Die Genese einer Union der 27. Die Europäische Union nach der Osterweiterung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 351-374.
- Herscht, I. (2006). Albanische Identitäten und ihre europäische Dimension. Auswirkungen auf die EU-Integration Albaniens. Interdisziplinäre Balkanstudien Wien. Online Zugriff am 10.08.2013 unter <http://www.zukunftsforum.info/uploads/Infothek/Iris%20Herscht%20Albanische%20Identit%E4ten.pdf>.
- Herscht, I. (2007). Albanische Identitäten in Veränderung. Online Zugriff am 10.08.2013 unter <http://www.kakanien.ac.at/beitr/emerg/IHerscht1.pdf>.
- Ismayr, W. (2002). Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen: Leske + Budrich.
- Jahn, E. (2012). Die Grenze zukünftiger Erweiterungen der Europäischen Union. Zur umstrittenen Mitgliedschaft der Türkei, der Ukraine und anderer Staaten. Frankfurt. Online-Zugriff am 26.08.2013 unter: <http://www.fb03.uni-frankfurt.de/46584427/ZSFraMoV08-NET-EU-Erweiterung-09.pdf>.
- Jankowitsch, P. (2010). Österreichs Rolle in der EU. Europäische Erwartungen und österreichische Realität. In: Pucher, J. & Frank, J. (Hg). Strategie und Sicherheit 2010. Das strategische Profil der Europäischen Union. S. 407-425. Wien: Böhlau Verlag.
- Jordan, P. (2003). Geopolitische Rollen Albaniens. In Jordan, P. (2003) Albanien. Geographie-historische Anthropologie-Geschichte-Kultur-postkommunistische Transformation (S. 77-95). Wien: [u.a.]: Peter Lang (Osthefte, 45, 1-2).
- Jureković, P. (2006). Die EU und das Konfliktmanagement auf dem Balkan. In: Feichtinger, G. & Gebhard, C. (2006). EU als Krisenmanager. Online Zugriff am 11.07.2013 unter <http://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=331>.
- Jureković, P. (2010). Die Westbalkan-Politik der EU. Erreichtes und notwendige Optimierung. In: Pucher, J. & Frank, J. (Hg). Strategie und Sicherheit 2010. Das strategische Profil der Europäischen Union. S. 407-425. Wien: Böhlau Verlag.
- Kaser, K. (2001). Freundschaft und Feindschaft auf dem Balkan. Eurobalkanische Herausforderungen. Klagenfurt: Wieser Verlag.

- Kohler-Koch, B. (2000). Europäisierung: Plädoyer für eine Horizonterweiterung. In: Knodt, M. & Kohler-Koch, B. (2000). Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung. Campus Verlag.
- Kramer, H. (2007). Wie erweiterungsmüde ist die EU. SWP-Aktuell 16. Online Zugriff am 06.09.2013 unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2007A16_krm_ks.pdf.
- Lampreva, D. (2008). Bulgarien - Annäherung aus der Ferne. Euro-topics. Online Zugriff am 30.07.2013 unter <http://www.eurotopics.net/de/home/presseschau/archiv/magazin/politik-verteilerseite/bulgarien-rumaenien-2008-2/debatte-bilanz-bulgarien-2008-02/>.
- Landesmann, M. (2013). EU-Beitritt bringt nicht automatisch Wohlstand. Online Zugriff am 24.09.2013 unter: <http://kurier.at/wirtschaft/wirtschaftspolitik/eu-beitritt-bringt-nicht-automatisch-wohlstand/17.963.077>.
- Lippert, B. (2011). EU-Erweiterung. Vorschläge für die außenpolitische Flankierung einer Beitrittspause. SWP-Studie. Berlin. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S07_lpt_ks.pdf.
- Martens, S. (2004). Das erweiterte Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 17. Online Zugriff am 20.08.2013 unter <http://www.bpb.de/apuz/28376/das-erweiterte-europa>.
- Musolli, F. (2012). Marktstudie Albaniens und Bedingungen für ausländische Investitionen: Kleines Land mit großen Investitionschancen. Hamburg: Diplomica Verlag.
- Neisser, H. (2008). Die europäische Integration – eine Idee wird Wirklichkeit. Europawissenschaftliche Reihe. Band 1. Innsbruck: university press.
- Papadimitriou, D. (2001). The EU's Strategy in the Post-Comunist Balkans. In: Journal of Southeast European & Black Sea Studies 1 (3). S. 69-94.
- Peinsipp, W. (1985). Das Volk der Shkypetaren. Geschichte, Gesellschaft- und Verhaltensordnung. Wien, Köln, Graz.
- Pervan, G. (2005). Der westliche Balkan: Regionale Kooperation als Notwendigkeit für erfolgreiche europäische Integration. In: Gießmann, H. & Schneider, P. (2005). Akademisches Netzwerk Südosteuropa. Heft 139. Hamburg.

- Preston, P. (2009). Balkan: Willkommen Albanien! Online Zugriff am 05.08.2013 unter <http://www.presseurop.eu/de/content/article/144291-willkommen-albanien>.
- Pucher, J. & Frank, J. (2010). Österreichische Sicherheitspolitik europäisch denken. In: Pucher, J. & Frank, J. (Hg). Strategie und Sicherheit 2010. Das strategische Profil der Europäischen Union. S. 407-425. Wien: Böhlau Verlag.
- Raunig, F. (2013). Experteninterview zu den Österreich-Albanischen-Beziehungen und Albanien im EU-Integrationsprozess am 18.09.2013. Wien.
- Reljic, D. (2005). Der Westbalkan ohne Zukunftsplan. Die EU-Erweiterungsdebatte gefährdet die Stabilität im schwächsten Teil Europas. SWP-Aktuell 30. Online Zugriff am 05.08.2013 unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/aktuell2005_30_rlc_ks.pdf.
- Reljic, D. (2009a). Beitrittsanträge zur Unzeit. Die Westbalkanstaaten drängen in die Europäische Union. SWP-Aktuell 4. Online Zugriff am 06.08.2013 unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2009A04_rlc_ks.pdf.
- Reljic, D. (2009b). The West Balkans between the EU, the USA, and Russia. Challenges and Options. SWP-Comments. Online Zugriff am 20.07.2013 unter http://www.swp-berlin.org/en/publications/swp-comments-en/swp-aktuelle-details/article/the_west_balkans_between_the_eu_the_usa_and_russia.html.
- Reljic, D. (2009c). Russlands Rückkehr auf den Westbalkan. SWP-Studie. Online Zugriff am 20.07.2013 unter http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/westbalkan_russlands_rueckkehr.html.
- Romancov, M. (2008). Geopolitical Implications of EU Enlargement to the East-Central Europe. In: Bodiroga-Vukobrat, N. & Sander, G. (2008). Die Europäische Union und Südosteuropa. Herausforderungen und Chancen. Schriften zu Mittel- und Osteuropa in der Europäischen Integration. Band 7. Hamburg: Verlag Dr. Kovac. S. 31–42.
- Schlattl, G. (2013). Stellungnahme per E-Mail zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Albanien am 29.07.2013. Wien.
- Schlattl, G. (2013). Stellungnahme per E-Mail bzgl. Albanien im EU-Integrationsprozess am 9.10.2013. Wien.

- Schmidt, F. (2003). Politische Transformation in Albanien. In Jordan, P. (2003) Albanien. Geographie-historische Anthropologie-Geschichte-Kultur-postkommunistische Transformation (S. 77-95). Wien [u.a.]: Peter Lang (Osthefte, 45, 1-2).
- Schmidt-Neke, M. (1993). Geschichtliche Grundlagen – Die erste Unabhängigkeit, zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft. In: Grothuse, K. Albanien-Südosteuropa-Handbuch. S. 34-38.
- Schmidt-Neke, M. (2000). Albanische Grenzen – Ursachen und Folgen. In: Albanische Hefte (2000). 3-4, S. 12.
- Schmidt-Neke, M. (2002). Das politische System Albaniens. In: Ismayr, W. Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen: Leske&Budrich.
- Schmitt, O. J. (2012). Die Albaner. Eine Geschichte zwischen Orient und Okzident. München: Verlag C.H. Beck.
- Schmuck, O. (2012). Motive und Leitbilder der europäischen Einigung. BPB Online Zugriff am 05.08.2013 unter <http://www.bpb.de/izpb/130479/motive-und-leitbilder-der-europaeischen-einigung?p=all>.
- Schrapel, T. (2013). Die Parlamentswahlen der Republik Albanien. Prüfstein für die EU-Tauglichkeit. Konrad Adenauer Stiftung. Online Zugriff am 05.08.2013 unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_34809-1522-1-30.pdf?130625163731.
- Schwarz, O. (2010). Erweiterung als Überinstrument der Europäischen Union) Zur Erweiterung des westlichen Balkans seit der EU-Osterweiterung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Stern, U. & Wohlfeld, S. (2012). Albaniens langer Weg in die Europäische Union. Innenpolitischer Machtkampf blockiert zentrale Reformen. DGAP-Analyse 11. Online Zugriff am 10.07.2013 unter <https://dgap.org/de/article/getFullPDF/22125>.
- Stern, U. & Wohlfeld, S. (2013). Parlamentswahlen in Albanien: Demokratietest bestanden? Online Zugriff am 12.08.2013 unter <http://www.euractiv.de/erweiterung-und-nachbarn/artikel/parlamentswahlen-in-albanien-demokratietest-bestanden-007682>.

- Sturm, R. (2005). Was ist Europäisierung? Zur Entgrenzung und Einbindung des Nationalstaats im Prozess der europäischen Integration. In: Haltern, U. et al. (2005). Europawissenschaft. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Szablowski, W. (2012). Albanien-EU: „Lasst uns rein, ihr Dreckskerle!“. Online Zugriff am 10.07.2013 unter <http://www.presseurop.eu/de/content/article/2522471-lasst-uns-rein-ihr-dreckskerle>.
- Uhl, H. (2001). EU-Europa als visuelles Narrativ. Online Zugriff am 10.07.2013 unter <http://kulturrisse.at/igkultur/europa/1087650540>.
- Van Meurs, W. (2003). Den Balkan integrieren. Die europäische Perspektive der Region nach 2004. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung. Das Parlament. S. 34-39.
- Von Plate, B. (2001). Chancen und Instrumente äußerer Einwirkungen auf innerstaatliche Krisen in Europa. SWP Studie. Berlin. Online Zugriff am 05.08.2013 unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/S2001_32_plt.pdf.
- Winter, M. (2006). Vorraum zur EU. Pläne zur engeren Anbindung von Nichtmitgliedern. Süddeutsche Zeitung Archiv Nr. 21, 21.06.2006. Online Zugriff am 05.08.2013 unter: <http://www.sueddeutsche.de/app/templates/service/dizarchiv/>.
- Wittberger, D. (2013). Stellungnahme per E-Mail bzgl. den Entwicklungen Albaniens im EU-Integrationsprozess am 11.10.2013. Wien.
- WKO (2013). Update Albanien. Außenwirtschaftscenter Laibach/Skopje.
- Wöß, W. (2010). Die Politik der Internationalen Gemeinschaft, insbesondere der Europäischen Union, in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo: Strategien, Entwicklungen und Perspektiven. Universität Wien: Politikwissenschaften (Dissertation).
- Wunsch, Natasha; Rappold, Julian (2010): Westbalkan: EU-Erweiterung in der Krise. In: DGAPanalyse kompakt | Nr. 6 (6). Online Zugriff am 19.07.2013 unter <https://dgap.org>.

Zandonella, B. (2009). Pocket Europa. EU-Begriffe und Länderdaten. Definition zur „Europäischen Integration“. Zugriff Online am 05.08.2013 unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16687/europaeische-integration>.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten (2013)	14
Abbildung 2: Akteure des Stabilitätspaktes (CALIC, zit. nach HELMERICH, 2008, 354)....	18
Abbildung 3: Der Westbalkan auf dem Weg in die EU	22
Abbildung 4: Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den westlichen Balkanstaaten und der EU	25
Abbildung 5: IPA Finanzierungsplan.....	27
Abbildung 6: Albaniens bisheriger Weg zum Kandidatenstatus.....	34
Abbildung 7: Wahlplakat der Partei "Rot-Schwarze-Allianz"	37
Abbildung 8: Korruptionswahrnehmungsindex ausgewählter Länder 2012.....	43
Abbildung 9: Wirtschaftswachstum	45
Abbildung 10: Anteile am BIP	46
Abbildung 11: BIP pro Kopf (Angaben in €).....	47
Abbildung 12: Albanische Importe 2012	48
Abbildung 13: Albanische Exporte 2012	49
Abbildung 14: Arbeitslosenquote ausgewählter Länder	50
Abbildung 15: Projekt "Trans Adriatic Pipeline".....	64
Abbildung 16: EU-Unterstützung der albanischen Bevölkerung 2006-2012 (mod. nach AIIS, 2012).....	65
Abbildung 17: Die Kenntnis der albanischen Bevölkerung über EU-Status (mod. nach AIIS, 2012).....	68
Abbildung 18: Die Relevanz der EU-Integration für die albanische Bevölkerung (mod. nach AIIS, 2012).....	69
Abbildung 19: Die EU-Befürwortung innerhalb der albanischen Bevölkerung (mod. nach AIIS, 2012).....	69
Abbildung 20: Gründe für die Integration Albaniens (mod. nach AIIS, 2012)	69
Abbildung 21: Gründe gegen die Integration Albaniens (mod. nach AIIS, 2012)	70

Abbildung 22: Einschätzung der albanischen Bevölkerung über die Beitrittsreife Albanien (mod. nach AIIS, 2012).....	71
Abbildung 23: Welche Institutionen beeinflussen den EU-Integrationsprozess? (mod. nach AIIS, 2012).....	72
Abbildung 24: Meinungen über den Zeitpunkt des EU-Beitritts (mod. nach AIIS, 2012).....	72
Abbildung 25: Der EU-Beitritt in der Krise.....	76
Abbildung 26: Europäische Nachbarschaftspolitik Stand 2012.....	80
Abbildung 27: Ausländische Direktinvestition in Albanien (Angaben in Mio.)	87
Abbildung 28: Würden Sie einen EU-Beitritt von ... begrüßen (Stand Oktober 2012 in %, der Rest auf 100 keine Angabe)	88
Abbildung 29: ODA-Leistungen an Albanien 2009-2011	91

Lebenslauf

Matthias Streibel

Große Möhrengasse 33/8

1020 Wien

☎ 0650 4602015

E-mail: matthias.streibel@gmx.at



Persönliche Angaben

geboren am 30. Mai 1988 in Krems
österreichische Staatsbürgerschaft

Ausbildung

2008-2014 Lehramtstudium „Bewegung und Sport“ und
„Geographie und Wirtschaftskunde“ in Wien
1998-2006 BRG KREMS

Ferialarbeiten / Berufserfahrung

seit 2013 Lehrer für GWK und BSP am ERG Donaustadt
seit 2011 Mitarbeit an den jährlichen Tenniscamps der Sportunion
Furth
seit 2010 Eislaufkurse für Kinder bei CAPITALS VIENNA
2010 Mitarbeiter in der VHS Hietzing
seit 2009 Schwimmkurse für Kinder Sportamt Wien MA 51
seit 2009 Mitarbeiter für das Sportamt Wien MA 51 beim Ferienspiel
für Kinder
seit 2009 Schilehrer bei diversen Schulschikursen und in der
Schischule Deisenberger in Leongang

Zusatzqualifikationen

- ✓ Lehrgang zum Berufsorientierungskoordinator
- ✓ Führerschein der Gruppe B
- ✓ Skilehrerausbildung (Begleitlehrer)
- ✓ Rettungssanitäter
- ✓ Retterschein (Schwimmen)